Nr. 224. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 25. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die östreichisch-ungarische Krise.

-st- Wien, 23. September.

Am 28. Juni ist Graf Khuen-Hedervary zum Ministerpräsidenten von Ungarn ernannt worden. Er hat seine Aufgabe bekanntlich so glänzend gelöst, daß sich der Verzicht auf die Erhöhung des Rekrutenkontingents, gegen die sich die Obstruktion ursprünglich gekehrt hatte, als ganz wirkungslos erwies, die Zurückziehung der Mehrforderungen nicht ausreichte, die Obstruktion verschwinden zu machen. Die Amtsführung des Grafen Khuen ist eine Kette von Blamagen und Skandalen, unter denen der vom Ministerpräsidenten inspirierte und gebilligte Bestechungsfeldzug wohl der „ungarischste" ist. Am 9. August hat Graf Khuen demissioniert. Und heute ist er neuerlich zum Ministerpräsidenten ernannt, mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut worden! Der Ausweg, zu dem sich die Krone in ihrer Verlegenheit entschlossen hat, ist um so lächerlicher, als Graf Khuen bei seinem Sturze nur die Gegnerschaft der Opposition vor sich hatte, nun aber auch das Vertrauen der Majorität eingebüßt hat und mit ihrer immer offenkundiger auftretenden Abneigung zu kämpfen hat. Es schaut zwar von außen so aus, als ob die Bestellung Khuens ein Ausdruck von Mut wäre, in Wahrheit entspringt sie trübster Ratlosigkeit. Die Hofburg findet nämlich in Ungarn keinen Minister mehr; was ein echter Magyare ist, giebt sich zum Exekutor der Wünsche der Militärpartei nicht her.

Der Eindruck ist übrigens nicht abzuweisen, daß man in Wien schon beinahe auf der Flucht ist. Die Betrauung des „neuen" Mannes wird nämlich mit einem Handschreiben des Kaisers einbegleitet, das aber schon ganz anders klingt als der schneidige Armeebefehl von Chlopy. Der säbelrasselnde Ton hat einer weinerlichen Sentimentalität Platz gemacht, und wenn auch das Manifest Nummer 2 noch dabei bleibt, daß die Krone „entschlossen" ist, die ihr zustehenden Rechte „ungeschmälert aufrecht zu erhalten", so „verschließt" es sich doch nicht der Verpflichtung, die von den Regierungen Szell und Khuen in Aussicht gestellten nationalen Konzessionen zu bewilligen. Das heißt nun nichts andres, als daß sich die Hofburg die „Majestätsrechte" vorbehält, ihre Ausübung aber den Wünschen der Ungarn anpassen wird. Und diese Konzessionen sind gar nicht klein. Schon in dem Handschreiben ist von „Punkten" die Rede, die der Kaiser jetzt bezeichnet habe und die in Gemeinschaft mit den von den früheren Regierungen versprochenen Konzessionen den Rahmen bilden sollen, in welchem die Krone die Einwirkung des ungarischen Nationalstaates auf die schwarzgelbe Armee für zulässig erachtet. Als diese neueste Konzession bezeichnete Khuen in der heutigen Sitzung der liberalen Partei die Magyarisierung der Militärbildungsanstalten; es soll in den in Ungarn befindlichen Anstalten die ungarische Sprache als Vortragssprache bestimmt und die Anstalten sollen zur „Stärkung des ungarischen Elements" mit neuen Stipendien ausgestattet werden. Kurz: den Ungarn wird alles bewilligt mit Ausnahme der ungarischen Kommandosprache — die im Augenblick gar nicht einführbar wäre, weil es an ungarischen Offizieren fehlt.

Trotzdem ist es noch immer sehr fraglich, ob die Dinge im Reichsrat ins Geleise kommen werden, zumal da die Opposition die nochmalige Ernennung des Khuen wie einen Faustschlag empfinden wird. Darüber wird die morgige außerordentliche Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses wohl Aufschluß geben. Gar nicht fraglich ist es aber, daß die Schwarzgelben in Oestreich durch keinen noch so beißenden Kommentar zu ernüchtern sind und bei ihrem Entzücken über die klingenden Worte des Armeebefehls verbleiben. Der Reichsrat ist heute zusammengekommen und die Regierung hat ihm eine neue Rekrutenvorlage beschert. Obwohl nun die Erhöhung — von 108 100 auf 125 000 Mann — in Ungarn feierlich zurückgezogen wurde und dem ungarischen Parlament überhaupt nur eine Vorlage auf Bewilligung des alten, niedrigen Kontingents unterbreitet ist, beharrt die Regierung Koerber darauf, daß in Oestreich auch weiterhin das erhöhte Kontingent bewilligt bleibe — mit der einzigen Beschränkung, daß das Plus nur einberufen werden darf, wenn es auch in Ungarn bewilligt sein wird. Die Sachlage steht also derart, daß die östreichische Gesetzgebung für Oestreich 71 000 Soldaten bewilligt, die ungarische die Bewilligung — für Oestreich! — auf 59 000 reduciert. Die Regierung steift sich auf diese eigentlich nur theoretische Bewilligung aus purer kniffiger Schlauheit, an der das Regime Koerber nicht arm ist: um die Erhöhung zu einer entschiedenen Sache zu machen. Bis Sonnabend wird es entschieden sein, ob die hitzigen Patrioten auch zu dieser Stiefelleckerei zu haben sein werden. —

*

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Als der Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary den Sitzungssaal betritt, erhebt sich in den Reihen der Unabhängigkeitspartei der Ruf: „Es lebe die Verfassung!" Der Abgeordnete Olah meldet die Inkompatibilität des Ministerpräsidenten an und begründet die Inkompatibilität damit, daß Graf Khuen an dem Bestechungsversuch des Grafen Szapary mitschuldig sei. Während der Verlesung und Begründung des Antrages ertönen aus den Reihen des äußersten linken Flügels die Rufe: Schmach! Schande! Man muß ihn (den Grafen Khuen) hinauswerfen! Hierauf ergreift Kossuth das Wort und führt aus, es sei die Aufgabe und die Pflicht des Abgeordnetenhauses, zu verhindern, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Nation verkümmert und die Grenzen der Kronrechte weiter gezogen werden, oder wenn es dies nicht verhindern könne, müsse der Reichsrat dagegen protestieren. Durch das königliche Handschreiben sei die Scharte nicht ausgewetzt. Das Handschreiben habe im Gegenteil die Wunde vertieft, die mit dem Armeebefehl der Nation geschlagen sei. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der König sei von ungetreuen Ratgebern umgeben, die vergessen hätten, daß man mit Pronunciamentos an die Armee nicht konstitutionell regieren könne. Der König sei oberster Kriegsherr nur auf Grund des Gesetzes. Er habe die Verfassung beschworen. (Abg. Barabas ruft: Falscher Eid! Rufe rechts: Zur Ordnung! Der Präsident ruft Barabas zur Ordnung.) Kossuth bespricht die Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. von Koerber über den Einfluß Oestreichs auf die gemeinsame Armee. Aus den gestrigen Erklärungen Koerbers gehe hervor, daß der ungarische König in ungarischen Angelegenheiten östreichische Minister zu Rate ziehe. Redner beantragt schließlich eine Adresse an den König, in der die Beschwerden des Landes dargelegt werden. In dem Adreßentwurf wird unter anderm gesagt, der Ausdruck „meine Armee" sei unrichtig und unzulässig. Dieser Ausdruck stamme aus der Zeit, wo die Fürsten das Heer aus eignen Mitteln erhielten. In der Zeit der Volksheere sei dieser Ausdruck nicht mehr der Sachlage entsprechend, da das Heer der Nation gehöre. Auch sei es nicht zulässig, die Nation als Volksstamm zu bezeichnen, wie dies im Armeebefehl geschehen sei. Die Adresse erklärt ferner, es bestehe ein Widerspruch zwischen dem Handschreiben und den Erklärungen des östreichischen Ministerpräsidenten. Der Schlußpassus der Adresse lautet: „Wenn wir das Wohlergehen unsres Staates nur um den Preis der Aufopferung unsrer Rechte und unsrer Sprache erlangen können, so rufen wir: niemals! niemals! niemals!" Die Verlesung der Adresse wird von der äußersten Linken mit stürmischem Beifall aufgenommen. Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Nach einer Pause ergreift Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary unter großer Unruhe des Hauses das Wort. Von der äußersten Linken ertönt der Ruf: „Bestecher!" Der Präsident ermahnt den Abgeordneten Lenghel zur Ruhe. Nachdem der Lärm ungefähr zehn Minuten gedauert, tritt der Abgeordnete Rigo auf den Ministerpräsidenten zu und sagt ihm, jedoch nur so, daß der Ministerpräsident und die Umstehenden es hören konnten: „Versuchen Sie nicht zu sprechen und fordern Sie uns nicht heraus!" Die Abgeordneten strömen nach der Mitte des Saales zu, und es entsteht ungeheurer Lärm. Der Ministerpräsident setzt sich und die Sitzung wird suspendiert. Nach fünf Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet; der Präsident sagt: „Der Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, der Abgeordnete Franz Rigo habe ihm gesagt: „Gehen Sie hinaus; fordern Sie das Haus nicht heraus!" Da der Ministerpräsident dies als Verletzung der Immunität ansieht, verweise ich den Fall an den Immunitäts-Ausschuß."

Nach der Erklärung des Kammerpräsidenten, daß er die Behandlung des Zwischenfalles der Untersuchungskommission überweisen werde, ergreift der Ministerpräsident das Wort, ist jedoch in dem ungeheuren Tumult kaum verständlich. Im Laufe seiner Rede kommt Graf Khuen zu der Stelle, in welcher er kraft einer Ermächtigung des Königs den Armeebefehl erläutert. Abgeordneter Barabas ruft dazwischen: „Wir glauben dem Könige nicht!" Es entsteht ein ungeheurer Lärm. Die Regierungspartei, die sich bisher ziemlich ruhig verhalten hat, springt wie ein Mann von den Bänken auf, alle schreien: „Schurke! Verräter!" Lärm und Toben dauert fort. Der Präsident erklärt, Barabas wolle eine Entschuldigung vorbringen. Rufe rechts: „Es giebt keine Entschuldigung!" Die Volkspartei wendet sich mit entrüsteten Zurufen gegen die Kossuth-Partei; der Lärm und Tumult spotten jeder Beschreibung. Inmitten des Lärms ruft eine Stimme: „Es lebe der König!" Stürmische, minutenlange Rufe rechts: „Es lebe der König!" Von der linken Seite hört man den Ruf: „Es lebe die Verfassung!" Nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, setzt der Ministerpräsident seine Rede fort und schließt mit dem Antrage, das Haus möge sich bis zur Konstituierung der Regierung vertagen. (Beifall rechts.) Zurufe von der äußersten Linken: „Chlopy!" Barabas erhebt sich, um eine Entschuldigung vorzubringen. Er beginnt seine Rede jedoch damit, daß er sagt: „Es giebt niemand, auch in der Regierungspartei nicht, dessen Herz nicht von Bitterkeit erfüllt ist." Stürmischer Widerspruch rechts. Auf Zurufe einiger Mitglieder der Kossuth-Partei setzt sich hierauf Barabas, ohne eine Wort zu seiner Entschuldigung zu sagen. Der Präsident beantragt, über Barabas eine protokollarische Rüge zu verhängen, was angenommen wird.

Der Fall des Abgeordneten Lenghel, der trotz wiederholter Zurechtweisung gelärmt hat, wird von dem Präsidenten an einen Ausschuß verwiesen, der über die Ausschreitung Lenghels aburteilen wird. Sodann vertagt sich das Haus, bis das neuzubildende Kabinett sich vorstellen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. September.

Liberale Illusion.

Die Liberalen klammern sich krampfhaft an jede noch so phantastische Hoffnung und, da sie auf sich selbst nicht mehr hoffen können, so hoffen sie auf — die Socialdemokratie. Dies Hoffen ist nicht von heute und gestern, aber trotz aller Enttäuschungen bleibt es bei zähem Leben. Etwas muß der Liberale haben, um seine Zukunftsschlösser zu bauen. Die „Vossische Zeitung" findet in einer weiteren Betrachtung über unsren Dresdener Parteitag einen Riesenstrauß liberaler Hoffnungsseligkeiten:

> Die Verhandlungen haben auf jene Kreise, die sich bisher darin gefielen, die Socialdemokratie zu unterstützen, ohne die socialistischen Anschauungen dieser Partei zu teilen, abschreckend gewirkt, sowohl durch den Inhalt der Beschlüsse wie durch die Form der Auseinandersetzungen. Wäre der Parteitag in derselben Weise vor den Reichstagswahlen abgehalten worden, hunderttausende Stimmen wären der Socialdemokratie vorenthalten worden. Indessen ist die Debatte wenigstens rechtzeitig genug erfolgt, um auf die preußischen Landtagswahlen Einfluß zu üben. Es darf als unzweifelhaft gelten, daß recht viele Wähler, die vor dem Parteitag geneigt waren, mit der Socialdemokratie gemeinsame Sache zu machen und für sie zu stimmen, jetzt für unmöglich halten, für Socialdemokraten als Wahlmänner oder gar als Abgeordnete einzutreten. Die Beschlüsse des Parteitages und die fanatischen, diktatorischen Reden hervorragender Führer verstoßen so sehr gegen die Freiheit, predigen so brutal die Schürung des Klassenkampfes, die Ausführungen der maßgebenden Parteileiter waren so verletzend für ehrliebende „Akademiker" und „Intellektuelle", daß dem Zuzug zu der Socialdemokratie gründlich Einhalt gethan ist. Innerhalb der Partei aber herrscht nach wie vor so viel Streit, die Erregung der einzelnen Gruppen und Personen gegen einander kommt in ihren Blättern und Versammlungen so leidenschaftlich zum Ausdruck, daß Herr Bebel und seine Freunde, die sich einbildeten, gesiegt zu haben, die Empfindung haben müssen, nicht der Friede sei hergestellt, sondern neuer Kampf auf der ganzen Linie entbrannt. Die „Revisionisten" haben in Dresden den Rückzug angetreten, aber nicht um die Waffen niederzulegen, sondern um sie zu schärfen und mit verstärkter Kraft zu führen. Ja, in einzelnen Versammlungen, wie in Freiburg i. Br., ist sogar öffentlich erklärt worden, daß der Revisionismus gesiegt habe. Rückhaltlos und rücksichtslos wird vielfach an den Beschlüssen des Parteitages Kritik geübt; es wird von Socialdemokraten selbst als Torheit bezeichnet, auf den „Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft" zu spekulieren, der Arbeiterschaft durch Theorien und Resolutionen vorzuschreiben, was sie denken und thun soll, lächerliche Dogmen über die Eroberung der politischen Macht aufzustellen. Und was alles Herrn Bebel gegenwärtig über sein Auftreten gesagt wird, von Leuten, die ihm bisher Weihrauch spendeten, wird Zweifel in ihm erwecken dürfen, ob er sein Ziel erreicht hat. Und in dieser Lage kommen die Scharfmacher mit ihrer alten Litanei, die Gesetzgebung müsse gegen die Socialdemokratie einschreiten. Sofort müßte nicht nur der Streit innerhalb der Socialdemokratie schweigen, sondern auch der Unwille der liberalen Kreise, der sich jetzt gegen die Partei richtet, auf die Regierung abgelenkt werden. Wir hoffen, daß die Regierung diesen Gefallen weder den Scharfmachern noch der — Socialdemokratie thun wird. Man muß, wie die Dinge jetzt liegen, die Socialdemokratie nur sich selbst überlassen und sie nicht durch einen Mißgriff zusammenschweißen; dann wird sie der Selbstzersetzung unvermeidlich verfallen, einer wird immer den andern abzuthun sich bemühen, und gegen eine neue Verstärkung der Partei aus dem Bürgertum wird sie in der wirksamsten Weise Sorge tragen. Mit dem Dresdener Parteitag hat eine neue Epoche in der Geschichte der Socialdemokratie begonnen. Es ist Sache der Gesetzgebung und Regierung, das Bürgertum nicht um die Früchte dieses Parteitages zu bringen."

Je mehr die Socialdemokratie das liberale Hoffen enttäuscht, um so inbrünstiger ergiebt sich ihm der Liberalismus, und die heiße Brunst des Hoffens wirkt heillos verwirrend auf das liberale Denkorgan. Die „Intellektuellen" sollen abgeschreckt worden sein und dann soll doch der „Revisionismus", dessen Behandlung die Abschreckung herbeigeführt haben soll, stärker denn je das Haupt erheben und die Zersetzung der Partei werde schneller denn je vor sich gehen! Vortreffliche Logik!

Die Socialdemokratie selbst ist im Begriff, ihren eignen Parteitag zu kritisieren, sie übt Selbstkritik und beweist, daß sie selbst, sobald in ihren Reihen Mißgriffe vorkommen, zu bessern versteht; das ist eine Leistung, zu der keine einzige bürgerliche Partei irgendwie fähig ist, und gerade die Vorgänge auf und nach unserm Parteitag werden zahllosen und noch ferner Stehenden die innere Kraft und die unbeirrbare Ehrlichkeit unsres Wollens überwältigend offenbar machen. Aber die Ausführungen der „Voss. Zeitung" beweisen in allen ihren Einzelheiten wiederum nur die unübertreffliche Verständnislosigkeit der liberalen Leute gegenüber den Vorgängen in der Socialdemokratie.

Es kann sich nicht irgend ein Akademiker oder Intellektueller von der Socialdemokratie abgestoßen fühlen durch die Vorgänge in Dresden, sofern er ernsthaft Verständnis für unsre Partei und ihre Ideale sucht. Denn kein einziger Redner hat auf dem Parteitage über die akademisch Gebildeten gesprochen, ohne seine Hochschätzung vor der Wissenschaft auszusprechen und ohne diejenigen Jünger der Wissenschaft freudig zu bewillkommnen, die bereit sind, mit ganzer Ueberzeugung sich in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen. Nur diejenigen wurden zurückgewiesen, die etwa vermeinen könnten, in der Partei und in der Arbeiterschaft streberische Neigungen und persönliche Eitelkeiten befriedigen zu können.

Ebenso unsinnig ist der umgekehrte Unsinn der „Voss. Ztg.", daß der „Revisionismus" jetzt erst recht stark sein Haupt erhebe, wofür die Kritik, die an Bebel geübt werde, einen Beweis liefern soll. Diese Kritik, sofern sie an Bebel wie an andern Parteiführern in unsren Reihen geübt wird, hat aber nichts gemein mit „Revisionismus", und die in Dresden fast einstimmig beschlossene Resolution Bebel-Singer-Kautsky beweist, daß unsre Partei einig ist in der Abweisung von revisionistischen Abschwächungsbestrebungen, wie sie in der Resolution näher gekennzeichnet sind.

Es ist darum auch eine überflüssige Warnung des liberalen Blattes, daß die Regierung nicht durch scharfmacherische Maßnahmen uns vor der Selbstzersetzung bewahren möge. Wollte eine Regierung, weil wir uns in Dresden zu denselben Grundsätzen unsres Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft bekannt haben, die uns bisher stets leiteten, mit Ausnahmegesetzen wiederum experimentieren, so werden wir damit fertig werden. Aber um vor „Selbstzersetzung" gesichert zu sein, bedürfen wir deren wahrlich nicht, und wir sehnen uns nicht danach. Die Zukunft unsrer Partei beruht nicht auf dem Verhalten unsrer Gegner; diese mögen die Socialdemokratie durch Gewaltthätigkeiten niederwerfen oder durch Konzessionen erweichen wollen, die Socialdemokratie hat ihren unerschütterlichen Halt in der unverwirrbaren Klarheit ihrer Grundsätze sowie in der wirtschaftlichen und moralischen Notwendigkeit, die das Proletariat zur Verwirklichung seiner Ideale begeistert.

So kann es nur erheitern, wenn das liberale Blatt vom Dresdener Parteitag eine neue Epoche in der Geschichte der Socialdemokratie datiert. Im Verständnis des Liberalismus für die Erscheinungen der socialdemokratischen Welt giebt es freilich neue Epochen überhaupt nicht; man bleibt so thöricht, wie man stets gewesen. —

Das Urteil im Prozeß Hüssener

mit seinem in Anbetracht der That verblüffend milden Strafmaß hat auch diesmal wie bei dem gleichlautenden Urteil der zweiten Instanz sogar bei der rechtsstehenden Presse eine abfällige Kritik erfahren. So lesen wir in den scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Die Richter haben also die überaus milde Strafe und die dem Angeklagte sehr günstige Anschauung aus dem ersten Prozeß vor dem Ober-Kriegsgericht beibehalten. Dem allgemeinen Rechts- und moralischen Gefühl entspricht die kurze Festungsstrafe, welche für Hüssener nichts Ehrenwidriges hat und ihm sogar die Fortsetzung seiner Laufbahn gestatten würde, durchaus nicht. Man wird zum mindesten erwarten dürfen, daß Hüssener unter keinen Umständen Offizier in der deutschen Marine wird.“

Ob sich die Hoffnung des Blattes, Hüssener wenigstens von der Offizierskarriere ausgeschlossen zu sehen, erfüllen wird, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Eher könnte nach der ganzen Lage der Dinge mit einer nicht allzufernen Begnadigung gerechnet werden.

Daß die überaus milde Strafe dem Rechtsgefühl des Volkes ins Gesicht schlägt, ist dagegen zweifellos. Aber es hieße dem Hüssener, so wenig dessen ganzes Auftreten bei und nach der That Mitgefühl zu erwecken geeignet ist und dem ja auch von den Vorgesetzten und Kollegen das Zeugnis eines eitlen, prahlsüchtigen Menschen ausgestellt wurde, denn doch Unrecht thun, wenn man ihm allein die Verantwortung für seine That aufbürden wollte. Die Verantwortung für die grausige That des Unbesonnenen tragen vielmehr zum Teil jene Vorgesetzten, welche diesen aufgeregten, thörichten jungen Menschen die Offizierslaufbahn einschlagen ließen, für die er sich so ganz und gar nicht eignete. Vor allen Dingen aber trägt jene **Instruktion über den Waffengebrauch** zur Erzwingung der Disciplin die Hauptschuld an dem tragischen Ereignis. Der Wortlaut der Instruktion, auf die Hüssener sich berief, ist ja nicht bekannt geworden, aber zweifellos ähnelt sie jener von uns seiner Zeit veröffentlichten Instruktion, in der es heißt:

„Der Soldat muß gerade bei Festnahmen oft selbst erwägen, ob er dazu berechtigt ist oder nicht. Die Furcht, nicht richtig zu handeln und sich dadurch strafbar zu machen, darf ihn von energischem Handeln nicht zurückhalten.

Eine Festnahme, **einmal beschlossen, muß durchgeführt werden, nötigenfalls mit Gewalt.** . . .

Die Möglichkeit, **daß der Soldat die Ausübung seiner Pflicht nicht durchsetzt, so lange er bewaffnet und nicht hilflos verletzt ist, muß ausgeschlossen sein.**“

Das Ober-Kriegsgericht hat nun in seinem Urteil angenommen, daß Hüssener zum Gebrauch seiner Waffe **berechtigt** gewesen sei, da Hartmann einen thätlichen Angriff gegen Hüssener unternommen habe. (Eine Annahme, für die die Zeugenvernehmung **nicht den geringsten Anhalt** ergab. Red.) Gleichwohl habe Hüssener von seiner Waffe gegenüber dem flüchtigen Hartmann nicht den Gebrauch machen dürfen, wie es geschehen sei. Wenn man noch hinzunimmt, daß das Gericht Hüssener auch insofern Glauben schenkte, daß er nicht die Möglichkeit in Betracht gezogen habe, daß der Tod eintreten könne — darauf stützte sich die Auffassung von dem „minder schweren Fall“ — so versteht man eigentlich das Urteil erst recht nicht. Hat doch das Gericht unter diesen Umständen den Angeklagten schuldig gesprochen, **weil er die Instruktion,** die ja energisches Vorgehen anbefiehlt, **wörtlich befolgt hat.**

Vom rein menschlichen Standpunkt aus kann ja Hüssener nicht als Unschuldslamm angesehen werden. Er hätte ja — immer vom Standpunkt des Civilisten aus geurteilt — die Instruktion nicht zu befolgen brauchen, da ihm Leib und Leben eines Menschen höher galt, als die starre Instruktion. Vom militärischen Standpunkt aus aber stand er, sofern man die mildernden Umstände des Kieler Ober-Kriegsgerichts gelten läßt, makellos da. Daß er gleichwohl nicht freigesprochen wurde, läßt sich nur aus der Erwägung heraus verstehen, daß man der **öffentlichen Meinung wenigstens eine kleine Konzession** machen zu müssen glaubte.

Wie man also auch das Urteil betrachtet, es erscheint als eine unhaltbare Halbheit, als eine **schwerste Verletzung des Rechtsgefühls der Masse des Volkes.** Das spricht auch die „Rhein.-Westf. Zeitung“ aus:

„Es ist tief bedauerlich, daß das Rechtsempfinden des Volkes und zwar nicht etwa der großen Masse allein, sondern des ganzen Volkes mit Einschluß der gebildeten bürgerlichen Kreise, in einem so scharfen Gegensatz steht zu dem militärischer Kreise. Ebenso bedauerlich ist es, daß die militärischen Vorschriften über das Geleit Verhafteter so sind, daß ein solches Urteil gefällt werden konnte. Wir zweifeln selbstverständlich in keiner Weise daran, daß die Richter nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt haben, daß nach den geltenden Vorschriften und ihrer Ueberzeugung und Auffassung keine andre Strafe möglich war.

Aber diese Ueberzeugung und Auffassung der Richter entspringt einer Anschauung vom Offiziersstand und dem Rechte des Waffengebrauchs, die nicht zeitgemäß ist und sobald wie möglich einer gründlichen Revision unterzogen werden muß.

Wir geben also auf Grund dieses Urteils, das wohl eine Aenderung nicht mehr erfahren wird, dem Verlangen Ausdruck, daß die **Dienstvorschriften über das Geleit der Verhafteten geändert,** daß die Auswahl der Offiziere noch sorgfältiger vorgenommen wird, daß ihre Erziehung darauf hinarbeitet, keinen Unterschied zwischen der Rechtsauffassung gebildeter bürgerlicher und militärischer Kreise aufkommen zu lassen. Die **Folgen dieses Urteils werden traurige sein, um so trauriger, je weniger man den obigen Forderungen nachkommt.**“

Die englische Presse über den Dresdener Parteitag. London, 21. September. (Eig. Ber.) Mit Ausnahme der „Morning Post“ und „Daily Chronicle“, die Specialkorrespondenzen über den Dresdener Parteitag brachten, ließ sich die große Mehrzahl der Londoner Zeitungen vom „Bureau Reuter“ bedienen. Die Reuter-Depeschen berichten über eine vernichtende Niederlage der Revisionisten. Der Korrespondent der „Daily Chronicle“, der von Berlin aus berichtete, steht ganz auf dem Standpunkt der „Frankfurter Zeitung“. In seinem Endurteil über den Parteitag sagt er: „Der Parteitag hinterläßt den Eindruck, daß der Geist Bebels noch stark in der Partei vorherrscht und daß die Revisionisten sich noch in einer unbedeutenden Minderheit befinden. . . . Es ist ganz klar, daß die Behauptungen, wonach sich die deutsche Socialdemokratie vom Marxismus zur bürgerlichen Demokratie mausert, ungerechtfertigt sind. Der Parteitag zeigte, daß die Partei im großen ganzen es ablehnt, ein Zusammenwirken der Socialisten mit den bürgerlichen Demokraten herzustellen. Die Lage des Herrn Bernstein und seiner Anhänger wird nunmehr eine höchst schwierige werden; sie werden entweder gezwungen sein, sich der proletarischen, allen Kompromissen abgeneigten Mehrheit zu unterwerfen, oder aber die Partei zu verlassen. Sie werden sicherlich den ersteren Weg vorziehen.“ Der Korrespondent teilt dann noch mit, daß der „Vorwärts“ mit dem Kongreß unzufrieden sei. Die besten Berichte über die Kongreßverhandlungen hatte die „Morning Post“, die überhaupt auf den auswärtigen Dienst großes Gewicht legt und in äußeren Angelegenheiten ein kompetenteres Urteil hat als die „Times“. In dem Schlußbericht sagt die „Morning Post“: „Herr Bernstein wurde geduldig zugehört, aber er kann sich über die Thatsache nicht täuschen, daß sein persönlicher Einfluß verschwunden ist. Die Bedeutung des Kongresses und seiner Beschlüsse liegt zum großen Teile darin, daß eine bedeutende Zahl der 81 socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten im Verdacht standen, von der Gedankenblässe Bernsteins angekränkelt zu sein. Gegen den Einfluß dieser Abgeordneten hat Herr Bebel das Urteil des Kongresses erhalten, das das Umsichgreifen des Revisionismus auf lange Zeit hinaus hemmen wird. Die Enttäuschung der deutschen Liberalen über dieses Ergebnis zeigt sich in ihren Preßurteilen über den Dresdener Parteitag.“ Auch der Berliner Korrespondent der „Times“, der bis jetzt — in Uebereinstimmung mit den in England verbreiteten Ansichten — die deutsche Socialdemokratie als eine demokratische Reformpartei betrachtete, ist mit den Dresdener Tagen unzufrieden. Es ist für einen bürgerlichen Schriftsteller vielleicht ganz unmöglich, die Bedeutung der Auseinandersetzungen des Parteitags zu würdigen. Den deutschen Genossen sei nur so viel gesagt: In den letzten Jahren wurde die deutsche Socialdemokratie sowohl in England wie in Amerika als eine für das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ziemlich harmlose Reformpartei betrachtet. Als Beweis citierte man den letzten Wahlaufruf, in dem der Socialismus mit ein paar Zeilen und ganz am Ende abgefertigt wird. Der Dresdener Parteitag hat jene oberflächlichen Urteile zerstört. Deshalb die Enttäuschung. —

* * *

Deutsches Reich.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ unternimmt den Versuch, die üblen Finanzverhältnisse des Reichs, wie sie Bebel jüngst auf dem Dresdener Parteitage schilderte, ein wenig in günstigeres Licht zu setzen. Sie schreibt offiziös:

„Einer Zeitungsnachricht zufolge soll der Abgeordnete Bebel auf dem Dresdener socialdemokratischen Parteitage erklärt haben, die Finanzlage des Reichs sei nach einer ihm zugegangenen Nachricht so ungünstig, daß die Reichskassen ihre Lieferanten nicht gleich bezahlen könnten, sondern sie einige Wochen warten lassen müßten. Es ist selbstverständlich — und nur zur Verhinderung von Legendenbildung heben wir es hervor —, daß die Annahme, als ob das Reich seinen Verpflichtungen wegen ungünstiger Finanzlage nicht pünktlich nachkomme, vollständig unbegründet ist. Die Reichshauptkasse wirtschaftet mit ihrem regelmäßigen Bestande von mindestens 10 000 000 M. und hat im laufenden Jahre von dem gesetzlich bewilligten Kredit zur Verstärkung dieses Minimalbestandes noch nicht in Höhe des zehnten Teils Gebrauch gemacht.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ereifert sich unnötig. Das Reich hat bekanntermaßen nach dem letzten Finalabschluß für das Jahr 1902 bis 1903 ein Deficit von rund 30 Millionen Mark gehabt. Schon diese eine Thatsache erklärt, daß in den Ressorts, in denen dieses Deficit vorzugsweise zur Geltung kam, zeitweilig unerfreuliche Finanzverhältnisse eintreten mußten. Man braucht nicht Staatssekretär des Reichs-Schatz-Amtes zu sein, um das zu wissen. Auch liegt es auf der Hand, daß in den Bureaus der Reichsverwaltung, in denen zeitweilig Geldklemme eintritt, man zunächst die Lieferanten um Aufschub der Zahlungen ersucht und so eine Erscheinung eintritt, die man früher nie gekannt hat. Daß das Reich nicht zahlungsunfähig werden kann, weil die Einzelstaaten für die Deficite einzutreten haben, wie superklug und weise das „Berl. Tageblatt“ versichert, weiß Bebel auch. Es handelte sich für ihn bei Schilderung der Finanzlage des Reiches nur darum, die Dinge zu schildern, wie sie liegen, und wenn das agitatorisch wirkte, lag es nicht an den Ausführungen Bebels, sondern an den vorgebrachten Thatsachen. —

Eine Festrede des Grafen Bülow. Der Reichskanzler Graf Bülow hat die Dresdener Städte-Ausstellung besucht. Auf eine Ansprache des Dresdener Ober-Bürgermeisters erwiderte er in einer kleinen Rede, die beweist, daß Graf Bülow noch nicht verlernt hat, Toaste zu halten, die nett klingen und keinen Inhalt haben. Nach einer Belobigung der Dresdener Ausstellung sagte er:

„Jetzt, seit der Neugestaltung des Deutschen Reiches, haben des Reiches Städte einen Aufschwung genommen, der auch die Blütezeit des 15. und 16. Jahrhunderts übertrifft. Die deutsche Städte-Ausstellung und der Rahmen, der sie umgiebt, die Stadt Dresden, zeigen uns diese neue Blüte: die Ausstellung mit ihrem reichen Material auf allen Gebieten des städtischen Lebens, das schöne Dresden, das ein erlauchter Geist, Herder, das deutsche Florenz genannt hat, mit seinen großartigen modernen Bauwerken und seinen unvergänglichen Schätzen der Kunst daneben, ein Sinnbild der Verbindung alter Kultur mit rüstigem Vorwärtsschreiten. Eines, meine Herren, möchte ich bei meinem Besuch der Ausstellung noch hervorheben: daß sie mir wieder den Umfang der Aufgaben klar vor Augen geführt hat, die namentlich auf socialpolitischem Gebiet den Städtevertretungen heute obliegen. Wie viel zur Lösung dieser Aufgaben schon geschehen ist, beweist die Dresdener Städte-Ausstellung. Aber gerade auf diesem Gebiet wird uns und unsren Nachkommen noch viel zu leisten geboten sein. Vor fast allen andren Ländern besitzt Deutschland eine besonders reiche Anzahl großer Städte. Die Männer, die an der Spitze dieser Städte stehen, dürfen wir mit Stolz zu den besten Arbeitern im Dienste des Gemeinwohls zählen. Aus diesen Kreisen der Städtevertretung sind Männer hervorgegangen, die sich in andren leitenden Stellungen als erstklassige Diener ihres Staates bewährt haben, und ich denke, wir werden noch manchen Bürgermeister als Minister oder Oberpräsidenten erleben. Ich leere den Becher, den Sie mir kredenzt haben, auf das Wohl unsrer ausgezeichneten Städtevertretungen, auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Gemeinsinnes der deutschen Städte.“

Natürlich ist in der weisen Geschichtsauffassung eines Reichskanzlers die Reichsgründung, die alles Treffliche bewirkt haben soll, auch die Ursache des Aufblühens der deutschen Städte. In Wahrheit ist die Sache umgekehrt, die aufblühenden Städte bilden die Grundlage der wirtschaftlichen und der politischen Einigung des zuvor zersplitterten Deutschlands.

Graf Bülow erkennt an, daß auf kommunalem Gebiete der Socialpolitik noch ein weites Feld bleibe, aber er preist zugleich die bisherigen Leistungen der deutschen Städte auf diesem Gebiete und feiert überschwenglich die Oberhäupter der Städte. Wollte man die an der Oberfläche haftenden Worte des Grafen Bülow ernst behandeln, so müßte er darauf verwiesen werden, daß die bisherige Socialpolitik der deutschen Städte gegenüber den ärmeren Volksklassen gänzlich ungenügend ist und daß eine gründliche Besserung so lange nicht möglich ist, als in den Städten nicht die gesamte Einwohnerschaft, sondern zumeist vermöge schmählich ungerechter Wahlsysteme winzige Gruppen der Besitzenden die Entscheidung über das Wohl der Bevölkerung in ihren Händen haben. Bülowsche Schönrednerei löscht die Wohnungsnot, die Krankheitsgefahren, die Schulnot und alle andren Uebel nicht hinweg, unter denen die Mehrheit der großstädtischen Bevölkerung allenthalben schwer leidet. —

Liberales Märchengeschwätz. Die „Saale-Zeitung“ bindet den Lesern eine ungewöhnlich thörichterfundene Anekdote über eine plötzliche Wandlung der Stellungnahme des Kaisers zur Socialdemokratie auf. Sie schreibt in einem Artikel über die Ansprache des Kaisers an die Abordnung der Arbeiter der Danziger Staatswerkstätten:

„Man geht nicht fehl, wenn man aus der Danziger Kundgebung die Folgerung zieht, daß der Kaiser nach dem 16. Juni auch der Meinung geworden ist, daß die Socialdemokratie durch Polizeigesetze nicht mehr zu bekämpfen ist, sondern daß eine versöhnliche Stimmung gegenüber einer Partei von 3 Millionen angebrachter ist. Das will angesichts der Revolutionstiraden in Dresden etwas heißen! Wir wissen aus guter Quelle, **daß der Kaiser nach dem verblüffenden socialdemokratischen Wahlsieg eine ganze Reihe nicht verantwortlicher Persönlichkeiten auch aus dem Bürgerstande** um ihre Meinung bezüglich der nunmehr einzuschlagenden Politik befragt hat — über den Kopf Bülows oder andrer offizieller Ratgeber hinweg. **Er selbst würde nach seinem** Charakter auch einer liberalen Politik keineswegs abgeneigt sein.“

Die „Saale-Zeitung“ erinnert dann an eine neuliche Aeußerung der „Hamb. Nachr.“, die mit Entsetzen davon redeten, daß der Kaiser geneigt sein könnte, einen Socialdemokraten „aus den Reihen der revisionistischen Richtung“ in die Regierung zu berufen. Dann fährt die Märchenerzählerin vom Saalestrande fort:

„Daß der Kaiser, in dem von jeher der absolute Monarch mit dem echt konstitutionellen geringen hat, dahingehende Stimmungen hat und im geeigneten Augenblick der Volksstimmung radikale Zugeständnisse machen würde, ist nach den Vorgängen bei der Zedlitzschen Volksschulnovelle, beim Zuchthausgesetze, der Kanalvorlage nicht abzuleugnen.

Freilich müßte erst eine liberale Rekonstruktion der Regierung geschaffen werden, denn höchstens in einem liberalen Regiment würde ein Revisionist a la Vollmar Raum haben. Und hierzu fehlt es dem Grafen Bülow an Energie und an Mut. Der Kronrat hat seiner Zeit thatsächlich eine Umbildung der Regierung in diesem Sinne bringen sollen. Kurz vorher besann man sich eines andern und schwenkte von neuem mit kräftigem Rucke nach rechts. Trotzdem wird man die gegenwärtige Stellung des Kaisers zur Socialdemokratie sorgfältig im Gedächtnis behalten müssen. Vielleicht enthält sie Motive, die eher, als man es glaubt, zu einem jener kaiserlichen Augenblicksentschlüsse führen können, vor denen sämtliche heutigen Minister bis herauf zum Grafen Bülow in beständiger Furcht schweben.“

Es ist verwunderlich, daß Blätter, die Anspruch auf politische Sachlichkeit machen, solcherlei Phantasiegerede ernsthaft vorführen. —

Marinistische Projektenmacher. Im „Tag“ sucht der Kapitänlieutenant a. D. Graf E. Reventlow Stimmung für neue große Marineforderungen zu machen. „Bekanntlich“ stehe für die kommende Reichstagssession neben der Armeevorlage auch eine solche für die Marine bevor. Der Umfang dieser Forderung sei noch nicht bekannt, doch sei es zweifellos, daß das Reichs-Marineamt nicht nur die 1900 abgelehnten Auslands-Kreuzer fordern werde, habe der Staatssekretär doch schon damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß nicht die 1900 verlangte Schiffszahl, sondern die Bedürfnisse der Flotte im Jahre 1904 den Maßstab bilden würden. Und in den letzten Jahren nun habe sich die Situation recht bedeutend verändert, da die Schiffsbauprogramme Englands, Amerikas und Rußlands für die Zukunft ein derart gesteigertes Tempo aufwiesen, daß das deutsche, wie es durch das Flottengesetz von 1900 — als das Viereinhalb-Milliarden-Gesetz — festgelegt sei, dagegen weit zurückbleibe. Deshalb gelte es nicht nur, die Auslandskreuzernot zu beseitigen, sondern vor allen Dingen auch die Zahl der Linienschiffe zu vermehren. „Daß unsre staatlichen und Privatwerften mit Leichtigkeit im stande sind, ganz bedeutend höheren Anforderungen zu genügen, darüber kann nicht der leiseste Zweifel bestehen und besteht wohl auch nirgends.“

Ginge es also nach den Intentionen des Grafen Reventlow, so brächte uns die kommende Session eine neue Flottenvorlage, die das Flottengesetz von 1900 ebenso über den Haufen würfe, wie dieses seiner Zeit das von 1898. Und diese Meinung wird offenbar von einflußreichen Marine-Enthusiasten geteilt. Die Finanzkalamitäten spielen für unsre Marinisten nicht die geringste Rolle. —

Ein netter Chinakämpfer. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag entstand in der Nähe von Benneckenstein am Harz ein Streit zwischen einem Marine-Unteroffizier, der erst vor wenigen Wochen von China zurückgekehrt war, und einem Infanterie-Gefreiten. Im Lauf dieses Streites machten beide von den Waffen Gebrauch. Der Chinakämpfer, der seinen Dolch gut zu führen wußte, verletzte den Gefreiten an Schulter, Arm und Kopf sehr schwer, so daß er in ärztliche Behandlung genommen werden wußte. Vorher hatten beide zusammen gezecht. —

Professor Abbe ist nunmehr endgültig von der Geschäftsleitung der Firma Karl Zeiß zurückgetreten. Die Leitung der Stiftungsbetriebe übernimmt Dr. Czaposki, in die Geschäftsleitung wurde Professor Straubel berufen. —

Aus Hessen, 23. September. (Eig. Ber.) Noch ist der Zar dem Hessenländchen fern und schon schnüffeln russische Geheimpolizisten ganz Darmstadt und Umgebung aus. Besonders den russischen Studenten wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Am Dienstag wurde ein russischer Student ohne jede Veranlassung und ohne jeden ersichtlichen Grund aus Darmstadt und Hessen für immer ausgewiesen. Es wird sich im Landtage Gelegenheit finden, die Regierung zu interpellieren, warum sie harmlose Menschen, die ihren Studien obliegen, des Landes verweist, wenn ein ausländischer Fürst kommt. —

China-Wahrheit.

Die Wahrheit über den Chinafeldzug sucht auch der Generalstab der Armee. Schon im Juni 1901 hat der Chef des Generalstabes ein Cirkular an die verschiedenen Truppenteile erlassen, in dem die Sammlung der während der China-Expedition entstandenen Akten, Gefechtsberichte, Kriegstagebücher 2c. angeregt wurde. Da man unsre Partei wegen ihrer Behauptungen über die Kriegsführung in China schwer angegriffen hat, so haben auch wir besonderes Interesse an dieser Sammlung des Generalstabs, und es freut uns, kennen zu lernen, mit welchem Eifer der Generalstab diese Arbeit betrieben hat und noch betreibt. Das Cirkular von 1901 wird uns nämlich jetzt im Wortlaut bekannt. Da wird u. a. ausgeführt:

„Die außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen die Expedition zu stande kam und verlief, die leidenschaftliche Teilnahme der ganzen Nation in günstigem ebenso wie in absprechendem Sinne, machen es erwünscht, die Sammlung des Quellenmaterials nicht auf die Dienstpapiere zu beschränken, vielmehr schon jetzt dafür Sorge zu tragen, daß auch Privatmitteilungen von Teilnehmern der Expedition, und zwar von solchen aller Grade, ergänzend und bereichernd hinzutreten.“

Es wurde dann in dem Cirkular ersucht, daß die Empfänger von Briefen, die Besitzer von Tagebüchern und Erinnerungen ihre Papiere dem Generalstab abtreten. Zur Beruhigung der Inhaber solcher Papiere sicherte das Cirkular „größte Diskretion“ zu; während der nächsten 30 Jahre solle der Inhalt nur Offizieren des Generalstabes zu dienstlichen Zwecken zugänglich gemacht werden. „Daraus, sagt das Cirkular, ergiebt sich, daß etwaige scharfe, im augenblicklichen Unmut oder in einer peinlichen Lage niedergeschriebenen Aeußerungen und Urteile kein Hindernis für die Abtretung bilden können, und daß die Besorgnis, dem Briefschreiber könnten etwa Unannehmlichkeiten erwachsen, völlig unbegründet ist.“

Vielleicht werden Mitglieder unsrer Partei demnächst in der Lage sein, dem Generalstab noch einiges Material zuzuführen. Denn in dem Prozeß unsres Parteigenossen Kunert, der vor dem Landgericht Halle wegen Beleidigung der China-Expedition schwebt, dürfte mancherlei auch den Generalstabs-Historiker Interessierendes zu Tage treten.

Um dieses Material zu vervollkommnen, wiederholen wir unsre neuliche Aufforderung zur Sammlung von Chinakrieg-Material. Die Staatsanwaltschaft in Halle nimmt an, unser Genosse Kunert habe behauptet: „Deutsche Soldaten haben China verwüstet, geplündert und Frauen geschändet“, und es blieb dem in eine Zwangslage Versetzten nichts weiter übrig, als sich auf den Boden dieser Behauptung zu stellen und zu erklären: Ich werde den Beweis führen, daß das geschehen ist, was ich zwar nicht behauptet habe, aber behauptet haben soll. Genosse Kunert wird auf Grund des in seinen Händen befindlichen umfangreichen Materials einen umfassenden Wahrheitsbeweis antreten. Da es sich hierbei jedoch um eine Angelegenheit von politischer Bedeutung handelt, so wäre es außerordentlich wertvoll, wenn alles zusammengetragen werden könnte, was an Beweismaterial noch sonst irgendwo vorhanden ist. Genosse Kunert hat deshalb den Wunsch, daß man ihn in der Sammlung dieses weiteren Beweismaterials nach Möglichkeit behilflich sein möge. In Betracht kämen:

1. Eidliche Zeugenaussagen von ehemaligen Mitgliedern des ostasiatischen Expeditionscorps über Zerstörungen, Plünderungen oder Schändungen durch deutsche Soldaten. Die Zeugen müssen eigne Wahrnehmungen zu bekunden vermögen und militärisch vollkommen frei und unabhängig sein. Genaue Adressen solcher Zeugen sind deshalb wichtig.

2. Briefe von Chinakriegern, welche Angaben über die angedeuteten Vorkommnisse enthalten. Es können jedoch solche Briefe nur gebraucht werden, wenn Name und jetzige Adresse des Schreibers beigefügt werden kann. Der Name kann genannt werden, wenn er bei Veröffentlichung des Briefes bereits mit veröffentlicht wurde, oder wenn der Briefschreiber mit der Nennung seines Namens vor Gericht einverstanden ist.

3. Korrespondenz der Kriegsberichterstatter des In- und Auslandes über die China-Campagne von 1900/1901. Präcise Angaben hierzu und ausreichende Adressen sehr wichtig.

Genosse Kunert wird außerdem Gutachten von China-Sachverständigen über den Feldzug vorlegen. Auch hier wäre ihm zur Vervollständigung seines Materials die Angabe genauer Adressen von China-Kennern erwünscht.

Schließlich wird die Herbeiziehung der Strafakten des ehemaligen ostasiatischen Expeditionscorps beantragt werden. Auch hier wären von großem Werte Mitteilungen darüber, daß und gegen welche Personen (genaue jetzige Adresse) Urteile in der angedeuteten Richtung gefällt wurden.

Zweckdienliche, aber nur ganz präcise Mitteilungen dieser Art erbittet sich Genosse Kunert unter seiner persönlichen Adresse **bis zum 30. September** nach Berlin, Lindenstr. 69. Die Presse wird um Abdruck ersucht.

Die Oeffentlichkeit hat ein erhebliches Interesse an der Aufklärung über die Vorgänge in China und deshalb darf auch die Mitwirkung der Oeffentlichkeit erwartet werden. —

Ausland.

Die Balkanwirren.

Petersburg, 24. September. Mit Hinweis darauf, daß das von seiten der Regierungen der befreundeten Monarchien, Rußlands und Oestreich-Ungarns, dem Sultan vorgelegte Reformprojekt für drei türkische Provinzen und die durch die Agenten Rußlands und Oestreich-Ungarns den Regierungen Bulgariens und Serbiens gemachten entsprechenden Vorstellungen die Sympathie und die Unterstützung der Signatarmächte gefunden haben, und mit Hinweis darauf, daß diese Schritte anfangs von Erfolg begleitet gewesen sind, führt ein **russisches Regierungscommunique** folgendes aus: Diese Resultate konnten die in den slavischen Staaten entstandenen macedonischen Komitees nicht befriedigen. Die hervortretende Wahrscheinlichkeit, daß die christliche Bevölkerung sich unter dem Eindruck der begonnenen Reformen beruhigen werde, welche nach Maßgabe ihrer Anwendung in der nächsten Zukunft eine breitere Entwicklung erhalten mußten, entzog den Komitees ihrem Standpunkte nach den für die Verwirklichung ihrer revolutionären Pläne günstigen Boden. Indem sie Schutz der Glaubensgenossen gegen die türkische Bedrückung auf ihre Fahne schreiben, bezwecken diese Komitees in Wirklichkeit in eigennütziger Absicht die Veränderung der administrativen Ordnung der Provinz im Sinne ihrer Umwandlung, in ein „Bulgarisches Macedonien" mit Beeinträchtigung der Rechte und Vorrechte andrer christlicher Völker, deren Interessen dem rechtgläubigen Rußland gleich teuer sind. Da die Leiter der Bewegung von seiten der nichtbulgarischen Elemente Macedoniens für ihre politischen Pläne keine Unterstützung fanden, bemühten sie sich, durch grausame Gewalthaten und Terrorismus im Lande einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen, um die Einführung der geplanten Reform zu verhindern. Bedauerlicherweise erhielt trotz der anfangs von seiten der Sofioter Regierung ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen die macedonische Agitation größere Verbreitung im Fürstentum Bulgarien selbst, indem sie die Unterstützung derer fand, welche irrigerweise darauf rechneten, ein Aufstand werde Rußland zwingen, sein Programm zu ändern und aktiv zum Schutz nicht realisierbarer Pläne der Leiter der revolutionären Bewegung hervorzutreten. Diese verderbliche Verirrung, vor welcher die kaiserliche Regierung unablässig warnte, hat über die Christen der türkischen Wilajets schwere Bedrängnis heraufbeschworen, der ein Ende zu machen in erster Reihe möglich ist durch Verhinderung des Uebertritts neuer Banden aus dem Fürstentum in die Grenzen der Türkei, aber auch durch Einstellung der revolutionären Thätigkeit der Komitees. Nur dann erscheint es möglich, auf unverzüglicher Anwendung den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechender Reformen zu bestehen, welche vor türkischen Grausamkeiten zu bewahren trotz energischen Bemühens, den muselmanischen Fanatismus zu zügeln, bei den zunehmenden Wirren überaus schwer ist. In solchem Sinne haben die kaiserliche wie auch die östreichisch-ungarische Regierung abermals kategorische Vorstellungen sowohl in Sofia wie in Konstantinopel erhoben. Die kaiserliche Regierung hofft, daß diese neue Verwarnung die Türkei wie Bulgarien von der Nutzlosigkeit jeder Abweichung von der Erfüllung der ihnen vorgelegten Forderungen überzeugen und veranlassen werde, alle von ihnen abhängigen Maßnahmen zur Unterdrückung der Wirren auf der Balkanhalbinsel zu treffen, welche für das Ottomanische Reich und Bulgarien nur die schwersten Folgen haben können. —

Frankreich.

Die überlegene französische Kugel. In Besprechungen der jüngsten französischen Manöver stimmt der Chefredakteur der „Patrie" wahre Hymnen an auf die neue französische Kugel, die angeblich Frankreichs Militärmacht verzweifache. Diese neue Patrone verdoppele die Flugbahn des Geschosses und mache seine Gefahrzone geradezu unermeßlich. Für die deutschen Gewehre sei die Patrone unverwendbar, wolle Deutschland den Fortschritt nachahmen, so müsse es seine ganze Ausrüstung umwandeln, was drei bis vier Jahre dauern und hunderte von Millionen beanspruchen würde. — Hoffentlich übertreibt die chauvinistische Einbildungskraft die Wunderwirkungen des neuen Geschosses, sonst könnte allerdings der Spaß den deutschen Steuerzahlern teuer werden. —

Italien.

Das russische Regiment.

Je näher der Zarenbesuch rückt, desto mehr lenkt das Ministerium Zanardelli in die Bahnen kosakischer Regierungsgepflogenheiten ein. Verdächtig erscheinende Personen werden verhaftet oder streng überwacht. Bis zur Ankunft des Zaren sind alle Versammlungen verboten. So wurden auch am 20. September (Erinnerungstag an die Einnahme Roms) die Socialisten und Republikaner in Rom an der geplanten Demonstration verhindert. Vor einigen Tagen wurde in Rom ein Mann verhaftet, der mit dem Ankleben von Plakaten beschäftigt war, auf denen die Bevölkerung aufgefordert wird, den Zar mit Pfeifen zu empfangen. Zur persönlichen Bedeckung des russischen Herrschers werden die italienischen Polizisten nicht für ausreichend oder verläßlich genug erachtet und so wird, wie es heißt, der Zar unter starker Kosaken-Eskorte seinen Einzug in Rom halten.

Auch diese Frage des Auspfeifens, die vor allem der heißblütige Ferri im „Avanti" versicht, hat in der socialdemokratischen Partei Italiens zu Meinungsverschiedenheiten geführt. Turati nämlich spricht sich dagegen aus. Den Opfern des Zarismus helfe man durch derartige Demonstrationen nicht, dagegen könnten dieselben leicht zu blutigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht, Verhaftungen ꝛc. führen. —

England.

Parlamentarische Nachwahl.

London, 21. September. (Eig. Ber.) Durch den Eintritt Lord Cranbornes ins Oberhaus wurde eine parlamentarische Nachwahl in Rochester nötig. Lord Cranborne, der Sohn des unlängst verstorbenen Lords Salisbury, wurde im Jahre 1900 einmütig zum konservativen Abgeordneten von Rochester gewählt. Jetzt steht dem konservativen Kandidaten Mr. Tuff der liberale Imperialist Sir Harry Johnston gegenüber. Johnston ist einer der hervorragendsten britischen Kolonialpolitiker und Administratoren. Es giebt keinen Briten, der ihm an Kenntnis Central- und Ostafrikas gleichkäme. Er ist kaum 45 Jahre alt und hat noch eine sehr bedeutende Laufbahn vor sich. In den letzten Jahren verwaltete er Uganda, dessen anthropologischen und physikalischen Eigenschaften er in einem lehrreichen Werke beschrieb. Sein Wahlprogramm ist Freihandel, dagegen vertritt Mr. Tuff das Programm Balfours. —

Partei-Nachrichten.

Noch einen Glückwunsch zu unsren Wahlerfolgen sendet uns im Auftrage seiner Kirche der Prediger der „Socialistischen Kirche" von Neu-Seeland in Australien, indem er uns folgenden einstimmig angenommenen Beschluß übermittelt:

„Die Versammlung der Mitglieder der Socialistischen Kirche sendet den deutschen Genossen die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem glänzenden Erfolge bei den letzten Wahlen und wünscht, daß ein kräftigeres socialpolitisches Leben für alle Klassen die Folge sein möge."

Wieder ein socialistischer Bürgermeister. In Bietigheim fand am vergangenen Sonnabend Bürgermeisterwahl statt. Der Herr Pfarrer hatte eine äußerst lebhafte Agitation entfaltet, um dem Kandidaten des Centrums, Herrn Pius Jung II, zum Siege zu verhelfen. Die pfarrherrliche Wahlhilfe konnte den Centrums-Kandidaten aber nicht vor der Niederlage bewahren, er bekam nur 29 Stimmen, während sein Gegenkandidat, Ullrich Schmidt, mit 36 Stimmen gewählt wurde. Schmidt zählt sich, wie die Mannheimer „Volksstimme" schreibt, zur socialdemokratischen Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Flugblattverbreitung und Polizeiauflauf.** Während der Wahlbewegung hatten vier Genossen aus Hochheide bei Mörs in dem Städtchen Mörs Flugblätter verteilt und waren bei der Gelegenheit verhaftet worden. Die Polizei that noch ein übriges und beglückte jeden der Vier mit einem Strafmandat von 15 M. wegen Entheiligung des Sonntags und Verübung von Unfug. Das Schöffengericht in Mörs, an welches sich die Genossen mit ihrem Widerspruch gewandt hatten, bestätigte die Strafmandate, nachdem der Amtsanwalt eine schneidige Rede gegen die religionslosen Socialdemokraten gehalten. Die Genossen riefen die Strafkammer in Cleve an, die sich jetzt mit der Sache befaßte. In Cleve suchte der Staatsanwalt unter allen Umständen die Anklage wegen Verübung von Unfug aufrecht zu erhalten, weil bei der Verhaftung der Flugblattverbreiter ein großer Auflauf entstanden sei. Das Gericht sprach die Angeklagten, mit Ueberweisung sämtlicher Kosten auf die Staatskasse, frei, denn das Verteilen von Flugblättern sei keine Arbeit, durch welche der Sonntag entheiligt würde und der Auflauf sei nicht durch die Schuld der Angeklagten, sondern durch die Schuld der Polizei entstanden. Naturgemäß sammelten sich bei einer Verhaftung auf offener Straße stets Menschen an, dieses sei auch hier geschehen.

Der Streik der Omnibus-Angestellten

ist — wie wir schon in einem Teil der gestrigen Auflage mitteilten — in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag **beschlossen** worden. Von den in Betracht kommenden ca. 1200 Schaffnern, Kutschern, Stallleuten und Hofarbeitern waren reichlich Zweidrittel in der Versammlung erschienen; davon erklärten sich in geheimer Abstimmung 862 für und 4 gegen den Streik. In Ausführung dieses Beschlusses verweilten die Anwesenden bis über den Beginn der gewohnten Arbeitszeit im Versammlungslokal, so daß niemand von ihnen die Arbeit am Donnerstagmorgen aufnahm. Immerhin ist es der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft möglich gewesen, das nicht erschienene Drittel der Angestellten derartig zu beeinflussen, daß der Omnibusverkehr — wenn auch nur in entsprechend beschränktem Maße — auf mehreren Linien aufrecht erhalten wird. Natürlich macht die Direktion jetzt verzweifelte Anstrengungen, um Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Alles was an Berliner Arbeitslosen einigermaßen mit Pferden umzugehen versteht, wird durch die verlockendsten Versprechungen als Streikbrecher anzuwerben gesucht. Die christlichen Herbergen, die Asyle werden jetzt nach Arbeitswilligen abgesucht. Trotz dieser Anzahl Arbeitswilliger sind die Streikenden guten Mutes. Sie hoffen, noch einen erheblichen Teil ihrer jetzt noch arbeitenden Kollegen zur Mitbeteiligung am Ausstande überreden zu können. Auch sind sie sicher, daß das Publikum ihnen seine volle Sympathie und moralische Unterstützung zuwenden wird, sobald der Streik durch die Presse allgemein bekannt geworden ist. Denn das kann keinem Zweifel unterliegen: Jedermann weiß, unter wie erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die Omnibus-Angestellten dahinvegetieren müssen. Deswegen ist auch die Direktion dieser Gesellschaft mitsamt den Aktionären im Publikum noch bedeutend unbeliebter wie die Leitung der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft.

Ueber den Verlauf der Versammlung wird uns noch folgendes berichtet: Die Verbandsleitung des Transportarbeiter-Verbandes, in dessen Händen die Lohnbewegung liegt, war vollzählig anwesend. Namens derselben berichtete Werner, die Direktion der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft habe die Entscheidung über den Streik nach Möglichkeit hinzuziehen versucht. Es sei auch bekannt, daß der Generalsekretär Rasse von der Abteilung II des Kühnemänner-Verbandes der Gesellschaft, die sich mit der Vereinigung Berliner Spediteure zu einem Schutzverbande zusammengethan hat, mit seinen schon so oft verunglückten Ratschlägen zur Seite steht. Dies gehe auch schon aus dem ganzen, schroff ablehnenden Verhalten der Direktion dem Verbande wie auch der in der vorigen Versammlung gewählten Kommission gegenüber hervor. Da letztere nicht anerkannt worden ist, so ist am Sonntag und Montag auf Veranlassung der Direktion eine neue, dieser nunmehr genehme Kommission von den Angestellten der einzelnen Depots, allerdings unter sehr schwacher Wahlbeteiligung „gewählt" worden. Mit dem Ausschuß dieser Kommission hat die Direktion alsdann folgende durch Aushang bekannt gegebenen „Zugeständnisse" schriftlich „vereinbart" und dieselben als die äußerste Grenze wohlwollenden Entgegenkommens bezeichnet:

Die Zahl der freien Tage wird für die Kutscher und Schaffner auf 5 erhöht und erhalten dieselben dafür volle Bezahlung; auch für die Stallleute gilt die volle Bezahlung der freien Tage, außerdem wird ihnen der Lohn von 82,50 M. schon nach einem halben Jahre gezahlt. — Die Lohnklassen bleiben bestehen, nur rücken die Kutscher der bisherigen „Allgemeinen" nach 8 Jahren in das Gehalt von 105 M. auf. — Schaffner und Kutscher haben im Dienstanzug freie Fahrt. — Schaffner und Kutscher erhalten alle zwei Jahre einen neuen Tuchanzug, der frühere verbleibt ihnen weitere zwei Jahre; außerdem werden Drillichanzüge geliefert. — Geldtaschen und Zangen werden für die Schaffner, Hüte und Regenpelerinen für die Kutscher geliefert. — Allen Angestellten verbleibt die bereits zugesicherte Gewinnbeteiligung. — Die Zwölfer-Kommission verbleibt als Arbeiterausschuß. Diese Vereinbarungen treten am 1. Oktober in Kraft.

Außer einigen ganz minimalen Zugeständnissen, Gewährung freier Fahrt, Lieferung eines zweiten Anzuges sowie der Geldtaschen usw. hat die Direktion also so gut wie gar nichts bewilligt. Schaffner Schulze, Mitglied der anerkannten neuen Kommission, suchte diese Vereinbarungen in der Versammlung zu rechtfertigen und zu begründen. Als ihm die verschiedenen Diskussionsredner über das Verkehrte seiner Ansicht belehrt hatten, schien ihm doch ein Licht aufzugehen und er erklärte sich später mit den Streikenden solidarisch. Zum Schluß nahm die Versammlung dann mit dem oben angegebenen Stimmenverhältnis folgende Resolution an:

Die heute versammelten Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Direktion der am Mittwoch, den 16. September, von ca. 1000 Kollegen gewählten Lohnkommission ihre Anerkennung versagt hat. Die Versammelten sehen in der seitens der Direktion veranlaßten Wahl einer weiteren Kommission eine Vergewaltigung und erheben gegen diese Wahl sowie die seitens dieser Kommission mit der Direktion getroffenen Abmachungen ganz energisch Protest; und dies umsomehr, als die auf diese Weise gewählten Kommissionsmitglieder nur eine ganz verschwindend kleine Anzahl — teilweise nur 2 bis 3 Stimmen auf sich vereinigt haben und infolgedessen keinen Anspruch darauf erheben können, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Die Versammelten lehnen deshalb die gemachten Zugeständnisse als vollständig unzulänglich ab und erklären nach wie vor an den ursprünglich aufgestellten Forderungen festzuhalten. Da seitens der Direktion jeder friedliche Weg zur Erringung eines annehmbaren Vergleichs abgeschnitten ist, beschließen die Versammelten, die Arbeit einzustellen und dieselbe nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die Direktion ihren gerechten Forderungen das nötige Entgegenkommen beweist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Metallindustrie.

Die gestrige Versammlung der streikenden Metalldrücker war ein Beweis für die Thatsache, daß die Streikenden dieser Branche ebenso wie die Gürtler fest entschlossen und unbekümmert um den Aussperrungsbeschluß der Kühnemänner an ihren Forderungen festhalten. In keiner der Streikversammlungen ist, wie der Referent Cohen hervorhob, auch nur eine einzige Stimme dafür laut geworden, den Kampf zu beenden, und die in Arbeit stehenden Metallarbeiter der andern Branchen, die von der Generalaussperrung bedroht sind, brennen geradezu darauf, einmal mit dem Unternehmertum auf der ganzen Linie abrechnen zu können. Es scheint aber noch sehr zweifelhaft, ob die Unternehmer in der Versammlung, die sie zum 28. d. M. einberufen haben, ihren Beschluß aufrecht erhalten werden, und wenn das der Fall sein sollte, wie viele ihre Arbeiter wirklich aussperren werden. Vielleicht geht es nicht besser damit wie beim Klempnerstreik, wo die einstimmig beschlossene Generalaussperrung sich auf zwei Firmen mit 16 Arbeitern erstreckte. Einige Firmen haben den Aussperrungsbeschluß, den sie verpflichtet wurden, in ihren Werkstätten anzuschlagen, an ihre Schaufenster geklebt, wahrscheinlich deswegen, weil in ihren Werkstätten keine Arbeiter mehr vorhanden sind. Namentlich wird in der Ritterstraße an mehreren Stellen die Oeffentlichkeit auf diese Weise von jenem Scharfmacherbeschluß in Kenntnis gesetzt. Die Unternehmer suchen jetzt in mehreren Orten des In- und Auslandes nach Streikbrechern und Firmen, wo sie ihre Streikarbeit gemacht erhalten, besonders auch in Hamburg, Altona, Budapest und Kopenhagen. Es ist jedoch bereits Vorsorge getroffen, daß die Organisationen allerorts unterrichtet sind, so daß die Unternehmer auch damit kein Glück haben werden. Zum Stand des Streiks ist zu bemerken, daß trotz aller Scharfmacherkünste des Unternehmertums fortgesetzt neue Bewilligungen einlaufen und Arbeitgeber zu verhandeln, und Aufklärung über diesen oder jenen Punkt der Forderungen verlangen.

Die Neunstundenbewegung der Kürschner ist jetzt soweit gediehen, daß die Innung sowohl wie die Fabrikantenvereinigung und ein Teil der Hausindustriellen die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen anerkannt haben. Der Verein der Hausindustriellen der Mützenbranche ist jedoch nur bereit, die Forderungen vom 1. Januar 1904 ab zu bewilligen, da, wie in ihrer Resolution vom 5. August behauptet wird, die Hausindustriellen früher von den Fabrikanten keinerlei Entschädigung für den Ausfall an Produktion erhalten. Nun haben aber die Hausindustriellen zwar nicht den ursprünglich verlangten Tarif, wohl aber eine zehnprozentige Preiserhöhung von den Fabrikanten bewilligt erhalten. Am Mittwoch tagte eine öffentliche Kürschnerversammlung, in der Regge über die Sachlage berichtete und den Hausindustriellen nahe legte, die Forderungen der Arbeiter schon von jetzt ab anzuerkennen, da sie ja selbst schon jetzt ihre Lohnerhöhung von den Fabrikanten erhalten und diesen Vorteil eigentlich wesentlich der starken Bewegung der Gehilfenschaft zu verdanken hätten. — Seitens der Hausindustriellen, die zahlreich in der Versammlung anwesend waren, wurde dagegen erklärt, daß sie jetzt, wo die Muster gemacht würden, wie allbekannt sei, nichts verdienten und thatsächlich erst Anfang nächsten Jahres den Vorteil von der Bewilligung der Fabrikanten hätten und deshalb auch erst von da ab die Forderungen der Gehilfen in Kraft treten lassen könnten. Im weiteren Verlauf der sehr ausgedehnten Diskussion zeigte es sich jedoch, daß auf beiden Seiten Neigung zu einer friedlichen Lösung der Frage vorhanden war. Die Versammlung beauftragte schließlich eine siebengliedrige Kommission, am Mittwoch mit den Vertretern der Hausindustriellen zu verhandeln.

Das Personal der städtischen Kranken- und Irrenhäuser

(Wärter, Wärterinnen, Hausdiener, Maschinisten, Kochmädchen, Scheuerfrauen usw.) war zahlreich anwesend in einer öffentlichen Versammlung, welche am 23. September bei Dräsel tagte. Für die in der Versammlung am 24. Juni gewählte Lohnkommission erstattete Br. Pörsch Bericht über die inzwischen ausgearbeiteten Forderungen. Die Kommission schlägt vor zu fordern:

Abschaffung der bisher seitens der Anstaltsleitungen gewährten Beköstigung. Das gesamte Personal hat für seine Beköstigung selbst zu sorgen und sind dementsprechend die Gehälter zu erhöhen. Innerhalb der Kranken- und Irrenhäuser sind Kasinos zu errichten, in welchen Speisen ꝛc. verabfolgt werden.

Das gesamte Personal wohnt außerhalb der Anstalten. Das Pflegepersonal der Irrenhäuser hat jede dritte respektive vierte Nacht in der Anstalt zu schlafen, um im Notfalle zur Unterstützung des wachhabenden Pflegepersonals herangezogen werden zu können.

Die tägliche Dienstzeit des Pflegepersonals beträgt einschließlich der Ruhepausen zwölf Stunden. Es sind reguläre Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen einzuführen. Innerhalb jeder Woche ist dem Personal ein freier Tag zu gewähren. Dieser freie Tag muß in den Krankenhäusern jedes zweite Mal, in den Irrenanstalten jedes dritte Mal auf einen Sonntag fallen. Der Dienstplan ist von der Anstaltsleitung festzusetzen und nicht von den unteren Aufsichtsorganen. In den Sommermonaten wird dem Personal ein Urlaub von 14 Tagen unter Weiterzahlung des Gehalts gewährt.

Das Anfangsgehalt der Pfleger und Hausdiener beträgt monatlich 90 M. und steigt jährlich um 10 M. bis zum Höchstbetrage von 130 M. Die Pflegerinnen erhalten 70 M. und ihr Gehalt steigt bis zu 110 M. Das Gehalt der Leichen-, Apotheken-, Bade-, Operationsdiener und Desinfektoren beträgt: anfangs 100 M., Höchstgehalt 140 M., jährliche Zulage 10 M. Die genannten Kategorien rekrutieren sich aus dem Pflegepersonal. Die Dienstzeit, welche die fraglichen Personen im Pflegeberufe absolviert haben, ist ihnen anzurechnen. Nähfrauen erhalten 2 M. pro Tag und Kost. Zehnstündige Arbeitszeit, Lieferung von Kleidern. Reinemachefrauen erhalten einen Tagelohn von 3 M. Tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen 10 Stunden. An Sonnabenden um $4\frac{1}{2}$ Uhr Feierabend. Personal der Wasch- und Kochküchen: Anfangsgehalt 70 M., Höchstgehalt 110 M. Jährliche Zulagen 10 M. Arbeitszeit 10 Stunden. Etwa notwendige Ueberstunden sind mit 30 Proz. Aufschlag zu vergüten. Heizer: Anfangsgehalt 120 M., Höchstgehalt 160 M., jährliche Zulagen 10 M. Wo nur Tagbetrieb herrscht, ist die Dienstzeit 9 Stunden täglich. In den Instituten mit Nachtbetrieb und Tagbetrieb sollen drei Schichten eingeführt werden. Der Heizer, der Sonntags Dienst gehabt hat, soll innerhalb der Woche einen freien Tag erhalten. Ueberstunden sind in der Woche mit 70 Pfennig, am Sonntag mit 1 M. zu bezahlen. Handwerker, landwirtschaftliche Arbeiter, Wächter usw. Für diese ist eine allgemeine Gehaltsaufbesserung zu gewähren. Die Gehälter werden nach dem Dienstalter geregelt.

Nachdem Br. Pörsch diese Forderungen eingehend unter lautem Beifall begründet hatte, traten verschiedene Angestellte städtischer Kranken- und Irrenhäuser lebhaft dafür ein und schilderten die in den Anstalten herrschenden Zustände. Durch ihre Ausführungen wurde bestätigt, was der „V." in einem Artikel vom Mittwoch

darüber veröffentlicht hat. Alle Redner stimmten auch darin überein, daß die Erfüllung der empfohlenen Forderungen nicht nur die Lage des Personals verbessern, sondern auch eine wesentliche Verbesserung des ganzen Irren- und Kranken-Pflegewesens bedeuten würde. Allen Beteiligten würde sie nützen. Die Sicherung eines tüchtigen Wärterpersonals wäre anders nicht denkbar. — Einstimmig erklärte sich die Versammlung mit den Vorschlägen der Lohnkommission einverstanden und beauftragte die Leitung der Organisation der städtischen Arbeiter und Unterangestellten, die Forderungen den zuständigen Deputationen in Form einer Petition zu unterbreiten. Die Petition sollen je fünf Personen von jeder Anstalt unterzeichnen. Diese sind in den Einzelversammlungen des Personals jeder Anstalt, die nächstens stattfinden, zu wählen. — Die Versammelten verflichteten sich zum Anschluß an die Organisation. — Ferner wurde, ebenfalls einstimmig, beschlossen, die Leitungen der städtischen Krankenhäuser und Irrenanstalten zu ersuchen, sofort die Bestimmung außer Kraft zu setzen, wonach das dienstfreie Personal ohne besonderen Urlaub die Anstalt nicht verlassen darf. Begründet wird das Ersuchen: „Es fehlt den Anstaltsleitern jeder rechtliche Grund, erwachsenen freien Leuten vorschreiben zu wollen, wo sie ihre dienstfreie Zeit zubringen sollen, zumal Magistratsmitglieder ausdrücklich im Stadtverordneten-Kollegium erklärt haben, daß das Pflege- und Bedienungspersonal der Gesinde-Ordnung nicht untersteht."

Mit einem stürmischen Hoch auf die Bewegung schloß die Versammlung.

Tapezierer. Die Kollegen in Budapest befinden sich im Streik, es wird deshalb ersucht, den Zuzug nach dort fernzuhalten.

Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Krefeld ist noch nicht beendigt und zwar lediglich durch Schuld der christlichen Bauarbeiter, welche sich zu Streikbrecherdiensten hergegeben haben. Dieser Streik dauert jetzt schon in die sechste Woche und ist ein Ende noch gar nicht abzusehen. Ein großer Teil der Streikenden ist abgereist, um in den umliegenden Städten in Arbeit zu treten; dieses sucht die Bau-Innung in Krefeld zu vereiteln. Dieselbe hat nämlich an die auswärtigen Unternehmer ein Cirkular versandt des Inhalts, keine von Krefeld zugereisten Maurer einzustellen, bis der Streik beendigt ist. In dem Cirkular heißt es unter andrem: „Wir machen Ihnen hierdurch die ergebene Mitteilung, daß in den hiesigen Betrieben der Bauunternehmer ein Streik ausgebrochen ist und nur ein Teil der Arbeitnehmer, des sogenannten „Christlichen Verbandes" augenblicklich noch weiter arbeitet."

Ausland.

Der Streik der Eisenbahner der Nord-Mailänder Linien dauert unverändert fort; die Bewegung beginnt sich auf das Personal der lombardischen Sekundärbahnen auszudehnen.

Sociales.

Weberelend im Glatzer Gebirge.

Dem Breslauer Centrumsblatte wird geschrieben:

„Schon im vorigen Winter war die Arbeitsgelegenheit so schlecht, daß der Hunger ständiger Gast in vielen Familien war. Die Kartoffeln, das „tägliche Brot" dieser armen Leute, waren infolge einer Mißernte sehr teuer, und diesen Winter werden sie, da der nasse Sommer eine allgemeine Kartoffelfäule bewirkt hat, noch teurer sein. In den Tscherbeneyer Grenzbezirken werden hauptsächlich leichtere Gangarten, d. h. Sorten Webereien, deren Herstellung nicht so schwer ist, gearbeitet, z. B. weiße Bettlaken, Militärgüchen, Pulversäcke und dergleichen. Die Filiale Cudowa der Handweberei-Organisation hat noch keinerlei Aufträge in leichteren Gangarten bekommen. In der vergangenen Woche erhielten schon die Scherer, welche die Ketten für die genannte Filiale verarbeiten, keine Arbeit mehr. Dadurch werden zunächst viele Hauspuler, die für die Scherer die Garne spulen, arbeitslos. Freilich verdienten diese Leute bisher auch nur 25 bis 30 **Pfennige täglich, aber dieses Geld reichte hin, sie mit knapper Not am Leben zu erhalten.** Im vorigen Herbst schränkten die Langenbielauer und Reichenbacher Fabrikanten ihre Arbeitsaufträge an die Handweber der südlichen und westlichen Grafschaft erheblich ein, wodurch schon eine schwere Not unter den Hauswebern eintrat. Aber immerhin konnten doch noch gegen 300 Handweber Aufträge von der Filiale Cudowa der Handweberei-Organisation erhalten; jetzt jedoch kann auch diese Filiale keine Arbeit mehr geben, da ihr die entsprechenden Aufträge nicht vorliegen. Auch vom deutschen Offizierverein, der sonst alljährlich große Bestellungen aufgab, sind noch keine Aufträge eingetroffen. Die Handwebereibevölkerung ist daher um die Zukunft in großer Sorge. Wenn kein Wandel in der Arbeitsgelegenheit eintritt, wenn keine Gelegenheit zum Erwerb gegeben wird, so befürchten sie einen größeren Notstand für den Winter, als er seit langem gewesen ist. Bisher konnte eine Hungersnot nur dadurch abgehalten werden, daß nur ein Bruchteil der Handarbeiterbevölkerung hinter dem Webstuhl saß, der übrige Teil hatte Beschäftigung beim Bahnbau, auf der Feldarbeit, in Ziegeleien, bei Hausbauten usw. gefunden. Alle diese Arbeiten werden aber beim Eintritt des Winters eingestellt."

Welch schreckliches Elendsbild ist es doch, wenn ein Tagesverdienst von 30 Pfennigen noch als hinreichend zum Leben hingestellt wird. An andrer Stelle des Blattes geben wir Mitteilungen unsres japanischen Parteiblattes über die Lage japanischer Arbeiterinnen wieder. Da wird es als der Gipfel unbeschränktester Ausbeutung bezeichnet, daß die Mädchen nur bis zu 55 Pfennigen täglich verdienen; daß aber in Japan das Geld noch erheblich höheren Wert hat wie bei uns, geht aus der weiteren Mitteilung hervor, daß für Nachtlager und Beköstigung für den ganzen Tag nur 25 Pf. berechnet werden, etwas, was in Deutschland ganz unmöglich ist. Die Weber des Glatzer Gebirges stehen also noch erheblich unter den japanischen Arbeiterinnen. Dafür sind wir aber auch das Reich der Socialreform und guten Sitte, in dem die Arbeiter eine gute und gesicherte Existenz bis ins hohe Alter haben.

Aus Industrie und Handel.

Das Ende aller deutschen Zuckerkartelle? Nachdem infolge der Brüsseler Zuckerkonvention der Fortbestand des deutschen Zuckerkartells unmöglich geworden war, hatten bekanntlich die deutschen Raffinerien einen Ring in Form einer Verkaufsvereinigung gebildet, die zunächst bis zum 24. Februar 1904 bestehen sollte. Die Rohzuckerfabriken, die sich wegen ihres Anteil an dem Ueberzoll mit den Raffinerien nicht einigen konnten, versuchten nun ihrerseits eine Verkaufsvereinigung der Rohzuckerfabriken zu bilden. Dieser Versuch ist indes gescheitert. Aber auch die Raffinerien scheinen mit der neugebildeten Verkaufsvereinigung nicht zufrieden zu sein. Wie dem „Berliner Tageblatt" nämlich aus Hamburg mitgeteilt wird, findet am 29. d. Mts. eine Sitzung des Raffineriesyndikats statt, in der über den Antrag Beschluß gefaßt werden soll, das Raffineriekartell bereits am 1. Oktober statt am 1. März aufzulösen. Im Fall, daß dieser Antrag angenommen werden sollte, wäre die Kartellfrage in der deutschen Zuckerindustrie also bis auf weiteres endgültig beseitigt.

Rheinisch-Westfälisches Roheisensyndikat. Der Erneuerung des Roheisensyndikates scheinen sich noch große Schwierigkeiten in den Weg zu stellen. Die Uneinigkeit ist, nach der „Rhein.-Westf. Ztg.", hauptsächlich zurückzuführen auf den Gegensatz zwischen den reinen Hochofenwerken und den gemischten Werken. Die Schwierigkeiten gehen allem Anscheine nach von einigen größeren Werken aus, welche übertrieben hohe Ansprüche stellen. Die Besprechungen betreffs Erneuerung des Syndikats, die in Köln stattfanden, haben noch nicht zu nennenswertem Resultat geführt. Die Verhandlungen werden eifrig fortgesetzt.

Internationales Glühlampen-Kartell. Trotz aller zuerst auftauchenden Schwierigkeiten ist dieses Kartell nun doch zu stande gekommen. Die zwischen den Vereinigten Glühlampenfabriken, G. m. b. H. in Berlin, und der außerhalb des Kartells gebliebenen Firma Sturm u. Co. in Wien bestehenden Differenzen sind durch Zuerkennung der von dieser Firma beanspruchten Quote am Kartell beigelegt worden. Durch den Beitritt dieser Firma ist das Kartell nach dem ursprünglichen Plane vervollständigt worden. Die Verhandlungen wurden im Auftrage der östreichisch-ungarischen Glühlampen-Industrie vom Wiener Bankier Philipp Westphal geführt. Dem Syndikat gehören die deutschen, östreichischen, ungarischen, Schweizer und niederländischen Fabriken an. Die Geschäftsleitung der „Verkaufsstelle der vereinigten Glühlampenfabriken, G. m. b. H." in Berlin liegt in den Händen der Herren Philipps (Firma Philipps in Amsterdam), Bendtheim (A. E. G. in Berlin) und Mezai (Vereinigte Elektricitäts-Aktiengesellschaft in Budapest). Das Stammkapital dieser Gesellschaft, welches mit einer Million Mark festgesetzt wurde, wird von den Mitgliedern pro rata ihrer Kontingente eingezahlt. Die Fabriken der andren kontinentalen und überseeischen Staaten sind im Syndikat nicht vertreten, weil sie nicht als Konkurrenten auf dem Markte erscheinen, im Gegenteil, und zwar selbst Nordamerika als Importländer zu betrachten sind. Die Vorteile, die man sich von dieser Organisation für die Sanierung der Industrie verspricht, liegen nach der Wiener „Zeit" erstens in der Preishaltung, die auch den kleineren Fabriken „eine gewisse Prosperität" garantieren soll, ferner in einer besseren Ausnützung der einzelnen Fabriksanlagen. Bisher mußten die Fabriken, um sich ihren Kundenkreis zu erhalten, so ziemlich alle Lampentypen erzeugen. Jetzt soll nun darauf hingearbeitet werden, daß jede Fabrik nur diejenigen Typen erzeugt, für die sie besonders leistungsfähig erscheint. Die einlaufenden Aufträge werden von der Verkaufsstelle mit Rücksicht auf die bestellte Type, Frachtlage und Zollgrenze den einzelnen Fabriken zugewiesen. Die zu erwartende Konsumsteigerung gewährleistet den größeren Fabriken die allmähliche Ausdehnung der Produktion und damit die Herabdrückung des Betriebscoefficienten. Die noch außenstehenden Firmen, darunter eine Wiener Firma, sind von zu untergeordneter Bedeutung, um die Thätigkeit des Kartells zu beeinflussen. Im übrigen hofft man, daß auch diese Firmen dem Kartell beitreten werden, und die Schröpfung der Konsumenten mit allseitig vereinten Kräften vor sich gehen kann. In Oestreich sind die Preise bereits um fast 50 Prozent nach Abschluß des Kartells erhöht worden!

Rumänische Ernte. Nach dem offiziellen statistischen Ausweis lieferte die Getreide-Ernte in diesem Jahre folgenden Ertrag: Weizen 25 971 000 Hektoliter d. i. 16 Hektoliter pro Hektar; Roggen $2^1/_2$ Millionen; Gerste $10^1/_2$ Millionen; Hafer 11 Millionen; Raps 400 000 und Raps 727 000 Millionen Hektoliter. Das Ergebnis der Maisernte ist bis jetzt nicht bekannt.

Abnahme der Gründungsthätigkeit in Amerika. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres wurden in den Oststaaten der amerikanischen Union Gesellschaften mit einem Kapital von 1330 Millionen Dollar gegründet (gegen 1966 und 2770 Millionen in den beiden Vorjahren). Seit August 1901 brachte der abgelaufene Monat August die geringste Gründungsthätigkeit. Es wurden darunter immer noch Gesellschaften mit einem Kapital von 78 Millionen ins Leben gerufen.

Der Preis des Aluminiums hat seit 1855, dem Jahre, da es zum erstenmal fabrikmäßig hergestellt wurde, ganz gewaltige Rückgänge erfahren. Wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" den statistischen Zusammenstellungen, die alljährlich von der „Metallgesellschaft" und der „Metallurgischen Gesellschaft" in Frankfurt a. M. herausgegeben werden, entnimmt, betrug der ungefähre Preis eines Kilogramm Aluminiums im Jahre 1855 1000 M. Schon im Jahre 1856 stellte sich der Preis nur noch auf 300 M., von 1857 bis 1886 hielt er sich fortgesetzt auf etwa 100 M. Er sank dann weiter bis 1888 auf 57,50 M. Vom Jahre 1890 ab, wo die Wasserkraft des Rheinfalls für die Erzeugung von Aluminium in größeren Mengen ausgenützt wurde, ging der Preis dann vollends rapid zurück: in dem Zeitraum von Februar 1890 bis November 1891 sank er von 27,60 auf 5 M. Von da an ging der Preis langsamer, aber doch stetig zurück, bis er im Jahre 1901 auf seinem Tiefpunkt, nämlich 2 M. pro Kilogramm, angelangt war.

Gerichts-Zeitung.

Wie man in Deutschland Redakteure behandelt. Das Schöffengericht zu Kindelbrück (Kr. Weißensee) verurteilte den Redakteur und Verleger der „Kindelbrücker Zeitung", Karl Naumburg, zu 30 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das preußische Preßgesetz vom Jahre 1851. Der Beklagte hatte während der Reichstagswahl ein Plakat gedruckt und anschlagen lassen, dessen Inhalt darauf hinwies, daß die socialdemokratischen Wähler dem freisinnigen Kandidaten ihre Stimme geben sollten. Wenige Stunden nach dem Anschlag der Plakate wurden seitens des königlichen Landrats von Weißensee Nachforschungen angestellt, wer der Thäter sei. Im Glauben seiner Unschuld teilte Naumburg dem Landrat telegraphisch mit, daß er der Veranlasser gewesen. Und nun kommt das kaum Glaubliche, was Herr R. in seinem Blatte mitteilt und der Wichtigkeit wegen hier wörtlich folgen mag:

„Die Folge davon war, daß ich bei der Schwere meines Verbrechens durch den Wachtmeister Matthias aus Weißensee polizeilich vorgeführt wurde. Es mag hier nicht unerwähnt bleiben, daß mir von meinem Transporteur gesagt wurde, er sei beauftragt, Gewalt anzuwenden, ja mich event. zu fesseln, sofern ich nicht gutwillig gehen würde."

Man bedenke, für ein Vergehen, welches mit 30 M. geahndet wird, werden solche Kraftanstrengungen unternommen gegen einen Mann, der von dem Bestand eines preußischen Preßgesetzes aus dem Jahre 1851 keine Ahnung hatte und gegen Bezahlung diese Plakate anheften ließ. — Dieses Vorgehen fordert zur Kritik heraus, die Wirkung aber würde abgeschwächt, wollte man ein Wort dazu bemerken.

Der Eid eines Gendarmen. Vor dem Kriegsgericht in Trier stand ein Gendarm aus Mettendorf (Bez. Trier) unter der Anklage des Meineids, der Unterschlagung und der falschen Anschuldigung. Der Gendarm hatte erfahren, daß ein vor fünf Jahren vom Militär entlassener junger Mann einen Degen besitze, der ihm von einem Offizier geschenkt worden war. Der Gendarm ging in der Abwesenheit des jungen Mannes in dessen Wohnung, ließ sich den Degen von dessen Mutter zeigen und nahm ihn ohne jede Erklärung mit. Als der junge Mann sein Eigentum zurückforderte, zeigte ihn der Gendarm bei der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung an; jedoch wurde das Verfahren eingestellt. Vor dem Amtsgericht leistete der Gendarm einen Eid, daß er den Degen von dem jungen Mann geschenkt erhalten habe. Er behauptete vor dem Kriegsgericht: er habe dem Mann als Gegenleistung ein paar Glas Bier geben wollen, was er aber bis jetzt vergessen habe. Durch mehrere Zeugen wurde bewiesen, daß die Behauptung des Gendarmen unwahr ist. Der Vertreter der Anklage beantragte vier Jahre und zwei Monate Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Kriegsgericht erkannte auf schuldig nur des fahrlässigen Meineids und verurteilte den Gendarmen zu **drei Monaten Gefängnis.**

Böse Anschläge gegen die Ehre seiner weiblichen Patienten wurden dem Naturheilkundigen Theodor Weinziehr zur Last gelegt, der gestern unter der Anklage der Notzucht, der versuchten Notzucht und Beleidigung in drei Fällen vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Kanzow, die Anklage vertrat Erster Staatsanwalt Steinbrecht. Die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Ulrich. Als Sachverständige wohnten der Verhandlung bei: Medizinalrat Dr. Mittenzweig, der bekannte Psychiater Dr. Moll, Gerichtschemiker Dr. Jeserich, die praktischen Aerzte Dr. Bertram und Dr. Meißner und der Vertreter der Naturheilkunde Herr Canitz. — Der Angeklagte betreibt seit etwa 20 Jahren die gewerbsmäßige Ausübung der Heilkunde, insbesondere bei Frauenleiden. Er ist einmal wegen Betruges zu einem Monat und im Jahre 1895 wegen fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zuletzt hat er sein Gewerbe in der Ruppinerstraße 37 betrieben. Auf seinen Geschäftskarten kündigte er sich an als „Homöopathisches Institut, Ausübung der Naturheilkunde, besonders auch Behandlung mittels hypnotischer Suggestion und Lebensmagnetismus". Eines Tages suchte ihn ein junges anständiges Mädchen, welches damals verlobt war und jetzt verheiratet ist, auf, um seine Hilfe gegen Rheumatismus in der Schulter und Schlaflosigkeit in Anspruch zu nehmen. Bei der ersten Konsultation verhielt sich der Angeklagte durchaus tadellos, bei der zweiten aber gestattete er sich schon sonderbare Liebenswürdigkeiten, so daß sie ihrer späteren Schwiegermutter erklärte, daß sie zu dem Angeklagten wegen seines abscheulichen Benehmens nicht mehr hingehen würde. Die Schwiegermutter wußte sie aber zu beruhigen, überredete sie, die Kur doch nicht plötzlich abzubrechen und begleitete sie zu ihrer Sicherheit am 7. Februar zu einer abermaligen Konsultation nach der Wohnung des Angeklagten. Während das Mädchen in das Privatzimmer des letzteren zur Untersuchung gegangen war, blieb die Schwiegermutter im Wartezimmer sitzen. Nach einiger Zeit kam das Mädchen mit allen Zeichen der Aufregung und ganz verstört aus dem Zimmer heraus und antwortete auf die Fragen der Schwiegermutter, was ihr denn passiert sei, nur mit Thränen und Seufzen. Sie wurde nach Hause gebracht und dort traten Fiebererscheinungen und Weinkrämpfe auf. Nach zwei Tagen offenbarte sich dann das Mädchen ihrem Bräutigam und teilte ihm mit, daß der Angeklagte sie vergewaltigt, nachdem er sie durch fortgesetztes Anstarren völlig fasciniert gehabt habe. Der Bräutigam erstattete darauf die Strafanzeige und der Angeklagte wurde am 10. Februar in Haft genommen. Nun war schon ein Jahr vorher eine gleichartige Strafanzeige von einer andren Patientin des Angeklagten ergangen, diese war aber damals nicht für ausreichend erachtet worden, um das Verfahren daraufhin zu eröffnen. Nunmehr wurde doch auch auf diesen Fall zurückgegriffen und bei eingehenderen Recherchen noch ein dritter Fall festgestellt, in welchem sich nach der Behauptung einer Patientin der Angeklagte strafrechtlich gegen sie vergangen haben soll. Weiter brachten die Recherchen noch 9 Fälle zu Tage, in denen der Angeklagte bei der Behandlung weiblicher Patienten gleichfalls gegen das Strafgesetzbuch oder aber gegen Sitte und Anstand verstoßen haben soll. In diesen Fällen haben die weiblichen Personen einen Strafantrag wegen Beleidigung entweder gar nicht oder nicht rechtzeitig gestellt, der Staatsanwalt hat sie aber herangezogen, um sie zur Illustration des Treibens des Angeklagten zu verwenden. — Trotz der ganz bestimmten Beschuldigungen der Belastungszeuginnen bestritt der Angeklagte in allen Fällen seine Schuld. Er behauptete, daß er in allen Fällen eine sachgemäße Behandlung nach der Naturheilmethode den Patientinnen habe zu teil werden lassen. Er will seine ärztlichen Kenntnisse aus Vorträgen in Vereinen, durch Selbststudium und durch Unterweisung des verstorbenen Sanitätsrats Dr. Schultz erlangt haben. Er habe bei einer Anzahl von Fällen die Thure-Brandtsche Massage in Anwendung gebracht, daraus mögen einzelne hysterische Mädchen geglaubt haben, daß er Unanständigkeiten beabsichtige. Er bestreite diese Absicht ganz entschieden und betone, daß er täglich 6—10 solcher Behandlungen vornehme und jährlich etwa 3000 Personen in der Kur habe. Das spreche schon dagegen, daß er unlautere Absichten verfolge. — Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, hatte anfänglich mit Schwierigkeiten zu kämpfen, da ein Beisitzer erkrankt war und längere Zeit verging, ehe ein Ersatzmann zur Stelle geschafft worden war. Die Verhandlung konnte daher erst um die Mittagspause beginnen. Es sind 32 Zeugen zu vernehmen. Wir werden das Ergebnis der Verhandlung mitteilen.

Versammlungen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hielt am 18. September eine Delegiertensitzung ab, in welcher fast ausschließlich die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen zur Debatte standen. Mielitz gab den Geschäftsbericht des hiesigen Gewerbegerichts. Bezüglich der Petition betreffs Anschluß der Kaufmannsschiedsgerichte an die Gewerbegerichte sowie auch bezüglich der Beschickung des Verbandstages in Dresden entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher von seiten verschiedener Redner das ablehnende Verhalten der Arbeitnehmer-Beisitzer in diesen Fragen gemißbilligt wurde. Den Bericht des zur Vorbereitung der Wahlen eingesetzten Wahlausschusses erstattete Schulze. Der wesentlichste Inhalt des Berichtes war der Antrag des Ausschusses, die Kandidaten auf bestimmte Gewerkschaften zu verteilen. Folgender Antrag wurde angenommen: „Die Charlottenburger Gewerkschaften, soweit sie an die Kommission angeschlossen sind, betrachten sich hinsichtlich der Gewerbegerichtswahlen als Ganzes. Jede Gewerkschaft hat das Recht, Kandidaten aufzustellen. Die Auswahl trifft der Wahlausschuß nur nach Fähigkeit, Intelligenz und Energie, ohne Rücksicht auf Gewerkschaft oder die Zahl der Klage-Objekte." — Der Obmann Steinigk teilt noch mit, daß sich die Handlungsgehilfen der Kommission angeschlossen haben. Beschlossen wurde noch, daß die Broschüre „Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle" Eigentum der Delegierten bleibt. Nicht vertreten waren die Metallarbeiter.

Friedrichshagen. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 19. September seine Mitgliederversammlung im Vereinslokal von Kasuhke ab. Genosse Davidsohn referierte über: „Die Technik der Landtagswahlen." An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an. Als Wahlkomitee wurden der Vorstand des Vereins sowie die beiden Vertrauensmänner gewählt. Nachdem noch der Vorsitzende bekannt gegeben, daß am 10. Oktober der Verein ein Herbstfest im Restaurant Eiskeller abhält und zum regen Besuch aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kassel, 24. September. (W. T. B.) Hier wurde vor der Disciplinarkammer heute gegen den Postbeamten Richard Wagner verhandelt. Die Disciplinarkammer erkannte, wie die „Allgemeine Zeitung" meldet, auf Dienstentlassung, weil Wagner in und außer dem Dienst sich der Achtung unwürdig gemacht habe, die sein Amt verlange. Wagner, der persönlich erschienen war, erklärte, Socialist und Atheist zu sein, und bat darum, ihm eine Pension zu gewähren, da er 14 Jahre im Postdienst gewesen sei. Diese Bitte wurde unberücksichtigt gelassen.

Moskau, 24. September. (W. T. B.) Die Druckereibesitzer sind noch zu keiner Entscheidung gelangt. Der Oberpolizeimeister erklärt, daß die Arbeiter, falls sie nicht bis zum Freitag, den 25. September, die Arbeit in den Druckereien aufgenommen haben, als entlassen zu betrachten sind. Die Päße und ihr verdientes Geld werden nach dem Orte ihrer Zugehörigkeit geschickt. Dem Ausbruch des Ausstandes gingen Zusammenrottungen im Katharinenpark voran. Nachdem die Polizei dieselben zerstreut hatte, trafen die Setzer in der Umgegend von Moskau zusammen, wo sie ihre Forderungen feststellten. Der Ausstand erfolgte in allen Druckereien allgemein. Die Ausständigen durchziehen die Straßen in Trupps, aber ohne Lärm zu machen. In den Zeitungsdruckereien sind die Bekanntmachungen über die neue Arbeitstaxe ausgehängt.

Portland (Oregon), 24. September. (W. T. B.) Vier maskierte Männer hielten 21 Meilen östlich von hier den Schnellzug der Oregon Railway and Navigation Company an. Die Räuber zwangen den Lokomotivführer, sie zu begleiten. Sie sprengten den Gepäckwagen, den sie irrtümlich für den Postwagen hielten, mit Dynamit. Ein Bahnbeamter schoß auf sie und tötete einen von ihnen. Die übrigen entkamen, jedoch ohne etwas geraubt zu haben. Durch einen unglücklichen Zufall wurde auch der Lokomotivführer durch einen Schuß tödlich verwundet.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die Parteipresse über den Parteitag.

Es liegen heut weitere Aeußerungen der Parteipresse vor, die hier folgen.

Das „Volksblatt für Bochum“ nennt die Mitarbeiterdebatte und die Taktikdebatte ein reinigendes Gewitter und schreibt danach:

„Der Ton war sehr oft schroff, auch persönlich verletzend. Stellenweise mochte der Eindruck aufkommen, daß politische Gegner und nicht Parteigenossen sich auseinandersetzen. Nötig war es nicht, daß ein solcher Eindruck hervorgerufen wurde. Auch macht es einen deprimierenden Eindruck, wenn einzelne auf dem Parteitag aktiv vorgegangene Parteimitglieder nicht mehr mit dem Titel „Genosse“ belegt wurden. Wenn man einen Parteigenossen nicht mehr dieses Titels würdig erachtet, dann muß daraus die Konsequenz gezogen werden. Zweierlei Genossen, von denen die einen mit „Herr“, die andern mit „Genosse“, betitelt werden, darf es nicht geben.

Die scharfen Worte, überhaupt manches, was in Dresden gesagt wurde, wird uns im Laufe der Jahre nach München-Gladbacher Verdrehungsmuster serviert und entgegengehalten werden. Und zum großen Teil waren die Berichte der bürgerlichen Blätter speciell zu diesem Zweck tendenziös zusammengestutzt. Doch damit müssen wir uns abfinden. Wir werden den Kampf führen, auch wenn er uns erschwert wird. Wurden doch oft genug während des Wahlkampfes seitens der Gegner Aussprüche von „Revisionisten“ oder „Bernsteinianern“ gegen uns ausgespielt. Da verschlägt es also nichts, wenn jetzt Redeblüten vom Dresdener Parteitage, Aussprüche von Bebel, Stadthagen ꝛc. uns begegnen werden.

Wir nehmen an, daß durch die Dresdener Aussprache der Weg, den wir im Kampfe einzuschlagen haben, wieder frei ist. Wir sind überzeugt, daß auf dem Fechtboden des Reichstages, in den Parlamenten überhaupt, alle unsre Vertreter wie früher dem Volke zeigen werden, wo und bei wem die Arbeiterinteressen, die Interessen des werkthätigen Volkes unentwegt, ohne Heuchelei, ohne Komödie vertreten werden. Darüber hat ja auch schon die Debatte über die parlamentarische Thätigkeit unsrer Fraktion keinen Zweifel gelassen.“

Der „Volkswille“ in Hannover untersucht in einem weiteren Artikel unter anderm die Frage, was ein Revisionist sei, und beantwortet sie so:

„Unter Revisionisten versteht man zur Zeit solche Käuze, die das Bestreben haben, die vorhandenen Klassengegensätze zu verleugnen beziehungsweise zu vertuschen; die die Partei mit voller Absicht von dem Boden des Klassenkampfes abdrängen und ins bürgerliche Lager steuern wollen, oder wie es in der mit überwältigendem Mehr angenommenen Resolution heißt, die unsre bisherige bewährte, sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne ändern wollen, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt“.

Es wird dann festgestellt, daß kein einziger solcher Revisionist auf dem Parteitage namhaft gemacht werden konnte, und darauf fortgefahren:

„Was nun die angenommene Resolution anbetrifft, so ist es uns begreiflich, wenn jetzt ein Partei-Organ schreibt, daß mit der Resolution durchaus nicht die Absicht verbunden war, ihre Gegner, also die Revisionisten, aus unsren Reihen hinauszudrängen, sondern man habe bloß „feststellen wollen, wie stark der revisionistische Flügel in der Partei ist“. Dieser Auffassung können wir nicht zustimmen. Würden die Bestrebungen, gegen welche die Resolution sich richtet, von einzelnen Personen — wir sagen Personen, nicht Parteigenossen, denn ein solcher Revisionist hätte aufgehört, Parteigenosse zu sein — geteilt, dann müßten sie aus der Partei entfernt werden, entweder nun, indem man ihnen mittels der Resolution bedeutete, daß ihres Bleibens in der Partei nicht länger sein könne, oder indem man sie ohne weitere Umstände als Abtrünnige ausschloß. Entweder oder. Ein verschwommenes Mittelding kann es nicht geben. Die Stärke des revisionistischen Flügels in der Partei konnte durch die Resolution auch gar nicht festgestellt werden und ist auch nicht festgestellt worden, denn diejenigen, die gegen sie stimmten, stimmten nicht dagegen, weil sie „Revisionisten“, sondern aus andern Gründen. Klipp und klar haben v. Vollmar, das angebliche Haupt der Revisionisten, Auer und andre erklärt, daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen; sie konnten also mit gutem Gewissen, ohne Komödie zu spielen, für die Resolution stimmen. Und da schwingt sich ein süddeutsches Partei-Organ zu der unverständlichen Behauptung auf: „Vollmar müsse die Situation sofort erkannt und seine näheren Anhänger auf dem Parteitage überredet haben, für die Resolution zu stimmen, um die Schwäche seines Flügels nicht erkennen zu lassen.“

Die alte Geschichte: Kaum ist durch die gegenseitige Aussprache, die doch an Gründlichkeit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen, erfolgt, da werden schon wieder aufs neue Verdächtigungen ausgestreut, wird die Fiktion aufrecht zu erhalten gesucht, als ob doch Käuze mit solchen Bestrebungen, gegen welche die angenommene Resolution sich richtet, in der Partei vorhanden wären, und dadurch dem Mißtrauen, dem Argwohn aufs neue Nahrung gegeben. Auf die wiederholte Frage: Wer denn die Komödianten, wer die Revisionisten seien, ist man auf dem Parteitage die Antwort schuldig geblieben, mußte sie schuldig bleiben, und jetzt geht der Spektakel schon wieder von neuem los. Richtiger wäre es doch, Namen zu nennen und zu sagen, der, der und der sind Revisionisten in dem von der Resolution gekennzeichneten Sinne. Kann man keine Namen nennen, dann wäre es besser, man schwiege. Wozu immer die allgemeinen Beschuldigungen, mit denen man nichts anfangen kann?“

Aus einem sehr langen, sehr ins einzelne gehenden Artikel der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ seien diese Sätze als ungefähr zusammenfassendes Urteil wiedergegeben:

„Der Parteitag hat somit richtig gehandelt, wenn er milde gewesen ist. Er hat den Weg, den die Partei ziehen will und muß, aufs neue deutlich und schärfer bezeichnet, er hat Ungehörigkeiten und Irrtümer ins helle Licht gesetzt, damit sie vermieden werden können. Er hat die Einheitlichkeit des Endziels — die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, um der socialistischen Gesellschaft willen — und die Einheitlichkeit der bewegenden Ideen — Klassenbewußtsein, Klassenkampf, Befreiung der Menschheit allein durch das klassenbewußte Proletariat, scharfe Ablehnung schwächlicher Kompromisse, der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Parteien — unter Zustimmung des rechten wie des linken Flügels aufs neue konstatiert. So hat er den Weg gewiesen, welchen die Partei ohne Kompromisse und ohne Konzessionen allein gehen will und gehen kann, ihn scharf umrissen und so einen Führer für alle und eine Warnung für die geschaffen, welche aus blindem Eifer, aus Thorheit oder aus Ehrgeiz Neigung haben sollten, über die Stränge zu schlagen. Die Socialdemokratie hat als radikale proletarische Partei, einer gegen alle, die Triumphe des 16. Juni erfochten, sie will und wird auch als Dreimillionen-Partei erst recht eine radikale proletarische Partei, einer gegen alle, sein und bleiben, bis sie zuletzt der Sieger über alle wird.

So ist das Ergebnis des Parteitages zu beurteilen, das ist das, was man aus den tagelangen Redeschlachten allein richtig herauslesen kann. In diesem Sinne schlingt sich durch alle Verhandlungen des Parteitages ein leuchtender roter Faden. Die Litteraten-Debatte so gut wie die Erörterungen über die Reichstagswahl und der große Kampf um die Taktik sind wertvolle und notwendige Bestandteile der Arbeit gewesen, die geleistet werden mußte, um aufs neue Klarheit und Aufklärung zu gewinnen. Wir leugnen nicht, daß es auch unerfreuliche Momente auf dem Parteitag gab, aber nun, nachdem das Gewitter ausgetobt hat, können wir freudig feststellen, daß es trotz aller Blitze und Donner, trotz Sturm und Brausen nicht das Böse, sondern das Gute gebracht hat. Wir haben mehr Klarheit als je, wir haben mehr Einheit als je und wir sind einiger als je in der radikalen Auffassung der Bewegung.“

Die „Volksstimme“ in Mannheim schreibt:

„Erhobenen Hauptes geht der „Revisionismus“ nach der Dresdener Redeschlacht in der Partei umher, Vollmar hat einen moralischen Sieg erfochten, wie er sich unter den gegebenen Umständen vollständiger nicht denken läßt. Vom Standpunkt seiner Anschauungen aus konnten die „Radikalen“ nichts Besseres thun, als was sie in Dresden unternahmen: einmal vor aller Welt den Anlaß und die Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung der Frage zu geben, was es eigentlich um den vielgeschmähten „Revisionismus“ ist und worin, greifbar aufgezeigt, die Gefahren bestehen, die er für die fernere Entwicklung der socialrevolutionären Propaganda mit sich bringen soll. Indem es weder Bebel noch irgend einem andren Redner der „radikalen“ Richtung gelang, den Nachweis der Schädlichkeit der Vollmarschen Taktik zu erbringen, indem man es streng vermied, gegen bestimmt bezeichnete Personen wegen bestimmt umrissener Aeußerungen oder Handlungen den Vorwurf programm- oder principienwidriger Thätigkeit zu erheben, und indem man anstatt dessen sich mit blindem Drauflosvernichten ins allgemeine hinein begnügte, — gab man zu, daß die geräuschvoll inscenierte Principienreiterei sich wieder einmal an einem Phantasiegebilde bethätigen und Gefahren aufstöbern wollte, wo keine vorhanden sind. Nun vor der breitesten Oeffentlichkeit die wahre Natur des „Revisionismus“ bloßgelegt und auch der großen Masse derjenigen Parteigenossen, die ihn bisher unter der Suggestion „radikaler“ Wortführer für den Ruin der Bewegung hielten, klar geworden ist, daß sich der Zorn der „allezeit Unentwegten“ gegen ein Phantom verschwendet hatte, — nun wird das eingehendere, von Vorurteilen und Voreingenommenheit befreite Studium der „revisionistischen“ Anschauungen zu einer noch tieferen Durchdringung der Partei mit den in den thatsächlichen Verhältnissen begründeten Anschauungen der Bernstein-Vollmarschen Richtung führen, und der rabiate „Radikalismus“ wird damit, ganz gegen seine Absicht, eine Stärkung und Verbreitung jener taktischen Ideen im Gefolge haben, die mit Haut und Haaren aufzufressen er soeben zum „Entscheidungskampf“ nach Dresden ausgezogen war.“

Die Meinung des „Stettiner Volksboten“ ist ersichtlich aus dem folgenden:

„In jeder andren Partei würden natürlich solche Debatten als „Sprengpulver“ wirken, wie mit Recht schon von andrer Seite betont wurde. Aber ist es denn nötig, daß uns Parteigenossen im Lande die Freude an den gefaßten Beschlüssen dadurch vergällt wird, daß sich unsre Vertrauensmänner mit persönlichen Invektiven gegenseitig bedenken? Auch die undemokratische Ueberhebung, die sich im einzelnen in Dresden bemerkbar machte, läßt sich leider nicht durch noch so rethorische Musterleistungen verdecken. Sind denn nur Diejenigen Parteigenossen, die am Althergebrachten festhalten? Nein, soweit sind wir noch lange nicht! Es wäre eine Schmach für die Partei, wenn es so wäre. Ist außerdem unser Programm schon ein Noli me tangere? Wiederholt hat die Partei schon daran geändert, weil sie infolge der Veränderung unsrer politischen und socialen Verhältnisse daran ändern mußte. Wie sind seiner Zeit die Ansichten vom ehernen Lohngesetz geändert worden! Wo waren da die wachenden Konsuln?

Im Lande versteht man den übertriebenen und explosiven Eifer nicht, mit dem die Führer sich gegenseitig bekämpften. Außerdem ist die Partei nicht in der unglücklichen Lage, daß sie zu Grunde geht, wenn sich die Augen eines wachenden Konsuls einmal schließen sollten. Die Socialdemokratie wäre zu bedauern, wenn das zuträfe. Bei aller Hochachtung, die wir vor den Verdiensten und Leistungen des Genossen Bebel haben, können wir jedoch auch seine menschlichen Schwächen und Fehler nicht so ohne weiteres acceptieren. Wir sind eine demokratische Partei, welche auch die Meinungsfreiheit rücksichtslos vertritt und wir haben bei uns dieses Princip zuerst durchzuführen. Es scheint nach allem, was aus den Verhandlungen herausklingt, als wenn der Schmerzensschrei: „Wir sind zu groß geworden“, fast seine Berechtigung fände. Die Parteigenossen im Lande haben freilich ein andres Resultat als diesen Schmerzensruf erwartet. — Mit dem „Litteratengezänk“ sind die Gegner der Partei delektiert und unsre Genossen angeekelt worden. Das ist der Erfolg des Dresdener Parteitages, dieser Heerschau nach den Schlachten vom 16. und 25. Juni.“

Die Resolution über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern wird dann noch als nicht weitgehend genug bezeichnet.

Im „Lübecker Volksboten“ schreibt O. F.:

„Es ist tief beklagenswert, daß die Debatten des Parteitages eine so häßliche Form, unter der notwendig der ernste Inhalt leiden mußte, haben annehmen können. So kann und darf es unmöglich weiter gehen! Wohin soll es führen, wenn an Stelle der fruchtbringenden Arbeit im Dienste des klassenbewußten Proletariats nutzlose und dabei noch erbitterte Streitereien treten, die schließlich doch, man mag sagen was man will, einen Stachel auf allen Seiten zurücklassen müssen! Wenn wir sagen nutzlos, so spielen wir damit durchaus nicht etwa auf die beiden hauptsächlichsten Streitpunkte an sich an. Im Gegenteil, deren endgültigen Austrag halten wir sogar nach wie vor für dringend geboten. Als nutzlos bezeichnen wir vielmehr nur das Drum und Dran, die Art und Weise, wie man zu Werke ging. Und ist es nicht ein schlimmes, wahrhaft betrübendes Zeichen, daß diese persönlichen Reibereien von Jahr zu Jahr an Umfang und Intensität zuzunehmen scheinen? Die Selbstzucht in den eignen Reihen, das Verantwortlichkeitsgefühl in den führenden Kreisen muß noch weit größer werden, sonst hätten die Parteigenossen Grund genug, schließlich einmal mit der schwieligen Faust auf den Tisch zu schlagen und zu sagen: nun ist des grausamen Spieles aber genug! . . .

Auf dem Dresdener Parteitag hat der persönliche Zwist so sehr die Tagesordnung beherrscht, daß es gar keine so leichte Aufgabe ist, aus dem Wust der gegenseitigen Verunglimpfungen den sachlichen Kern herauszuschälen. Beherrscht, ja vollständig in Anspruch genommen wurde der Parteitag von der bereits erwähnten Debatte über die Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern und der ewig neuen Frage der Taktik. Daß gerade die erstere Frage einen so beträchtlichen Umfang annehmen konnte, ist das Allerbefremdendste. Fast möchte man auf den Gedanken kommen — wenn er nicht gar zu ungereimt wäre! —, daß hinter der ganzen Mehring-Hetze Herr Maximilian Harden-Wittkowsky als Regisseur gestanden habe, daß in seiner Hand die Fäden zusammenliefen, die den Knoten schließlich schürzten.“

Der Artikel verurteilt dann scharf das Vorgehen gegen Mehring, billigt den in der Sache gefaßten Beschluß und fährt fort:

„Einen wesentlich erfreulicheren Eindruck als die eben besprochene Litteratendebatte machte diejenige über die Taktik. Infolge der unbeschränkten Redezeit ist leider nur ein sehr geringer Teil der Delegierten zu Worte gekommen, was in Anbetracht der Wichtigkeit der Materie lebhaft zu bedauern ist. Wie bekannt, setzte die Diskussion über diesen Punkt mit einer Fanfare Bebels ein. Mag es auch manchem Parteigenossen nicht möglich sein, überall der Beweisführung unsres erfreulicherweise immer noch jugendfrischen Vorkämpfers zu folgen, das eine läßt sich von niemand, dem die Partei wahrhaft am Herzen liegt, bestreiten, daß die Bebelsche Rede, als Ganzes genommen, ein Wort zur rechten Zeit war. Es war allerhöchste Zeit, daß die Spannung, die über der Partei seit Jahr und Tag lagerte, endlich einmal ihre Entladung erfuhr. Dieses Hangen und Bangen in schwebender Pein hatte geradezu Fürchterliches an sich. Zwar glaubte Vollmar, der diplomatische Realpolitiker, Bebel als eine Art Gespensterseher hinstellen zu sollen, aber immerhin mußte doch selbst er zugeben, daß thatsächlich in weiten Kreisen innerhalb der Partei eine berechtigte Unzufriedenheit bestehe. Und nach unsrer Ansicht traf Molkenbuhr mit seinen Ausführungen durchaus das Rechte, wenn er diese Unzufriedenheit auf die ewige Projektemacherei der sogenannten „Revisionisten zurückführte. Die ganze Krankheit der Parteibewegung besteht thatsächlich einzig und allein darin, daß die Partei einerseits zu schnell gewachsen ist, während auf der andern Seite die Durchdringung der Massen mit socialistischem Geiste damit nicht Schritt gehalten hat. Da immer und immer wieder neue Projekte auftauchten, gerieten die Massen, weil in den Grundanschauungen nicht genug gefestigt, in ein Labyrinth der Irrungen und Wirrungen, und es ergaben sich schließlich die bekannten Unstimmigkeiten in der Partei. Dieser fortwährenden Beunruhigung der Parteigenossenschaft durch immer neue Projekte ist durch die mit geradezu erdrückender Mehrheit angenommene Resolution Bebel-Kautsky-Singer nunmehr ein Riegel vorgeschoben worden. Es bleibt danach bei unsrer bisherigen, sieggekrönten Taktik. Ein dreimal Wehe aber über den, der es in der nächsten Zukunft wieder wagt, wider den Stachel zu löcken!“

Der „Braunschweiger Volksfreund“ äußert sich zunächst ähnlich:

„Bei Teilnehmern und Beobachtern hat der Dresdener Parteitag ein niederdrückendes Gefühl hinterlassen. Nicht als ob man Anlaß hätte, an der Zukunft der Partei zu zweifeln und mutlos zu werden. Davon kann keine Rede sein; denn die Massen unsrer Parteigänger, das sei ausdrücklich betont, werden von dem Gezänke, das man in Dresden zu hören bekam, nur wenig berührt. Die Massen peitscht der Klassenkampf zur Einigkeit und Einheit. Aber daß nicht dafür gesorgt war, daß in der großen Kulturbewegung der Socialdemokratie jene Kleinlichkeiten, die weit bis in die Vicepräsidenten-Debatte hineinreichten, bis auf ein restloses Nichts verschwanden, daß es dort in Dresden den Anschein haben konnte, als bliebe unsre Bewegung auch nur einen Augenblick bei ihnen stehen, das ist das bedauerliche Facit von Dresden. Die Parteigenossen im Lande werden im Rechte sein, wenn sie verlangen, daß die dazu berufenen Instanzen genügend wachsam sind, damit in Zukunft die kostbare Zeit des Parteitages nutzbringender verwertet werden kann im Interesse der Partei und derer, die in ihr die Rettung vom Joche des Kapitalismus sehen. Das Wort Auers: „Das hält ja kein Viech aus!“ trifft auch auf die persönlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen, die in Dresden fielen, völlig zu. Die Partei kann ja ohne Zweifel noch eine Portion mehr davon vertragen, ohne ins Wanken zu geraten. Denn die Führer sind in der Socialdemokratie eben nicht die Partei. Aber die Führer sollten nicht vergessen, daß die in Dresden geübte Manier — nicht ihre Autorität, die braucht unsre streng demokratische Bewegung nicht — wohl aber die Achtung vor solcher Führerschaft nicht steigen läßt, und diese braucht die Partei vor der Masse der Genossen und vor — sprechen wir es ruhig aus — den Gegnern.“

Es wird dann Tadel nach beiden Seiten ausgeteilt, die Mitarbeit an der „Zukunft“ als unmöglich, die angenommene Resolution jedoch als eine unsichere Entscheidung bezeichnet. Die Feststellung, daß die Partei keinen Finger breit von ihrer bisherigen Taktik abgehen wolle, sei ein unleugbarer Gewinn, aber der Lärm sei unnötig gewesen.

Der „Augsburger Volkszeitung“ entnehmen wir dieses:

„Mehring! war der Schlachtruf, unter dem die revisionistischen Schwarmgeister in die Arena stürzten! Mehring, nichts als Mehring! Um herumzukommen um die unangenehme Mitarbeit an bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften. Schuld an der Mehring-Debatte sind in der That diejenigen, die ihn gerufen und aufgenommen haben in die Partei, die ihn in die vordersten Reihen stellten, ja ihn zum Schulmeister des Princips designierten — trotz seiner anrüchigen Vergangenheit. Kautsky kann es nicht verziehen werden, daß er als Redakteur der „Neuen Zeit“ derlei Rollen gerade dem durch alle Wasser gegangenen Mehring zudachte. Als Entschuldigung weiß man nur die Ausnützung seiner großen litterarischen Geschicklichkeit, seines großen Historikertalents vorzubringen. Alles rächt sich! . . .

Lange lagen diese Dinge in der Luft. Es mußte zum Krachen kommen. Und gut ist es, daß einmal von Grund aus die Wunden ausgewaschen wurden. Ob die Revisionisten prädestiniert waren, Moral zu predigen, lassen wir dahingestellt. Sie, derentwegen gerade die erste lange Debatte gepflogen werden mußte, weil sie hauptsächlich die Anschauungen der weitesten Parteikreise mit Füßen traten, indem sie ihre socialdemokratischen Eier hinüberlegten in bürgerliche Nester, des Geldes und des bürgerlichen Lobes halber. Die Entwicklung bringt solches mit sich; aus dem bürgerlichen Lager kommt immer weiterer Zuzug und gerade das Schriftstellerelement wird immer zahlreicher, die akademisch Ge- und Verbildeten. Da heißt es für das klassenbewußte Proletariat der schwieligen Faust, das das Parteischiff soweit vorwärts gebracht, auf der Hut sein, daß keine innere Verseuchung vorkommen oder doch keine Fortschritte machen kann. Unsre Parteizeitungen und Zeitschriften können das Angebot dieser Leutchen, die entweder aus ehrlicher innerer Ueberzeugung oder aus Stellenhascherei in die Partei kommen, nicht decken und so bieten sie sich den Gegnern an, bewußt oder unbewußt unsre Sache und die Entwicklung unsres Preßwesens schädigend. Als aufmerksamer Teilnehmer des Parteitages muß man den sehnlichen Wunsch hegen, daß das Gigertum in der Partei eine bedeutende Abschwächung erfahre, denn leider haben wir dieser Sorte schon viel zu viel. Aber hauptsächlich bei der Besetzung von Vertrauensstellungen sei's den Genossen allerwärts gesagt: „Seht Euch die Leute an!“ Und mit Bebel muß man sagen: „Wenn sich's um einen Akademiker handelt, dann seht ihn Euch zweimal an!“

Aus München meldet die „Politische Provinz-Korrespondenz“:

„Die „Münchener Post“ beginnt heute die versprochene Artikelserie über den Dresdener Parteitag und schreibt unter anderm: Wenn von einem Erfolg dieses Parteitages geredet werden kann, so wird es wohl nur der negative sein, daß die organisierten Massen aufgerüttelt wurden, damit sie sich für alle Zukunft derartige Schaustellungen verbitten und den Führern, die vermeinen, die Partei als Spielball ihrer Laune betrachten zu können, noch deutlicher sagen als in Dresden schon geschehen, wie wenig die Parteiseele gewillt ist, solch schmähliches Gekeife als Gegenleistung für unsre große Sache in Zahlung zu nehmen. — In Bezug auf Mehring und Bebel sagt das Blatt: Der stürmische Ankläger der Revisionisten wurde hier zum beredten Verteidiger. Allein das wird wenig helfen. Die Mehrheit der Partei lehnt es ab, in Zukunft die reine Lehre aus diesen Händen zu empfangen. Für sie ist das psychologische Rätsel vollständig gelöst. Und die, denen dieser Ausgang unbequem ist, mögen sich an die eigne Brust schlagen. Sie hatten Wind gesät und mußten Sturm ernten.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, 24. September 1903, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Michelet eröffnet die Sitzung um 1/2 6 Uhr mit der Mitteilung, daß der Gesundheitszustand des Vorstehers Dr. Langerhans leider noch immer nicht seine persönliche Teilnahme an den Verhandlungen erlaubt. Sodann giebt er bekannt, daß vorgestern eine Ehrung der Stadt Berlin dadurch stattgefunden hat, daß ein kleiner Kreuzer „Ersatz Zieten“ auf der Danziger Werft auf den Namen der Stadt

Berlin getauft worden ist. Auf Befehl des Kaisers sei Oberbürgermeister Kirschner ersucht worden, den Taufakt zu vollziehen.

Der Stadtv. Quednow (A. L.) hat das Mandat niedergelegt.

In den Ausschuß für die Vorlage betreffend die Schaffung eines Nordparks sind u. a. auch die Stadtvv. Augustin, Hintze, Gleinert deputiert.

Zum Ersatz für die durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder Deter und Gemeinhardt werden gewählt: in den Rechnungsausschuß und in das Kuratorium der Siechenanstalten Stadtv. Kollokowsky, in die Gasdeputation Stadtv. Bracke, in die Grundeigentums-Deputation Stadtv. Deutsch, in die Sanitätsdeputation Stadtverordneter Nathan. Sämtliche Gewählte gehören wie die Verstorbenen der Neuen Fraktion der Linken an.

Zur Verhandlung steht zunächst der am 8. September eingebrachte Antrag Augustin u. Gen.:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob und welche rechtliche Vorschriften bestehen, wonach der Polizeipräsident von Berlin in der Lage ist, den Leitern städtischer Schulen Anweisungen über den Ausfall des Unterrichts zu erteilen.

Hierzu liegt ein Antrag der Neuen Linken, Rosenow u. Gen., vor, welcher den Vorgang, daß der Polizeipräsident an den Herbstparadetagen die Schulrektoren angewiesen hat, den Unterricht ausfallen zu lassen, mißbilligt, und den Magistrat ersuchen will, die geeigneten Schritte zu thun, damit solche die Schuldisciplin aufs äußerste gefährdenden Vorgänge sich nicht wiederholen.

Der Vorsteher-Stellvertreter **Michelet** teilt mit, daß ihm der Wunsch ausgedrückt worden sei, die Angelegenheit auf acht Tage zu verschieben, und fragt, ob sich dagegen Widerspruch erhebt.

Stadtv. **Singer** (Soc.) bemerkt zur Geschäftsordnung: Der Vorsteher giebt nicht an, welche Gründe dafür bei ihm geltend gemacht worden sind, diesen Wunsch auszusprechen. Ich lege Wert darauf, zu konstatieren, daß der Kollege Cassel, der sich an der Debatte beteiligen will, sich in einem Zustande hochgradiger Heiserkeit befindet. Mit Rücksicht auf diesen Zustand haben wir selbstverständlich gegen die Vertagung nichts einzuwenden.

Der Gegenstand wird darauf von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ueber die letzten Verhandlungen des Rechnungs-Ausschusses berichtet dessen Vorsitzender, der Stadtv. Friederici. Auf die Stellungnahme des Ausschusses gegenüber der städtischen Kunstkommission ist bereits hingewiesen worden. Letztere hält sich für berechtigt, Räume in städtischen Gebäuden ohne Zustimmung der Versammlung künstlerisch auszustatten. Auch der Magistrat ist dieser Ansicht; nach der Anschauung des Rechnungsausschusses indessen kann die Versammlung unmöglich der Kunstdeputation das Recht haben einräumen wollen, die genehmigten Bauten selbständig zu ändern. In Zukunft könne daher der Ausschuß derartige Ausgaben aus dem Kunstfonds (jährlich 100 000 M.) nicht mehr für zulässig ansehen, eventuell müsse die Kompetenz der Deputation klargestellt werden.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem bezüglichen Antrage des Ausschusses bei.

Ueber die Prüfung der gegen die Richtigkeit der Wählerliste erhobenen Einsprüche berichtet namens des Wahlprüfungs-Ausschusses Stadtv. Cassel. Von den 321 Einsprüchen sollen 16 als verspätet eingegangen ohne weiteres abgewiesen werden. Von den übrigen 305 empfiehlt der Ausschuß, 183 Einsprüche als berechtigt anzuerkennen und die nachträgliche Eintragung der Reklamanten in die Wählerliste zu vollziehen; 122 Einsprüche sollen als unbegründet erachtet werden.

Die Ausschußvorschläge werden auf Antrag Wallach ohne Debatte zum Beschluß erhoben.

Von der Neuen Linken ist folgender Antrag des Stadtverordneten **Dr. Preuß** der Versammlung unterbreitet:

Den Magistrat zu ersuchen, mit den benachbarten Stadt- und Landgemeinden in Verbindung zu treten, um gemeinsame Einrichtungen für die Wahrnehmung und den Ausgleich kommunaler Interessen innerhalb dieses Verwaltungsbezirks vorzubereiten.

Stadtv. **Preuß**: Der Antrag will nicht die seit acht Jahren schwebende Eingemeindungsfrage wieder in Fluß bringen. Obwohl Eingemeindungsfanatiker, halte ich nicht für wahrscheinlich, daß diese Forderung in absehbarer Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat. Aber die Unzuträglichkeiten, welche sich durch die Zersplitterung der Gemeinden um Groß-Berlin ergeben, haben allmählich eine unleidliche Gestalt angenommen. Berlin ist cerniert von einer großen Anzahl größerer und kleinerer Gemeinden, die aber ihr sociales und wirtschaftliches Centrum ohne Zweifel in Berlin selbst haben. Jeder, der in irgend einem Verwaltungszweige arbeitet, kennt diese Hindernisse, welche der Verwaltung Berlins wie der der Vororte durch diese Zersplitterung entstehen, und auch das Publikum wird dadurch in unerwünschte Mitleidenschaft gezogen. Dieses ganze große Gebiet, welches social und wirtschaftlich eine Einheit bildet, muß ein Organ der Verständigung zwischen den einzelnen Gliedern haben. Da Eingemeindung nicht so bald zu erwarten ist, wollen wir auf dem Wege des Antrages versuchen, die schlimmsten Schäden des bestehenden Zustandes wenigstens zu mildern durch freie Vereinbarung mit den Vorortgemeinden, durch die Schaffung einer Art Ausgleichungsstelle (Zuruf: Haager Schiedsgericht!) — absit omen! — Nein, mehr eine Art kommunales clearing-house. Zunächst müßte eine Art Gemeindetag stattfinden. Freilich wäre das bloß ein Anfang; auf Grund der damit zu gewinnenden praktischen Erfahrungen wird es vielleicht möglich werden, einen umfassenden Organisationsplan für dieses Zusammenarbeiten aufzustellen, für den die staatliche Gesetzgebung natürlich dann das letzte Wort zu sprechen haben würde. Einer Ausschußberatung würde ich nicht widersprechen, obwohl solche erst praktisch würde, nachdem der Magistrat sich mit den Vorortsgemeinden in Verbindung gesetzt und über ihre Geneigtheit, sich auf den Vorschlag einzulassen, Bestimmtes eruiert hat.

Stadtv. **Dove** (A. L.) beantragt Ausschußberatung. Die Mißstände des Verkehrs zwischen Berlin und den Vororten würden allseitig anerkannt; aber die skizzenhaften Andeutungen über die Ausführung des Planes bedürften doch noch sehr der näheren Ausführung. Mit dem impulsiven Hinwerfen eines solchen Gedankens sei es nicht gethan, auch der Vergleich mit dem clearing-house hinke bedeutend. Der zu berufende Gemeindetag solle leitende Gesichtspunkte aufstellen, das sei ganz schön, aber damit werde man nicht weiter kommen, wenn sich auch solche Anregung auf dem Katheder sehr schön mache. Die Praktiker müßten also zunächst einmal sich der Sache annehmen.

Stadtv. **Singer** (Soc.): Ich freue mich, daß der Antrag uns seit längerer Zeit endlich einmal Gelegenheit giebt, die üblen Wirkungen der fiskalisch kurzsichtigen Politik des Magistrats gegenüber der Eingemeindungsfrage zu unterstreichen. Wir, die wir für die Eingemeindung waren, können für uns in Anspruch nehmen, damals die Situation besser erkannt zu haben, als der Magistrat. Ganz abgesehen davon, daß wir einer Zeit entgegengehen, wo immer mehr und mehr wohlhabende Leute ihre Wohnung aus Berlin in die Vororte verlegen, teils aus andren Gründen, teils aber auch aus dem lobalen und patriotischen Bestreben, ein paar Prozent Einkommensteuer zu sparen (Zuruf), sehen wir die Schul- und Armenlasten immer mehr wachsen, sehen wir unsre Krankenhäuser sich überfüllen ꝛc. ꝛc. Und wie sieht es mit dem Verkehrswesen aus? Glauben Sie, die Große Straßenbahn-Gesellschaft hätte mit Berlin so umspringen können, wie sie es thut, wenn wir ein einheitliches Groß-Berlin hätten? Freilich, jetzt wird für absehbare Zeit nichts für die Eingemeindung zu hoffen sein, weil man bei den Agrariern den Wasserkopf Berlin fürchtet. Unter solchen Umständen ist mir die Anregung des Antrages sehr sympathisch. Ich glaube auch, es werden gewisse Gebiete, wo gemeinsame Interessen vorhanden sind, durch direkte Verhandlungen mit den Vorortsgemeinden geregelt werden können. Wie man das Ding nennt, ist eine Nebenfrage, die Hauptsache ist, eine Einrichtung zu schaffen, wo diese gemeinsamen Interessen erörtert und Beschlüsse darüber gefaßt werden. Unverständlich erscheint mir der ganz zwecklose Antrag auf Ausschußberatung. Was soll ein Ausschuß unsrer Versammlung in dieser Frage schaffen? Er kann absolut keine praktische Arbeit liefern. Wir können nur den Magistrat ersuchen, sich mit der Frage zu beschäftigen und sich unsrer Auffassung anzuschließen. Der Magistrat hat die Exekutive, er allein hat das Material. Wir dürfen auch nicht den Vorortgemeinden mit einem fertigen Programm kommen, sonst würden wir den guten Gedanken des Antrages aufs schlimmste diskreditieren. Erst wenn der Magistrat sich selbst Klarheit über die Materie verschafft hat, würde er mit den Nachbargemeinden in Verkehr zu treten haben; nach der Sicherung der Zustimmung der Gemeinden würde dann eine Kommission zu bilden sein, die ihrerseits die Vorarbeiten für die einzelnen Gemeinden macht. Machen wir also nicht das Brimborium eines Gemeindetages um die Sache herum, geben wir zunächst dem Magistrat Gelegenheit sich mit der Sache zu beschäftigen; es darf kein praktischer Schritt in der Frage geschehen, ohne daß alle Beteiligten von vornherein zugezogen werden. (Zustimmung.)

Oberbürgermeister **Kirschner**: Ich stimme mit dem Vorredner und dem Antragsteller darin überein, daß Berlin unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich schwer leidet und jeder gangbare Weg zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten betreten werden muß. Ich bedauere auch sehr, daß die Eingemeindung seiner Zeit unterblieb; aber es läßt sich auch manches anführen, was den Magistrat entlastet. Die Frage wurde nicht nur im Magistrat, sondern auch im Schoße der Versammlung sehr verschieden beurteilt; und nicht haben sich die städtischen Behörden überhaupt geweigert, dem Gedanken weiter nachzugehen, sondern die Frage kam dadurch zum Stillstand, daß die Regierung auf unsre vielleicht nicht acceptierbaren Vorschläge überhaupt eine Antwort nicht gegeben hat. Wir haben das Wunderbare erfahren, daß eine so wichtige Frage eine Reihe von Jahren von der Regierung als dringend notwendig höchst energisch betrieben worden ist und daß dann die Regierung diesen notwendigen Schritt zu verhindern entschlossen ist. (Sehr richtig!) Ein allgemeines Heilmittel wäre aber auch die Eingemeindung nicht gewesen. Hätten wir eingemeindet, soweit Herr Singer wollte, die Verhältnisse, welche gebessert werden sollten, wären zum Teil doch geblieben. Heute fahren die Eisenbahnzüge mit doppelter Geschwindigkeit und es nehmen eben viel weitere Kreise an dem Verkehr mit Berlin teil als früher. Ob nun der vorgeschlagene Weg geeignet ist, weiß ich nicht; ich taxiere die Schwierigkeiten weit höher als der Antragsteller und meine Hoffnungen sind viel geringer. Nicht in der Steuerverwaltung, nicht in der Schulverwaltung, nicht in der Krankenpflege wird durch solche gemeinsamen Verhandlungen ein Resultat erzielt werden, welches der Stadt Berlin vorteilhaft ist; selbst für einen allgemeinen Spritzenverband würde man die allgemeine Zustimmung nicht gewinnen. Dazu sind die Nachbargemeinden unter sich wieder so verschieden nach Bevölkerung, Größe und Steuerkraft, daß es, wenn nicht hoffnungslos, doch überaus schwierig sein wird, eine freiwillige Uebereinstimmung ohne Zwang eines Mehrheitsbeschlusses herbeizuführen. Wenn Sie den Antrag annehmen, wird der Magistrat ihn gewiß in wohlwollende Erwägung ziehen und, so weit seine Kräfte reichen, ihm auch nachkommen. Mir wäre sehr wünschenswert, wenn Sie den Antrag erst in einem Ausschuß verhandelten und sich von den Schwierigkeiten ein Bild machten. Man kann ja einen Gemeindetag einberufen, aber damit ist man der Lösung der Frage kaum näher getreten. Vor etwa Jahresfrist habe ich einen der Magistratsräte beauftragt, eine Denkschrift auszuarbeiten, die uns darstellen soll, wie die Nachbarn von Berlin eigentlich aussehen; die betreffende Denkschrift ist fertiggestellt worden und wird noch ergänzt.

Stadtv. **Haberland** (A. L.) trägt lange Zahlenreihen über die Steuerbelastung und dergleichen der Vororte vor, um die Notwendigkeit der Ausschußberatung darzuthun.

Stadtv. **Kämpf** (A. L.) behauptet, daß das Bestechende, das der Antrag auf den ersten Blick habe, bei näherer Prüfung nicht Stand hält, und besteht deshalb ebenfalls auf Ausschußberatung.

Stadtv. **Singer** wendet sich gegen die Vorredner. Wir können von Versammlungswegen nichts erreichen, weil nur der Magistrat das Material hat. Es ist ja sehr erfreulich, daß das Material bereits vorbereitet worden ist; die Denkschrift wird für die Versammlung auch von großem Werte sein. Aber gerade da wir auf die Teilnahme und Mithilfe der Vorortgemeinden angewiesen sind, sollten wir keinen Schritt ohne diese thun. Lassen Sie sie durch den Magistrat befragen, ob sie mit dem Gedanken einverstanden sind, und unterbreiten Sie dann das Material einem aus diesen Gemeinden zusammengesetzten Ausschuß!

Stadtv. **Dove**: Wir sind eben nicht von so schneller Auffassungsgabe (Stadtv. Singer: Sehr bedauerlich!), darum brauchen wir den Ausschuß.

Nachdem Stadtv. **Preuß** nochmals für seinen Antrag eingetreten, geht letzterer an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Der Stadtv. **Cassel** hat mit der Alten Linken folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung beschließt, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, weshalb

die Bänke Unter den Linden

so spät aufgestellt und nicht mit Lehnen versehen worden sind.

Für den Antragsteller giebt Stadtv. **Kämpf** eine kurze Begründung. Durch die Fortlassung der Lehnen sei der Zweck der Bänke, den Passanten Ruhegelegenheit zu gewähren und ihnen die bequeme Beobachtung des Lebens und Treibens Unter den Linden zu ermöglichen, illusorisch gemacht.

Stadtbaurat **Krause**: In dem Kostenanschlag hätten 20 000 M. für Bänke gestanden. Die hergestellten Probebänke hätten nicht die Billigung des Magistrats gefunden, der monumentalere Bänke hinstellen wollte. Der Geh. Baurat Emmerich sei um Lieferung eines Modells ersucht worden; er habe mehrere Entwürfe, darunter einen ohne Lehne, eingereicht. Die Bänke sollten nach seiner Ansicht aus Marmor hergestellt werden. Der Magistrat, der dafür hielt, daß solche Marmorbänke im allgemeinen etwas kühl seien (Große Heiterkeit), habe eine Subkommission eingesetzt, welche in ihrer Mehrheit sich für Bänke aus Granit ohne Lehne, wodurch sie sich statt auf 1200 auf 700 M. stellen, entschied. Solcher Bänke seien bisher zwölf aufgestellt. Nochmals sei im Juli die Sache im Magistrat verhandelt worden, und eine Probebank mit Lehne werde in nächster Woche zur Besichtigung kommen; ob nun die noch fehlenden 30 Bänke mit Lehnen ausgestattet würden, könne er jetzt noch nicht sagen.

Stadtv. **Singer** kann dem Magistrat für die außerordentliche Sorgfalt, mit der diese so hochwichtige Frage betrieben ist, nur sehr dankbar sein (Heiterkeit), giebt aber dem Wunsche Ausdruck, daß die ungemeine Energie, die bei der Umgestaltung der Linden, vielleicht auf äußere Einflüsse hin, entfaltet ist, auch auf andren Gebieten der städtischen Verwaltung zur Erscheinung kommen möge. Im übrigen sei man über die Vorzüge der neuen Gestaltung geteilter Meinung. In der Herstellung der Bänke ohne Lehne sei eine gewisse Lieblosigkeit gegen die Benutzer dieser Bänke unverkennbar. Der Hinweis auf den Lustgarten und den Großen Stern sei nicht stichhaltig; die dortigen Bänke entstammten noch einer Zeit, wo man die, die sich dieser Bänke bedienten, als „Pennbrüder" bezeichnete. Der schlichte Sinn der Berliner hätte sich an Holzbänken mit Lehne genügen lassen; aber heute müsse ja alles monumental sein, selbst die Bänke! Und welche Verschwendung wird hier getrieben! 20 000 M. für Bänke! Wo bleibt Herr Kollege Cassel, um den Magistrat zur Sparsamkeit zu rufen? Ich hoffe, daß die noch fehlenden Bänke mit Lehnen versehen aufgestellt werden. Wir dürfen uns nicht zum Gespött der ganzen Welt machen. (Widerspruch und Zustimmung.)

Oberbürgermeister **Kirschner** hat auch ursprünglich Bedenken gehabt, die aber durch eine neuerliche Inspektion bei ihm geschwunden sind. Die Leute nähmen sich auf den Bänken sehr nett aus. Uebrigens sei weder bei der Regulierung der Linden, noch in der Baufrage ein Einfluß von außen geübt worden; der Kaiser habe allerdings einmal an ihn telegraphiert, daß die Bänke eine Notwendigkeit seien, und Bericht gefordert, wann sie aufgestellt würden; der Kaiser habe sich also in derselben Richtung bemüht wie der Stadtv. Singer. (Heiterkeit.)

In der weiteren Beratung bemängeln Stadtvv. **Wallach und Friederici**, daß der Kostenanschlag von 20 000 M. so erheblich überschritten und aus Ersparnissen von andrer Stelle Deckung entnommen sei.

Stadtbaurat **Krause** entgegnet, daß sich die einzelnen Posten gegenseitig übertragen. (Hört! hört!)

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Ueber die **Zulassung von Medizinern an den städtischen Kranken- und Irrenanstalten** behufs Ableistung des praktischen Jahres nach abgelegter ärztlicher Prüfung liegt eine Mitteilung des Magistrats vor; die Versammlung wird ersucht, sich bis auf weiteres mit der Zulassung unter den angegebenen Bedingungen einverstanden zu erklären.

Stadtv. Dr. **Weyl**: Ich befürchte, daß die in der Bevölkerung bestehende Abneigung, ein Krankenhaus aufzusuchen, sich übertragen wird auf die städtischen Anstalten, wenn die Kranken dort Demonstrationsobjekte für die angehenden Aerzte werden. Vielfach herrscht thatsächlich auch an Universitäten eine toll gewordene Experimentiersucht. Hier soll nun der erste Schritt geschehen, die Studierenden in unsre Krankenhäuser hineinzulassen. Da muß eine Direktive an die dirigierenden Aerzte ergehen, daß die Krankenhäuser zuerst der Kranken wegen da sind, daß die Kranken gefragt werden müssen, daß nicht die Interessen der Kranken leiden dürfen. Der Magistrat wird gewiß eine beruhigende Erklärung geben. Der Hinweis auf die bezügliche vorjährige kultusministerielle Verfügung genügt nicht; es wird trotzdem vielfach noch heute gesündigt. Die Vorlage will sodann die Heimstätten und die Abteilung für Geschlechtskranke ausnehmen; die Aerzte halten das für bedauerlich und wünschen, daß ihnen die Möglichkeit des Studiums der Geschlechts- und Lungenkrankheiten nicht genommen werde.

Stadtv. **Rosenow** befürwortet Ausschußberatung. Grundsätzlich sei man mit der Vorlage einverstanden. Man erinnere sich aber wohl noch der Ankündigung der Regierung, die Stadt Berlin zu den Baukosten der Charité heranzuziehen; andrerseits verlange der Staat die städtischen Krankenhäuser; hier sei Gelegenheit gegeben, mit dem Staate sich über dessen Pläne näher zu unterhalten. Sei das Abkommen nur auf Widerruf geschlossen, dann erübrige sich vielleicht die Ausschußberatung.

Stadtrat **Weigert**: Der Magistrat hat dem Ansuchen der Regierung, die Krankenhäuser den Medizinern zu öffnen, nicht mit leichtem Herzen zugestimmt; wir haben aber jede erreichbare Kautel vorgesehen. Ueber das Bedenken der Belästigung der Kranken kann ich den Stadtv. Weyl beruhigen; die dirigierenden Aerzte werden wie bisher das Erforderliche vorkehren. Auch die jetzt noch ausgeschlossenen Anstalten werden vielleicht später zugänglich gemacht werden können. Wir wollen auf je 50, nicht, wie der Minister wollte, auf je 25 Kranke einen Praktikanten annehmen. Das ganze Abkommen ist nur auf Widerruf getroffen. Die Differenz in der Charitéfrage kann mit dieser Sache nicht verquickt werden.

Auf Antrag Rosenow werden die Worte „bis auf weiteres" in „auf Widerruf" verändert und so modificiert der Magistratsantrag angenommen.

Aus städtischen Mitteln sollen dem Reichskomitee zu Gunsten der durch die diesjährigen Hochwasser Geschädigten 30 000 M. überwiesen werden.

Stadtv. **Singer** beantragt die Erhöhung auf 100 000 M. Der Magistrat hätte doch wohl etwas generöser sein können, verfahre er doch auch beim Empfange von Kongressen u. dgl. sehr splendide. Herr Kirschner sitze im Hilfskomitee an leitender Stelle; wahrscheinlich habe der Magistrat nur aus der Besorgnis, auf Widerspruch in der Versammlung zu stoßen, die Summe so niedrig gegriffen.

Nachdem Stadtv. Dinse diesen Antrag bekämpft hat, lehnt die Versammlung ihn ab und bewilligt nur die geforderten 30 000 M.

Eine weitere Vorlage betrifft die Errichtung **transportabler Schulpavillons**. Acht solche Pavillons (a zwei Klassen und ein Nebenraum) sollen auf dem Gelände an den Straßen 16 und 31a, an der Olivaer und Thorner Straße aufgestellt werden. Die Kosten der Herstellung belaufen sich auf 189 000 Mark. Die Begründung besagt, daß Mieträume in der Gegend der Elbinger- und Kniprodestraße nicht zu erlangen waren, daß aber die Vermehrung der fliegenden Klassen vermieden werden soll. Die Pavillons sollen schon mit Beginn des Winterhalbjahrs in Benutzung genommen werden.

Ohne Debatte gelangt die Vorlage zur Annahme.

Schluß 3/4 9 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in Japan.

Die neueste Nummer des „Socialist", des Organs der socialdemokratischen Partei Japans, bringt einen Artikel, in welchem die Arbeitsverhältnisse der Frauen in einer Spinnerei in Matsuyama geschildert werden. Man glaubt einen Abschnitt aus dem ersten Bande von Marx' Kapital zu lesen, wo jene Periode beschrieben wird, in welcher der menschenvernichtenden Tendenz des aufstrebenden englischen Kapitalismus noch keinerlei gesetzliche Beschränkungen entgegenwirkten. In der betreffenden Fabrik arbeiten gegen 400 Arbeiterinnen, die in „Mädchenheimen" untergebracht sind. Ihre Schlafstätten werden als schmutzige ungesunde Löcher geschildert; in einem Raume von 18 × 42 Fuß waren nicht weniger denn 80 Mädchen untergebracht, und zwar schlief die eine Schicht des Nachts, eine andre am Tage in denselben Schlafstätten. Die Arbeitszeit der Mädchen, unter denen sich solche von unter 10 Jahren befinden, beträgt 12 Stunden pro Tag und es muß abwechselnd eine Woche Nachtschicht geleistet werden. Der Lohn beläuft sich auf 25 bis 55 Pf. pro Tag; 25 Pf. aber müssen die Mädchen pro Tag für Kost und Wohnung bezahlen. Durch ein raffiniertes Prämiensystem sucht man die Arbeitskraft der Arbeiterinnen bis auf den letzten Blutstropfen auszumergeln. Die lange Arbeitszeit, die gesundheitswidrigen Zustände, die unzureichende Nahrung, all dies bringt die Mädchen bald so herunter, daß stets ein großer Teil von ihnen gar nicht zur Arbeit kommen kann. Um ihren Eifer anzufachen, ist bestimmt, daß solche, die im Monat 26 Arbeitstage leisten, einen Tagelohn extra bekommen; wer 6 Monate ohne Unterbrechung arbeitet, erhält 12 Tagelöhne. Die Mehrzahl der Arbeiterinnen, die einen dreijährigen Kontrakt machen müssen, halten nicht aus, sondern laufen wieder davon; immer aber findet sich wieder Ersatz für sie aus den umliegenden ländlichen Gebieten.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

A. W. 124. 1. In dem Brief kann eine Beleidigung erblickt werden. 2. Zu dem Verlöbnis gehört Einwilligung des Vaters. Nach vollendetem 21. Lebensjahr können Sie und Ihre Braut ohne väterliche Einwilligung heiraten. — **R. 62.** Klagen Sie gegen den Wirt, nachdem Sie ihn unter Fristsetzung vergeblich zur Abstellung des Schadens aufgefordert haben, auf Beseitigung des Mangels. Der Ausfall der Klage ist aber ein zweifelhafter, wenn die Schlächterei vor Ihnen eingezogen war. — **Oschelewski.** 1. und 2. Nein. — **P. K.** 1. Nein. 2. Nein: Sie können aber wegen Betrugs angeklagt werden, wenn Sie der Wahrheit zuwider im Vertrage behauptet haben, die Sachen wären Ihr Eigentum, und wenn das Gericht annimmt, der Vermieter habe mit Rücksicht auf diese Behauptung vermietet. — **363 A. S.** 1. Das Eingebrachte Ihrer Frau haftet nur dann für Ihre Schulden, wenn Ihre Ehe vor 1900 in einem Gebiete mit Gütergemeinschaftsrecht abgeschlossen ist. 2. Die Leistung des Offenbarungseides hat keine weiteren Folgen. Sie kann nicht vermieden werden, wenn der Gläubiger auf Leistung des Eides besteht. 3. Wenn Ihre Schuldenlast nicht ins Ungemessene steigen soll, so dürfte eine Aufgabe Ihres Geschäfts und Konkursanmeldung beim dortigen Amtsgericht das Geratenste sein. — **Adolf M.** Sie werden voraussichtlich zur Zahlung der Alimente nur bis zum Ablauf des 14. Lebensjahres verurteilt werden. Eine schriftliche Eingabe ist nutzlos: Erscheinen Sie nicht im Termin, so werden Sie voraus-

rechtlich in vollem Umfange des Klage-Anspruchs verurteilt werden. — **B. 42.** Die Ehe kann aus dem von Ihnen dargelegten Grunde innerhalb sechs Monaten nach Kenntnis Ihres Irrtums angefochten werden. Zuständig ist das Landgericht Berlin II. — **R. K., Genf.** Mahnen Sie die Behörde: Ihrem Antrag muß stattgegeben werden, wenn Sie den Antrag auf Wiederaufnahme gestellt haben, nachdem Sie nach Deutschland zurückgekehrt sind. Haben Sie den Antrag vom Ausland aus gestellt, ohne sich in Deutschland niedergelassen zu haben, so kann, muß aber nicht Ihrem Antrag stattgegeben werden. — **M. M.** Leider nicht. — **K. P.** Zu spät. — **Suchsdorf.** Sind Sie in Preußen im Jahre 1902 aus der Kirche ausgetreten, so haben Sie bis zum 31. Dezember 1903 die Kirchensteuern noch zu zahlen, von da ab nicht mehr. — **F. Borgfelde.** Ihr Gesuch um Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist an den Regierungspräsidenten zu Potsdam zu richten. Den Staatsangehörigkeits-Ausweis erteilt in Bremen für die Stadt: die Polizeidirektion, für das Landgebiet: der Landherr zu Bremen, für die Hafenstädte Bremerhaven und Vegesack: die Aemter zu Bremerhaven und Vegesack. Ein Beispiel für einen Antrag auf Aufnahme in den Staatsverband ist hutzende Male, zuletzt im Briefkasten vom 24. September, im „Vorwärts" mitgeteilt. — **A. P. 21.** Ohne Einsicht in den Gesellschaftsvertrag können Fragen, die sich auf Rechte oder Pflichten der Gesellschafter beziehen, nicht beantwortet werden. — **O. P. 1874.** Der Fahrgast würde zum Ersatz der Decke voraussichtlich verurteilt werden. — **H. 16.** 1. Das Testament ist gültig, wenn es eigenhändig ge- und unterschrieben ist. Setzen Sie den Namen unter, nicht neben das Datum. 2. und 3. Nein. — **Eisenbahner Spandau. R. W. P. 20. Nein. — G. 100.** Die Mutter soll schleunigst widerrufen. Wird diese Handlung des Vormundes dem Amtsgericht mitgeteilt, so würde er voraussichtlich abgesetzt und wegen Untreue angeklagt werden. — **R. K. 099.** Die Kette wird ohne Einwilligung des Verpfänders nicht Ihr Eigentum. Sie können, falls eine Vereinbarung nicht zu stande kommt, auf Zahlung klagen und dann vollstrecken lassen. — **Grenadierstr. 47.** Der alte Mietsvertrag läuft weiter. Ihnen steht ein Recht auf Aufhebung des Vertrages oder auf Aenderungen in den Einrichtungen, die Sie länger als 3 Jahre widerspruchslos geduldet haben, nicht zu. — **Müller 31.** Ohne Einsicht in den Mietsvertrag und nähere Darlegung der polizeilichen Anordnungen ist Ihre Frage nicht zu beantworten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 25. September.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Das Mädchen von Navarra. (La Navarraise). — Aschenbrödel.
Schauspielhaus. Shakespeares Königsdramen. Vierter Abend: König Heinrich der Fünfte.
Westen. Der Troubadour.
Lessing. Auferstehung.
Berliner. Kater Lampe.
Residenz. Sphinx. Das beste Mittel.
Neues. Pelleas und Melisande.
Deutsches. Monna Vanna.
Central. Die Geisha.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Bibliothekar.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Fleck auf der Ehr'.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Notbrücke.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiß. Amor in Wichs.
Luisen. Die Jungfrau von Orleans.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Abends 7½ Uhr:
Zweite Freitag-Abonnements-Vorst.:
Die Geisha.
Sonnabend, zum erstenmal:
Bruder Straubinger.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Die Geisha.**

Luisen-Theater.

Die Jungfrau v. Orleans.
Eine romantische Tragödie in 5 Akten und einem Vorspiel von Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: 100 000 Thaler.
Sonntagnachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen: 100 000 Thaler.
Abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Montag: 100 000 Thaler.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Sonnabend: Die Liebesschaukel.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7½ Uhr.
Das beste Mittel.
Schwank in 3 Akten von A. Bisson. Bearbeitet von B. Jacobsohn.
Vorher: **Sphinx.**
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Lutti.**

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringerstraße 37.
Anfang 8, Sonntags 7½ Uhr.
Großer Sensations-Erfolg!
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprogr.
Sonntagnachm. 4 Uhr: **Ein edles Weib.**

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Caotano Panopticum
Friedrichstr. 165
Lebend!! Die zusammengewachsenen Schwestern.
20 Jahre alt.
Violin-Virtuosinnen!

Zoologischer Garten

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der **Arena:**
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 3½ u. 5 Uhr,
Sonnt. 12 Uhr, 3½ u. 5 Uhr.
Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater.

Zum 142. Male: **Die Liebes-Insel**
mit dem grandiosen Post-Ballett.
Clermonts Cirkus Barnum u. Bailey.
Nur noch bis 30. September
Miss Mildred de Grey
Original-Barfuss-Tänzerin.
Messters Biophon, leb. u. sprech. Photographie.
Montroll. Pöttingers Damen-Quintett.
In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7½ Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Amor in Wichs.
Ausstattungs-Operette in 4 Akten (7 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **Das Geheimnis des roten Hauses.**

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Buntes Theat.), Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abt.
Billets 4 Wochen im voraus.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
LONA
in ihrer Scene „Im Boudoir".
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Farinelli.
Schauspiel mit Ges. v. W. Friedrich.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend:
Extra-Vorstellung.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Jugend.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Sonntag, den 27. September cr.:
Extra-Vorstellung der beliebten
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung:
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Großer Extra-Ball.
Anfang der Vorstellung 5 Uhr, d. Tanzes Punkt 10 Uhr.
Entree 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball finden jeden Sonntag statt.

Palast-Theater früher Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Heute:
Elite-Extra-Vorstellung:
Madame Potiphar.
Charaktergemälde in 3 Akten m. Ges. und Tanz von H. Carlos Duchow.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Entree inkl. Garderobe u. Progr. 40 Pf.
Morgen und folgende Tage:
Genießet das Leben.
Sonntag, den 27. September 1903:
2 Vorstellungen:
3 Uhr: **Madame Potiphar.**
7 Uhr: **Genießet das Leben.**

Winter-Garten

Das Original Motogirl.
Mlle. Marguerite,
sensationelle Löwen-Nummer.
Alexia, Bravour-Tänzerin.
Anna Dancrey,
Pariser Soubrette.
Ten Ichi, die kaiserl. japanische Gauklergruppe.
Die Papstbilder des Biographen und das diesmonatliche Sensations-Programm.

Von der Reise zurück. 1939b
Dr. Vollmann,
Skalitzer Strasse 82.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Freitag, den 25. September cr., abends 7½ Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Zum 3. Male:
„Berliner Winterfreuden"
Humoristisches Manege-Schaustück des Cirkus Busch zu Lande und zu Wasser.
Die beiden Attraktionen:
Claire Heliot's **Riesen-Löwengruppe.**
Paul Mündner's **Todessprung.**
Dir. Busch m. seinen Neudressuren.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag: Sonnabend: **Keine Vorstellung.**
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Dorf und Stadt.
Sonntagabend 7 Uhr:
Die Löwenbraut.

Reichshallen

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Böckmann, Plättner, Schrader u. Eberino.)

Sanssouci.

Kottbuserthor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theaterabend.
Dienstag, den 29. September cr.:
Robert und Bertram.
Posse mit Ges. in 4 Akten v. G. Räder.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für [23/20*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „STERN"

Sonntag, den 27. September 1903:
vorm. 9½ und nachm. 2 Uhr ab **Jannowitzbrücke (Belvedere)**
„ 9¼ „ „ 2¼ „ „ **Schlesisches Thor (Hochbahn)**
Billige Dampfer-Sonderfahrten nach der
Berliner Schweiz Zwiebusch (Gosener Berge)
Bei eintretender Dunkelheit: **Höhenfeuer** und **Alpenglühen!**
Rückfahrt 8 Uhr abends. — Fahrpreis hin und zurück **75 Pf.**, Kinder **40 Pf.**, einfache Fahrt **50 Pf.**

Verlangen Sie unsern neuen Uhren-Katalog!

Mit seinen vielen Abbildungen bildet er einen grossen Uhrenladen in Ihrem Hause. Er gestattet Ihnen das ganze Lager gründlich durchzusehen und eine Auswahl ganz nach Ihrem Geschmacke zu treffen, ohne dass Sie durch zudringliche Verkäufer zum Ankaufe von Gegenständen gedrängt werden, die Sie ursprünglich gar nicht kaufen wollten, oder einen höheren Betrag auszugeben, als Sie eigentlich beabsichtigten. Sie erhalten unsern Uhren-Katalog kostenlos zugesendet.

Uhren-Versandhaus „Chronos", Basel (Schweiz).
Briefe nach Schweiz kosten 20 Pfg., Karten 10 Pfg.

Cirkus Schumann

Heute Freitag, den 25. September cr., abends 7½ Uhr:
Extra-Gala-Abend.
Unstreitig die beste Löwengruppe in Berlin.
Herr **Julius Seeth,** der weltberühmte Löwendändiger, mit seinen dressierten
25 männlichen Löwen,
Ein Reiter-Bravourstück in der
Horizontalmanege.
Die **tollkühnen Sprünge**
der 12 Barfuß-Hunde des Hrn. Boorn.
6 Ungar-Jucker in einem ganz neuen Genre, dressiert vom Direktor **Albert Schumann.**
Sonntag in beiden Vorstellungen: 25 Löwen, dressierte Affen, Hunde, Katzen. Alle Clowns.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Dienstag und Donnerstag:
Harburger Sänger.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzchen.
Voranzeige! Vom 1. Oktober ab jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Schauss' Künstler-Ensemble „Nordsterne".
Nach jed. Vorst.: Tanzkränzchen.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Gr. Specialitäten-Vorstelllung.
Franz Sobanski.
Geschw. Alexandrowo usw.
Im weißen Roß'l.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Saal mit Bühne

für Sonnabende im November, Dezember, Januar, Februar und März, sowie Bußtag und Totensonntag noch frei. 26782*
72. Kommandantenstr. 72.
Neues Clubhaus.

Uhren-Ausverkauf.

Wegen gänzlicher **Auflösung** unsres riesigen 1888 gegründeten [27192*
Uhren-Engros-Lagers
Verkauf zu **staunend billigen** Preisen **direkt an Private.** Freischwinger M. 13,—, Regulatoren, 14 Tage Schlag., 1 Meter lang, M. 10,—, Herren-Uhren M. 4,75, silberne M. 7,50, gold. M. 30,—, Damenuhren, silberne M. 7,50, goldene von M. 14,— an. Große Auswahl in Hausuhren ꝛc.
Hilmer & John,
Berlin, Leipzigerstr 66, Hof part.

Charlottenburg

Krummestrasse 5
Anfertigung feiner
Herren-Garderoben nach Mass
von **Karl Ehring,** Schneidermeister.
Stofflager, englische u. deutsche Stoffe.
Solide Preise. 26282*

ff. Kalbleder aus einem Stück mit Goldtasche Mk. 1,45.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau,
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Arbeiter-Radfahrerverein
„Berlin".
Sonntag früh 7 Uhr: nach Liebenwalde, mittags 2 Uhr: Franz. Buchholz bei Kähne. Beide Start: Prenzlauer Thor. 13/14
Donnerstag, den 8. Oktober: Versammlung bei Merkowski, Andreasstr. 25.

Anglers Ruh

Zehlendorf.
Sonntag, den 27. d. M.: 19315
Grosses Angler- und Ernte-Fest.
Eintritt frei.

Land, Woche 2 M. Abzahlung, 840 qm 300 M. Vorort. Nur mündlich.
Hermann, Blumenstr. 79. *

Kopfläuse nebst Brut verschwinden sofort d. Unschädlich. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pfg **„Puffi"**

Achtung! 21762*
Handwerkern, Arbeitern
empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollgarn-Preissteigerung meine
Kammgarn-Sweater
Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.
Reinwoll. Kammgarn a 4,80 u. 5,30.
Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30.
Theodor Fricke
1. Geschäft: Oranienstr. 174.
2. Geschäft: Oranienstr. 198.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

Ziehung: 28. Sept.—2. Okt.
16 870 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinn: Mark
100000
50000
25000
etc. etc. etc.
Originallose à Mk. 3,30.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Max Lippold, Mainz,
Hauptkoll. d. Hess.-Thür. Staatslott.
Wiederverkäufer gesucht.

Land- u. Waldparzellen

schönster Lage, nahe dem Bahnhofe in **Hermsdorf und Glienicke**
□-Rute von 12 M. an,
bieten die allerbeste Spargeld-Anlage.
Dickel & Narraschk, *
Hermsdorf, Schlossstr. 17.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Stenographie

Stolze-Schrey.
Neue Unterrichtskurse in der vereinfachten Stenographie beginnen im Arbeiter-Stenographenverein:
Freitag, 25. September, bei Grupe, Annenstr. 16.
Dienstag, 29. September, bei Lehmann, Schulstr. 29.
Anfang 8½ Uhr.
Unterrichtsgeld **4 Mark.**
Die erste Stunde ist kostenfrei!

Eigne Werkstätten!

Möbelfabrik.

Für bestes und trockenes Material garantiert!

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister, **Skalitzerstrasse 6,**
BERLIN SO., am Kottbuser Thor.

Am Mittwoch, den 23. d. Mts., ¾1 Uhr, verschied nach schweren, langen Leiden mein innig geliebter Mann und guter Vater 2726b

Gustav Blümchen

im 41. Lebensjahre.

Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Danksagung.

Allen, die mir bei dem Tode und der Beerdigung meines guten, unvergeßlichen Mannes ihre Teilnahme bekundet, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. 2727b

Witwe **Ida Bertrams** nebst Söhnen.

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben, unvergeßlichen Mannes 2728b

Michael Kulzer

sage ich allen Kollegen und Mitarbeitern der Brauerei Spandauerberg und dem Brauer-Verein, Sektion I Berlin, meinen innigsten Dank.

Witwe **Lina Kulzer** nebst Kindern.

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Montag, 28. September, abends 8 Uhr, in Träsels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:

4. ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. 2. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes. 3. Ergänzungswahlen für den Vorstand und Aufsichtsrat. 4. Vortrag des Revisionsberichts. 5. Antrag Zimmermann u. Gen.: Lieferantengeschäfte dürfen in keiner Weise gefördert werden, bestehende Verträge sind zu kündigen. 6. Antrag Stange: Verkaufsstellen mit zwei Angestellten sind den ganzen Tag offen zu halten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder, die noch nicht im Besitz eines solchen sind, legitimieren sich durch die Postkarte vom Amtsgericht.

Für den Aufsichtsrat: **C. Mücke.** Für den Vorstand: **Menzel. Müller. Tatzauer.**

Die Verkaufsstelle 10 ist von Kreuzbergstraße nach Hagelsbergerstr. 20 verlegt. 132/6

Die Eröffnung der 16. Verkaufsstelle findet Anfang Oktober in der Winsstr. 64 statt.

Wohnungen.

Nord. 25822*

Oudenarderstraße 35, 36, 37 und 38. 1, 2, 3 Zimmer, Küche rc.

Nord-West.

Oldenburgerstraße 31. 2 u. 4 Zimmer. Küche, Bad rc.

Süd-Ost.

Neanderstraße 11, 11a und 12. 2, 3 und 5 Zimmer, Küche, Bad rc.

Ost.

Bödikerstraße 30, Ecke Goßlerstraße 32. 2 und 3 Zimmer, Küche, Bad rc.

Näheres daselbst bei den Verwaltern.

Läden und Geschäftsräume.

Süd-Ost.

Neanderstraße 11, 11a und 12. Läden, Lager- und Bureauräume.

Ost. 25832*

Bödikerstraße 30, Ecke Goßlerstr. 32. Läden mit Wohnung.

Näheres daselbst bei den Verwaltern.

Heute giebt es wieder Frische Blut- und Leber-Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.

Rich. Augustin, Lindenstr. 69. Hof parterre. „Vorwärts"-Haus. Frühstücks- und Mittagstisch. Sitzungszimmer.

Von der Reise zurück. 99/6

Dr. Jutrosinski.

Dr. Schünemann

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.** 1/2 12—1/2 3, 1/2 6—1/2 8, Sonnt. 9—11.

Künstl. Zähne,

tadellose Ausführung von 3 M. an, **Plomben** von 2 M. an

Max Guckel,

Lausitzer Platz 2.

Vorzeiger dieses erhält: 4 M. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 M., unter 20 M. 2 M. 2051b*

Teilzahlung gestattet.

Beim Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die **Neue Zeit** Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Redigiert von Karl Kautsky

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5575

Preis pro Quartal Mk. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Die **Gleichheit** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen Redigiert von Klara Zetkin

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3189

Preis p. Quart. 65 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der **Wahre Jacob**

Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt

Redigiert von B. Heymann

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 8220

Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 10 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts sowie durch alle Kolporteure und Zeitungs-Spediteure. 233/19

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Westend-Charlottenburg.

„Zur Roßtrappe", Spandauer Berg.

Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.

Haltestelle der Straßenbahn. 24262*

Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.

Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Es ladet ergebenst ein **Karl Klabunde.**

Oderbrucher und pommersche Gänse

sowie Gänsefleisch, Lebern, Liefen u. Gänsekleln empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen

Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.

Schlafmöbel-Bazar „Baby"

Centrale Invalidenstr. 160. Filialen: Potsdamerstraße 35, a. d. Lützowstraße. Belle-Alliancestr. 107. Reinickendorferstr. 20. Frankfurterstr. 115. Tauenzienstr. 7a. Beusselstr. 18. Oranienstr. 31. Brunnenstr. 92.

8, 10, 15—60 M.

Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene.

von 20,00 M. an.

8, 12, 15—90 M.

Teilzahlung gestattet.

Lieferant des Post-Spar- und Vorschuß-Vereins.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin I.

Bureau u. Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16. — Telephon: Amt VII, Nr. 3318.

Achtung! Achtung!

Schaffner, Kutscher und Stallleute

der Allgem. Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft.

Heute, Freitag, vormittags 10 Uhr:

Gr. Versammlung der Streikenden

bei **Buggenhagen,** am Moritzplatz.

Tages-Ordnung:

1. **Bericht über den Stand der Bewegung.**
2. Diskussion und weitere Beschlußfassung.

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

68/5 **Die Ortsverwaltung.**

Steinsetzer u. Berufsgenossen von Charlottenburg u. Umgeg.!

Dienstag, den 29. September, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

der Steinsetzer u. Berufsgenossen

im Lokal der Witwe Wernicke, Bismarckstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. **Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Steinsetzgewerbe und ihre Verbesserung durch die Organisation.** Referent: Verbandsvorsitzender **A. Knoll.** 2. Regelung der Lohnfrage für 1904. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Es ist Eure Pflicht, zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mit kollegialem Gruß

174/5 J. A.: **O. Struss,** Orangenstr. 2a.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins

(E. H. 88) früherer Medizinal-Verein.

Den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zur Nachricht, daß diese Kasse mit dem 1. September cr. in Kraft getreten und seitens des Ministeriums als **volle Krankenkasse** zugelassen ist. Dieselbe gewährt Arzt, Heilmittel sowie Kranken- und Sterbegeld. Die Altersgrenze ist bis inkl. 30. September cr. aufgehoben worden. Diejenigen, welche aus der Ortskasse auszuscheiden gedenken, müssen dort bis 30. September ihre Kündigung eingereicht **haben.** Anmeldungen in den bekannten Lokalen und bei dem Unterzeichneten.

187/13 **Der Vorstand.** C. Butry, Stralsunderstr. 41, III.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 9 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Stellmacherei, großer Fuhrhof, anderweitiges Unternehmen, zu verkaufen Nordhafen 5. 1889b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 8*

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und chice Maßarbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. 1854R*

Auch die Sonntagsanzüge sind am besten und billigsten bei Schlesinger, Turmstraße 85. 1742R*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Anzugreste 8,00, Hosenreste 3,00. Resterhandlung Lichtenbergerstraße 9.

Seidenreste jeder Größe sind wieder zu haben. Charlottenburg, Goethestraße 76. Kein Laden. 1368b

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †98*

Betten, umständehalber 13,00, Langestraße 53, IV. 1910b*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Skalitzerstraße 40. 1850R*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6. SW. Belleallianceстraße 78. N. Ackerstraße 113. †123*

Krankenfahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Elsasserstraße 95. 92/18*

Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Postkarte genügt. †129*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1727R*

Gänse umsonst! sind nicht zu haben, aber für den billigen Preis von Mark 2,00 an, frisch geschlachtet, auf dem Central-Viehhof, Eldenaerstraße, gegenüber Feldrestaurant Cibulski. — Bettfedern-Verkauf. Hoft. 26/15*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, Beinkleider, zurückgesetzte, hochvornehme, spottbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Nahrungsmittel-Geschäft! Verkaufe eins von meinen beiden gut gehenden Geschäften billig. Näheres Rixdorf, Schönewalderstraße 3. †135

Ringschiffchen, tadellos, gut nähend, 25,00. Grüner Weg 62. Göhe. 1933b

Verkaufe gediegene Wirtschaft eleganter Säulenmöbel, auch einzeln, sofort. Frau Koberow, Fehrbellinerstraße 44, I rechts. 1929b

Eckdestillation, gangbare, billig zu verkaufen. Postamt 112 (A. K.).

Kinderwagen und Sportwagen, Umzugs halber. Jänicke, Strausbergerstraße 42, Quergebäude I.

Umzugshalber 3,50 anstatt 8,00 für große Wandbilder mit Nußbaum- oder schwerem Goldrahmen. Andere große wertvolle Bilder 50 Prozent unterm sonstigen Preis. Kunstinstitut „Fortuna", Franzeckstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. 1919b

Teppiche, Vorleger, Diwandecken, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Gardinen, Stores, Portieren, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Betten, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17*

Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 26/17*

Schankgeschäft zu verkaufen, Miete 1300 Mark, neun Jahre bestehend, Bierumsatz 24 Halbe monatlich. Zu erfragen Ratiborstraße 3, Hof 3 Treppen bei Kurt. †28*

Restauration mit Vereinen und Fahrstellen Umstände halber zu verkaufen, Kaufpreis 2500,00, Miete 1500,00, Bierverbrauch monatlich 25 Halbe. Näheres Camphausenstraße 31 im Lokal. †28

Junger Mann verkauft sofort seine noch neue Wirtschaft, Plüschgarnitur, auch einzeln, Brautleuten passend, Händler verbeten. Grüner Weg 4, parterre. 1934b

Betten, neue, schleunigst spottbillig Gliederstraße 6 I, Krill. 97/7

Plüschgarnitur verkäuflich, noch neu, Grüner Weg 122, Restauration.

Gelegenheit! Sofa, wie neu, 18,00, Kleiderspind, Vertiko billig. Brunnenstraße 45, zweiter Hof I.

Gardinen, Kleiderstoffe, Wäsche, 0,50 Abzahlung, Mariannenstraße 24, Milchgeschäft (Postkarte). †28

(51) Dorfstraße, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Paletots, Riesenauswahl. Billigste Bezugsquelle, Zahlenauszeichnung. Goldsteins Frackverleihe. Eckladen. 1886R*

Wo kaufen Sie Ihren Sonntagsanzug? Bei Herrmann Schlesinger! Und Ihre Arbeitssachen? Bei Herrmann Schlesinger! Wo kauft der Metallarbeiter? Bei Herrmann Schlesinger! Und der Straßenbahner? Bei Herrmann Schlesinger! Wo kauft der Maler? Nur bei Schlesinger! Und der Maurer? Auch bei Schlesinger! Wo kauft der Kutscher? Erst recht bei Schlesinger! Und der Zimmerer? Stets bei Schlesinger! Ja selbst der Schneider kauft auch bei Schlesinger! Wo wohnt denn Schlesinger? Turmstraße 85. Weshalb kauft man bei Schlesinger? Weil man bei ihm gut kauft.

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 1844b*

Rechtsbureau Oberstraße 22. *

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Gerichtsstand, Eingabengesuche! Raterteilung.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstraße 38. Billig. Sonntagsdienst. †54*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzestraße achtzehn. Gerichtssachen! Eingabengesuche, Raterteilung. *

Rechtsbureau! Prozeßbeistand, Ehesachen, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1898b*

Rechtsbureau, Gerichtsklagen, Strafsachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Petsch, Brunnenstraße 97.

Unfallsachen. Rechtsbureau Butzer, Steglitzerstraße fünfundsechzig. [1730R*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9.

Eskimoreste werden zu hohen Preisen gekauft Rosenthalerstraße 67, IV rechts. †137*

Fahrradgesuch, auch defekt, Katzlaff, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Achtung! Jeden Sonnabend Gänseausschießen. Thiele, Manteuffelstraße 119. 1906b*

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 1755R*

Vereinszimmer zu vergeben, Potsdamer Stangenbier. Franke, Zorndorferstraße 8. †45*

Vereinszimmer zu vergeben. Wernicke, Charlottenburg, Bismarckstraße 34. †133*

Restauration zu kaufen oder pachten gesucht, wo Konzession auf dem Hause ruht und 2000 Mark genügen. Offerten unter W. 7 Expedition dieses Blattes erbeten. 1918b

Gesangverein, älterer, mit reichlichem Notenmaterial und Dirigenten, sucht Zusammenschluß mit jüngerem Verein (M. d. A.-S.-B.). Meldungen Kersten, Elbingerstraße 15. 26/16

Wer Stoff hat, fertige eleganten Anzug und Paletot nach Maß inkl. Zutaten. B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. [1848R*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Parteigenosse vermietet Schlafstelle für 1 Herrn. Schlick, Brunnenstraße 151, zweiter Seitenflügel III. (Gartenaussicht.) 1908b*

Möbliertes Zimmer zu vermieten für einen oder zwei Herren Alte Jakobstraße 120b, Hof rechts parterre, Frahm. 1925b

Zimmer.

Schlafstelle, zwei Herren, Ritterstraße 119, 1 Treppe, Burdak. [1920b

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer, 10—15 Mark, im Südwesten von anständigem Fräulein gesucht. Offerten R. D. „Vorwärts"-Spedition, Mittenwalderstraße 30. †111

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Gerhardy, Kottbuser Damm 100. †121*

Stellenangebote.

2 Korbmacher sucht Max Nagel, Alte Jakobstraße 64a. 1900b*

Suche für meine Schlosserei einen zuverlässigen, sachkundigen und repräsentierenden Vorarbeiter, welcher auf Schaukasten-, Schaufenster-Ausbauten und Firmenschilder selbständig arbeiten kann (Mitte dreißiger Jahre). Adressen mit Angabe der Dauer bisheriger Thätigkeit unter Chiffre Z. 7 an die Expedition dieses Blattes. 1920b

Malerlehrling verlangt Neumann, Melanchthonstraße 27. †92*

Schlosserlehrling (der schon gelernt, bevorzugt) verlangt Grüner Weg 69. 1922b

Schulfreien Knaben verlangt Rosenberg, Oranienstraße 98, II, Kurbelstickerei. 1921b

Laufbursche, 14—15jährig. Köhler, Hollmannstraße 21. 1915b

Mädchen, die im Patinieren, Bronzieren (Grüngold) gründlich eingearbeitet sind, können sich sofort melden Scheidemannstraße 14, Hof III.

Frauen zum Abonnentensammeln verlangt Haase, Skalitzerstraße 104, Hof IV. 1923b

Tüchtige Barockvergolderinnen und geübte Belegerinnen auf Goldleisten sucht Werkmeister, Brunnenstraße 194.

Farbigmacherinnen verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †27*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Vertreter

für epochemachende, spielend leicht verkäufliche **Neuheiten** gesucht.

Sehr hoher Verdienst.

Auch sehr geeignet als **Nebenverdienst.** Off. sub A. B. C. 108 an Haasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die **Pianofabrik** von **Nieber & Co., Alexanderstr. 22** und **Wallner-Theaterstr. 26/27,** ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen **gesperrt.** 142/2*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung! Holzarbeiter!

Im Baugeschäft

A. Sonnenburg, Holsteiner Ufer 2.

haben sämtliche Bautischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug fernhalten. 87/16*

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Streiks im Jahre 1902.

In Nr. 38 des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ liegt eine Arbeit des Genossen Legien über die gewerkschaftliche Streikstatistik für das Jahr 1902 vor, aus der wir hier das wesentlichste mitteilen. Diese Statistik weist insgesamt 861 Streiks und Aussperrungen mit 55 713 Beteiligten auf. Nach der amtlichen Statistik wurden in dem Jahre 1084 Streiks begonnen, von denen 1060 beendet sind. Nur über die letzteren werden in der amtlichen Statistik nähere Angaben gemacht und waren nach diesen an den Streiks 53 912 Personen unmittelbar beteiligt. Ferner wird in der amtlichen Statistik über 51 Aussperrungen mit 10 305 Beteiligten und 29 Mai-Aussperrungen berichtet, von denen 4873 Personen betroffen wurden. Insgesamt berichtet die amtliche Statistik über 1140 wirtschaftliche Kämpfe mit 69 090 Beteiligten, also über 279 Kämpfe und 13 377 Beteiligte mehr als die gewerkschaftliche Statistik.

Daß amtlicherseits eine größere Zahl Streiks festgestellt werden muß, als dies durch die Statistik der Generalkommission geschehen kann, ist stets von uns betont worden, weil sich die letztere nur auf die Streiks erstreckt, welche von den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen geführt werden. Die Streiks unorganisierter Arbeiter sowie die von lokalen Vereinen oder sonstigen Organisationen geführten Streiks können in der gewerkschaftlichen Statistik nicht enthalten sein. Der Verband der christlichen Gewerkschaften nimmt seinerseits eine Streikstatistik auf und berichtet, daß 1902 von den angeschlossenen Organisationen 37 Streiks geführt wurden, an welchen 2151 Personen beteiligt waren. Es bleiben trotzdem noch 242 Streiks und 11 226 Streikende, respektive Ausgesperrte, welche nach der amtlichen, nicht aber nach der gewerkschaftlichen Statistik ausgewiesen werden. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die amtliche Statistik nunmehr vollkommen sei.

Daß keine von der Organisation geführte Streiks im Gewerbe stattgefunden haben, berichten die Bergarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Gemeindebetriebs-Arbeiter.

Die Streiks und Aussperrungen allein geben aber noch kein richtiges Bild von dem Wirken der Gewerkschaften in Bezug auf Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Es müßte, um dieses zu vervollständigen, auch nachgewiesen werden, inwieweit durch Eintreten der Organisationen eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht oder eine Verschlechterung verhindert worden ist, ohne daß es zu einer Arbeitseinstellung kam. Hierüber berichten wohl einzelne Organisationen für die Statistik, doch fehlen von der Mehrzahl diesbezügliche Angaben, so daß auch für 1902 nur für wenige Organisationen summarisch mitgeteilt werden kann, was nach dieser Richtung hin erreicht worden ist. Es hatten die Bildhauer Lohnbewegungen in 12 Werkstätten mit 77 Beteiligten und wurde voller Erfolg erzielt. Die Böttcher hatten 2, die Brauer 24 Lohnbewegungen, welch letztere fast ausnahmslos erfolgreich waren. Die Lederarbeiter berichten, daß die Konjunktur in der Weißgerberei gut, in der Lohgerberei aber sehr gedrückt war. Es wurden 11 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Löhne mit vollem Erfolg geführt, während 4 Bewegungen insceniert wurden, um eine Verschlechterung zu verhindern, die teilweisen Erfolg hatten. Die Schuhmacher hatten 19 Lohnbewegungen mit 1203 Beteiligten, und waren davon 11 völlig und 8 teilweise erfolgreich, während bei den Stukkateuren von vier Lohnbewegungen 3 mit vollem Erfolge endeten.

Es haben 861 Streiks mit 55 713 Beteiligten, 3224 Wochen Gesamtdauer und einer Ausgabe von 2 237 504 M. stattgefunden. Gegenüber dem Jahre 1901 vermehrten sich die Streiks um 66, die Zahl der Beteiligten um 6747, während die Ausgabe um 278 384 M. geringer war als im Jahre 1901. Von den Streikenden waren 5428 Frauen. Genaue Angaben über den Ausgang sind für 802 Streiks gemacht, und zwar waren davon 350 = 43,6 Proz. erfolgreich, 156 = 19,5 Proz. teilweise erfolgreich und 296 = 36,9 Proz. erfolglos. Für 15 Streiks war der Ausgang unbekannt, während 2 Streiks endeten, weil der Unternehmer den Betrieb aufgab, und 12 Aussperrungen auf Zeit erfolgten, ein Erfolg oder Mißerfolg hierbei also nicht zu verzeichnen ist.

Auf die verschiedenen Industriegruppen verteilen sich die Streiks so: Das Baugewerbe hatte 347 Streiks, an denen 29 692 Personen beteiligt waren. (Davon kommen auf die Maurer 176 Streiks mit 15 882 Beteiligten, die Bauhilfsarbeiter 25 Streiks mit 6905 Beteiligten, die Zimmerer 61 Streiks mit 4237 Beteiligten usw.)

Für die Gruppe Metallindustrie und Schiffsbau sind 137 Streiks mit 10 023 Beteiligten verzeichnet. (Davon entfallen auf die Metallarbeiter 122 Streiks mit 8826 Beteiligten, die Werftarbeiter 4 Streiks mit 1000 Beteiligten usw.)

Im graphischen Gewerbe und der Papier-Industrie fanden 23 Streiks statt, an denen 422 Personen beteiligt waren. (Dabei sind die Buchdrucker mit 14 Streiks und 345 Beteiligten am zahlreichsten vertreten.)

Die Holz-Industrie verzeichnet 173 Streiks mit 3712 Beteiligten. (Die größte Zahl dieser Gruppe weisen die Holzarbeiter auf mit 124 Streiks und 3129 Beteiligten.)

Auf die Bekleidungs-Industrie kommen 53 Streiks mit 2309 Beteiligten, die Nahrungs- und Genußmittel-Industrie 43 Streiks mit 733 Beteiligten, und auf verschiedene, in den vorstehenden Gruppen nicht eingereihte Gewerbe entfallen 85 Streiks mit 5304 Beteiligten.

Die Zahl der Angriffstreiks war 1902 geringer als 1901, die Zahl der Abwehrstreiks aber ganz bedeutend höher.

Angriffstreiks sind 289 = 33,6 Proz. aller Streiks (1901: 291 = 40 Proz.) geführt und waren daran 32 650 Personen, darunter 2468 Frauen beteiligt. Diese Streiks dauerten zusammen 1212 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 1 136 348 M. Erfolgreich waren 117 = 42,4 Proz., teilweise erfolgreich 71 = 25,7 Prozent und erfolglos 88 = 31,9 Proz. Abwehrstreiks waren zu verzeichnen 572 = 66,4 Proz. aller Streiks (1901: 436 = 60 Prozent) mit 23 054 Beteiligten, darunter 960 Frauen, 2012 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 084 661 M. Von diesen Streiks waren 233 = 44,8 Proz. erfolgreich, 85 = 16,2 Proz. teilweise erfolgreich und 208 = 39,5 Proz. erfolglos. In zwei Fällen endete der Streik mit Betriebsaufgabe, 12 Aussperrungen erfolgten auf Zeit und 16 Streiks waren am 1. Januar 1903 noch nicht beendet.

In den Orten, in welchen Angriffstreiks geführt wurden, waren vor den Streiks schon 2803 Arbeiter vorhanden, welche die geforderten Arbeitsbedingungen hatten, während in 659 Betrieben für 6356 Arbeiter die Forderungen bewilligt wurden, ohne daß es zum Streik kam. Ein Beweis dafür, daß das, was die Arbeiter verlangten, durchaus im Rahmen des Erfüllbaren lag. Aber auch ein andrer Umstand erweist, daß die Arbeiter nicht leichtsinnige Forderungen stellen. Es handelt sich, wie die Gewerkschafts-Statistik ausweist, bei den an Streiks Beteiligten um Leute, die über die jugendliche Leichtfertigkeit hinaus sind und zum größten Teil eine Verantwortung für ihre Familie haben. Von den 55 713 an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten waren nur 3729 männliche und 577 weibliche unter 21 Jahren alt. Dagegen waren 26 019 männliche und 2199 weibliche Streikende verheiratet, die insgesamt 48 962 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Leute werden sich hüten, unerfüllbare Forderungen zu stellen und ihre Familie der Not preiszugeben, der sie bei Streiks ausgesetzt sind trotz der nur zu oft sehr geringen Streikunterstützung. Es ist daher nichts andres als eine Mißachtung der Arbeiter, wenn die Gegner der Arbeiterbewegung davon reden, daß die Arbeiterschaft leichtsinnig Streiks insceniere. Stets versuchen die Arbeiter zu einer Verständigung zu kommen, selbst da, wo der Unternehmer ihnen mit rücksichtsloser Brutalität entgegentritt und eine sofortige Arbeitsniederlegung am Platze wäre. In 627 Fällen ist 1902 vor der Arbeitseinstellung und in 942 Fällen während derselben versucht worden, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, doch wurde dieser Versuch in 381 Fällen zurückgewiesen. Deutlicher kann die Auffassung, welche ein nicht unbeträchtlicher Teil der Unternehmer über die Arbeiterrechte hat, nicht zum Ausdruck kommen. Man muß aber solchen Verhandlungen beigewohnt haben, um zu wissen, daß bei denselben die Unternehmer fast ausnahmslos sich so stellen, als erweisen sie den Arbeitern eine besondere Gnade, wenn sie zu einer Verhandlung zugelassen werden. Nach den Erfahrungen, welche wir bezüglich der Auffassung der Mehrheit der Unternehmer über das Recht der Arbeiter haben, eine Aenderung der Arbeitsbedingungen zu verlangen, und nach dem, was die Streikstatistik über die Möglichkeit, gestellte Forderungen zu bewilligen, erkennen läßt, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die für die Streiks gebrachten Opfer zum Teil hätten vermieden werden können, wenn unser Unternehmertum die natürlichsten Arbeiterrechte anzuerkennen geneigt wäre. Die Arbeiter werden und müssen sich diese Anerkennung erkämpfen und wären die Opfer, welche sie dafür bringen, auch noch höhere, als sie es bisher waren.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902 ebenso wie 1901 geführt werden mußten, um eine Lohnreduzierung abzuwehren, und noch charakteristischer ist der Umstand, daß 47,8 Proz. dieser Streiks mit vollem Erfolge endeten. Das heißt nichts andres, als daß die Unternehmer versuchten, den Profitausfall auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnreduzierungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1901 213 solcher Streiks mit 8533 Beteiligten geführt.

Von den gesamten Streiks wurden 4244 Betriebe mit 63 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Betriebe, in welchen Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde.

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung der lokalen Verwaltung der Organisation in 184, des Centralvorstandes in 86, des Gewerbegerichts in 34 und andrer Personen in 24 Fällen beendigt.

Von den Streiks waren 778 mit 16 871 Beteiligten Einzelstreiks, die sich nur auf einen Betrieb erstreckten. Nur 83 Streiks wurden geführt, bei denen es sich um ein gleichzeitiges Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe handelte, jedoch entfallen auf diese gemeinsam geführten Streiks von der Gesamtzahl der Beteiligten von 55 713 allein 38 842.

Von den gesamten Kosten der Streiks, die 2 237 504 M. betrugen, kamen allein 2 041 181 M. aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. 114 906 M. wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht, 53 593 M. waren Beiträge andrer Gewerkschaften, 25 578 M. kamen aus allgemeinen Sammlungen und 2246 M. aus dem Auslande.

In den Jahren, in welchen die Gewerkschaften ihren ungünstigsten Stand hatten, waren sie genötigt, bei Beginn eines Streiks andre Organisationen um Hilfe anzurufen oder Sammlungen zu veranstalten. Nach der Erstarkung der Organisation kam man dazu, die Streikkosten aus den Kassen der Verbände zu decken. Im Jahre 1902 wurden 91,2 Proz. der Kosten der Streiks von den direkt beteiligten Gewerkschaften selbst aufgebracht. In den Jahren, in welchen ein Rückgang dieses Prozentsatzes gegenüber den Vorjahren vorhanden, wurden Streiks geführt, deren Unkosten zum großen Teil aus den Beiträgen nicht direkt Beteiligter gedeckt werden mußten. So 1896 der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg und 1901 der Generalstreik der Glasarbeiter. In solchen Ausnahmefällen ist es selbstverständlich, daß von der nicht unmittelbar beteiligten Arbeiterschaft Hilfe geleistet wird, und sie wird gern geleistet, weil auch die der Hilfe bedürftigen Gewerkschaften bestrebt sind, die nötigen Mittel anzusammeln, um für den Kampf gerüstet zu sein. Darin ist in dem letzten Jahrzehnt ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt und finden wir darin die Gewähr, daß den Gewerkschaften trotz der Niederlagen, welche sie in langen und schweren Kämpfen erlitten haben, die Zukunft gehört.

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei diesen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfposition befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungünstigen Konjunktur auf jede Provokation der Unternehmer hin zum Streik zu greifen. Ruhig erwägend und die eignen wie die Kräfte des Gegners sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht, angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Geschieht dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen und die Zahl der ungünstig für die Arbeiter verlaufenden Kämpfe wird wesentlich geringer werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Steglitz. Sonntag findet eine Handzettel-Verteilung, sowie die Sammlung der Unterschriften betreffend Einsichtnahme der Wählerlisten zur Landtagswahl statt. Treffpunkt für sämtliche Bezirke bei Schellhase, Ahornstr. 15a, früh 7½ Uhr. Ebenda findet auch heute Freitag, abends 8½ Uhr, eine Vorbesprechung aller Genossen, welche sich beteiligen wollen, statt.

Mühlenbeck, Waltersdorf, Buchhorst. Oeffentliche Versammlung am Sonntagnachmittag 4½ Uhr in Gerlachs Gasthof „Zur Sonne“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Kiesel-Berlin über: „Die Landtagswahl“. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmanns-Kandidaten. 4. Verschiedenes.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde von Herrn Michelet, dem Vertreter des immer noch kranken Vorstehers, eröffnet mit Worten des Dankes für die „große Ehre“, die der Stadt Berlin dadurch erwiesen worden sei, daß man einen „kleinen Kreuzer“ nach ihr benannt habe. Herr Michelet erntete für seine höfische Liebedienerei merkwürdigerweise nicht ein einziges Bravo.

Die von der socialdemokratischen Fraktion vor 14 Tagen eingebrachte Interpellation wegen der „Paradeferien“ konnte auch diesmal noch nicht verhandelt werden. Herr Cassel, der Redner der „Alten Linken“, war heiser geworden, aber unsre Parteigenossen wollten sich das Vergnügen nicht entgehen lassen, ihn über diese heikle Sache reden zu hören. Genosse Singer erklärte sich namens der Fraktion einverstanden mit der nochmaligen Vertagung.

Eine interessante Auseinandersetzung knüpfte sich an einen Antrag Preuß (Neue Linke), der für gewisse kommunale Aufgaben ein Zusammengehen Berlins mit den Vorortgemeinden empfiehlt. Zur Begründung seines Antrages wies Stadtv. Preuß hin auf die kommunale Zersplitterung Groß-Berlins und auf die Schwierigkeiten, die sich für die Berliner Kommunalverwaltung daraus ergeben. Genosse Singer unterstützte den Antrag nachdrücklich; hier könne zum Teil wieder gut gemacht werden, was vor Jahren der Magistrat durch die in der Eingemeindungsfrage von ihm befolgte kurzsichtige Politik verdorben habe. Ober-Bürgermeister Kirschner bekämpfte den Gedanken, wenigstens für bestimmte kommunale Zwecke eine Art Groß-Berlin zu schaffen, mit großem Eifer, aber geringem Geschick. Mit Recht konnte nachher Herr Preuß, auf Herrn Kirschner anspielend, erwidern, man habe zu widerlegen versucht, was er selber gar nicht gesagt habe. Die Redner der „Alten Linken“, die Herren Dove, Haberland und Kämpf, stellten die Vorteile eines Zusammengehens zwischen Berlin und den Vororten nicht in Abrede, aber sie fürchteten sich, wie Herr Kirschner, vor den „Schwierigkeiten“. Der Ausschuß, dem der Antrag überwiesen wurde, soll prüfen, ob diese wirklich so „unüberwindlich“ sind.

Eine lange Debatte gab es über die Bänke der „Linden“. Die „Alte Linke“ hatte angefragt, warum diese Bänke keine Lehnen erhalten sollen und nicht längst aufgestellt sind. Stadtbaurat Krause antwortete mit großer Gründlichkeit. Unter anderm sprach er davon, daß manche Leute in der That nicht genug „Rückgrat“ hätten, um auf lehnenlosen Bänken sitzen zu können. Es blieb unklar, ob er dabei an seine Kollegen im Magistrat dachte. Singer geißelte die Verschwendung, die die sonst so sparsame Kommunalverwaltung mit diesen ungemein teuren Bänken treibt. Auf eine Anzapfung wegen der Schnelligkeit, mit der im vorigen Jahre die „Linden“-Regulierung ausgeführt wurde, konnte Herr Kirschner antworten, daß sie keinem Winke von oben zu danken sei. Gekränkter Stolz klang aus dem Tone, in dem er diese Erklärung abgab.

Zu dem Plan, die städtischen Kranken- und Irrenhäuser den jungen Aerzten zur Ableistung eines praktischen Jahres zu öffnen, sprach von unsrer Seite Genosse Dr. Weyl, der unter andern darauf hinwies, daß dabei jede unnötige Experimentiererei mit den Kranken vermieden werden müsse. Die Magistratsvorlage wurde angenommen mit der vom Stadtv. Rosenow (Neue Linke) beantragten Einschränkung, daß die Zulassung der Aerzte „auf Widerruf“ erfolgen solle.

Für die durch das Hochwasser geschädigten Landstriche soll Berlin 30 000 M. beitragen. Genosse Singer tadelte die Knauserigkeit, die der Magistrat hier üben will, und beantragte 100 000 M., aber die Versammlung beschloß, daß es bei 30 000 M. bleibe. Nach der Debatte über die „Linden“-Bänke machte sich dieser Beschluß sehr hübsch.

Eine Polizeithat.

Das gestrige Leichenbegängnis des Genossen Meiling wird allen Teilnehmern wohl dauernd unvergeßlich bleiben. Es ist gestört und entweiht worden durch eine empörende That. Zahlreich, nach vielen Hunderten zählend, hatten sich die Parteigenossen in Schöneberg eingefunden, woselbst der Tote im Lokale des Genossen Obst aufgebahrt war. An seinem Sarge sprachen Zubeil und Bebel tiefempfundene Worte der Anerkennung, in denen sie der stillen und doch so fruchtbaren Parteithätigkeit des Dahingeschiedenen gedachten; der Gesangverein „Rote Nelke“ sang die üblichen Trauerlieder. Alsdann ordnete sich der Leichenzug in gewohnter imposanter Großartigkeit. Aus den meisten Ortschaften des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg waren Kranzdeputationen erschienen, auch war eine Deputation aus Dresden anwesend, woselbst Meiling als Parteitags-Delegierter bekanntlich verstorben ist. Außerdem hatten der Parteivorstand, die Partei, Gewerkschaft und andre Vereine Kränze gewidmet, die meisten waren wie üblich mit prächtigen roten Schleifen geziert. Unter den Klängen der Trauermusik bewegte sich der Zug feierlich durch Schöneberg sowie durch das West- und Nordviertel Berlins nach dem in der Pappel-Allee belegenen Friedhof der Freireligiösen Gemeinde zu. Nicht der geringste Zwischenfall ereignete sich bis dahin, obwohl es auffiel, daß vom Rosenthaler Thor ab die Zahl der patrouillierenden Schutzleute fast zusehends wuchs und die Polizei-Offiziere im Helm waren. Dennoch ahnte niemand Arges, um so weniger, als die Polizei während der ganzen zurückgelegten Strecke keinerlei Anstoß an den roten Kranzschleifen genommen hatte. Da ereignete sich in der Kastanien-Allee unweit des Friedhofes das Unerhörte. Ein Polizeilieutenant drängte sich plötzlich in die Reihen der Kranzträger und rief diesen befehlend zu: „Schleifen ab!“ Die Genossen, ganz perplex über ein derartiges Vorgehen, machten widersprechend geltend, daß sie doch bisher unbehindert durch die ganze Stadt haben gehen dürfen. Der Lieutenant jedoch wiederholte barsch seinen Befehl, und als demselben nicht sofort Folge geleistet wurde, kamen aus dem nahen „Prater“, wie aus der Erde gestampft, etwa zehn bis zwölf Schutzleute und stürzten sich auf die Kranzträger. Sie zerrten an den Schleifen und Kränzen und stießen deren Träger mit den Fäusten. Dazwischen stand der Herr Lieutenant, mit seinem Säbel rasselnd. Bald gab es in den vordersten Reihen ein allgemeines Durcheinander. Der Leichenzug kam zum Stehen. Zu beiden Seiten der Straße schrien die Zuschauer laut auf, empört ob des Vorganges. Manche Mannesfaust ballte sich vor innerer Wut über dieses Treiben, und doch mußten die zornbebenden Genossen ihre gerechte Entrüstung bemeistern, um den Schutzleuten nicht etwa noch Anlaß zu einer Polizei-Attacke nach russischem Muster zu geben. Endlich schien die Polizei befriedigt. Vier oder fünf abgerissene Schleifen nahmen sie als Siegestrophäen mit sich, darunter eine, die sie einer Dame aus der Trauerdroschke entrissen hatten. Die übrigen Schleifen hatten die Genossen unter ihren Kleidern geborgen und konnten sie erst auf dem Friedhof wieder anstecken. Dort hinter den stillen Mauern blieb man endlich vor weiteren polizeilichen Ausschreitungen verschont und die Beerdigung konnte vor sich gehen, nachdem Genosse Waldeck Manasse eine ergreifende Grabrede gehalten hatte. Langsam, Groll im Herzen verließen die Leidtragenden dann den Totenacker, mit dem Verlangen, gleich dem dahingegangenen Freunde ihr Leben dem Kampfe gegen Willkür und Unterdrückung für Freiheit und Recht zu widmen.

Zur Landtagswahl hat die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, die Anfangszeit auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen.

In dem Befinden des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans ist leider die Besserung nicht von Dauer gewesen. Der

greise Patient leidet des Nachts viel unter Hustenreiz, wodurch die Nachtruhe beeinträchtigt wird. Die Schmerzen, die sich immer wieder einstellen, sind auf die Erkrankung der Nieren und Entzündung des Beckens zurückzuführen. Die Teilnahme an dem Befinden des Erkrankten ist andauernd groß.

Das „kinderreiche" Berlin ist heute nicht mehr so reich an Kindern, wie es im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gewesen ist. Infolge der Verminderung der Geburtenhäufigkeit, die, wenn von vorübergehenden Unterbrechungen abgesehen wird, nun schon über 25 Jahre andauert, ist in Berlin der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung mehr und mehr heruntergegangen. Zu den drei Altersgruppen „0—1 Jahr", „über 1—6 Jahr", „über 6—15 Jahre" hatten bei der Volkszählung von 1890 noch 39 312, 153 817, 239 836, zusammen 432 965 Kinder gehört, gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 1 578 794 Personen. Dagegen wurden im Jahre 1900 in diesen drei Altersgruppen 39 259, 170 719, 275 795, zusammen 485 773 Kinder gezählt, bei einer Gesamtbevölkerung von 1 888 848 Personen. Hiernach waren unter je 1000 Personen der Gesamtbevölkerung im Jahre 1890 noch 274 Kinder bis zu 15 Jahren, im Jahre 1900 nur noch 257. Der Rückgang ist verhältnismäßig am stärksten bei den im Säuglingsalter stehenden Kindern. Unter je 1000 Personen waren 1890 noch 25, aber 1900 nur noch 21 Kinder des 1. Lebensjahres, so daß der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung sich in einem Jahrzehnt um rund ein Sechstel vermindert hat. Die Zahl der Säuglinge war, wie oben ersichtlich, bei der Zählung von 1900 sogar an sich geringer als zehn Jahre vorher. Beträchtlich vermindert hat sich sodann auch der Anteil der Kinder des 2. bis 6. Lebensjahres, obwohl deren Zahl an sich gestiegen ist. 1890 gehörten zu dieser Altersgruppe noch 97, dagegen 1900 nur noch 90 von je 1000 Personen, mithin stellt sich die Verminderung hier auf rund ein Viergehntel des früheren Anteils an der Gesamtbevölkerung. In der Altersgruppe des 7. bis 15. Jahres endlich ist der Anteil nur um ein Fünfundzwanzigstel heruntergegangen; in diesem Alter standen 1890 noch 152, 1900 noch 146 von 1000 Personen. Diesen Verminderungen des Anteils der Kinder an der Bevölkerung steht gegenüber eine entsprechende Vermehrung des Anteils der über 15 Jahre alten Personen.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend versendet für das vierte Geschäftsjahr ihren Rechenschaftsbericht, dem wir folgendes entnehmen: Das vergangene Geschäftsjahr 1902/03 war für unsre Genossenschaft insofern von großer Bedeutung, als es den Zusammenschluß der Vereine „Nord", „Süd", „Schöneberg" und „Weißensee" zu einem großen Ganzen mit sich brachte. Während „Nord" und „Süd" sich am 1. Juli 1902 zusammenschlossen, folgte „Schöneberg" am 18. August und „Weißensee" am 1. Oktober 1902. Die vereinigten Vereine nahmen den Namen „Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend", E. G. m. b. H., an. Die Genossenschaft unterhält ein Centrallager und 15 Verkaufsstellen. Beschäftigt wurden ein Geschäftsführer (3000 M.), ein Geschäftsführer (2000 M.), ein Kassierer (2000 M.), ein Buchhalter (1560 M.), ein Haupt-Lagerverwalter (1800 M.), ein Lagerhalter (1700 M.), zehn Lagerhalter (je 1800 M.), zwei desgl. (1896 M.), zwei desgleichen (1944 M.) und einer desgleichen (1960 M.). — Zwei Markthelfer (18 und 27 M.), eine Verkäuferin (45 M.), zwei desgleichen (je 70 M.), eine desgleichen (75 M.), fünf desgleichen (je 80 M.), fünf desgleichen (je 85 M.), sechs desgleichen (je 90 M.), drei Lagerarbeiterinnen (16, und je 14 M.) und 15 Reinemachefrauen (12—15 M.). Jeder Angestellte außer den letzteren bekommt jährlich eine Woche Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts. Die vollen Beiträge zur Kranken- und Invaliditätsversicherung werden für die versicherungspflichtigen Angestellten von der Genossenschaft bezahlt. Die Sonntagsruhe ist vollständig durchgeführt. Die Verkaufsstellen sind geöffnet von 8—1 und 3—8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr abends. Von der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine zu Hamburg haben wir für 340 000 Mark Waren gekauft. Auf Grund des preußischen Warenhaussteuer-Gesetzes waren wir gezwungen, eine ganze Anzahl Artikel eingehen zu lassen. Durch Einführung neuer Artikel hoffen wir aber, den Ausfall decken zu können. Ueber die Einrichtung der Sparkasse, welche am 1. August des laufenden Geschäftsjahres in Kraft trat, ist zu berichten, daß die Mitglieder dieselbe sehr rege benutzen. Dies ist wohl der beste Beweis für das große Vertrauen, welches die Genossenschaft genießt.

Die Bahnsteige der Berliner Bahnhöfe sind fast sämtlich in Etagenhöhe angelegt, und das Ersteigen der Treppen wird besonders kranken Personen sehr beschwerlich. Die Eisenbahndirektion Berlin weist in einer neuerdings erlassenen Bekanntmachung darauf hin, daß kranken Fahrgästen die Benutzung der Gepäck-Aufzüge nach resp. von den Bahnsteigen gestattet ist. Die Bedienung der Fahrstühle darf unter allen Umständen nur durch das Fahrpersonal erfolgen, dagegen lehnt die Bahnverwaltung, wie in der Bekanntmachung besonders hervorgehoben wird, jede Verantwortung für etwaige bei der Beförderung entstehende Unfälle ab.

Gefährdung des Staates durch einen Hofbuchhändler. Eine Konfiskation, die nicht verfehlen dürfte, gewisses Aufsehen zu erregen, ist vom hiesigen Amtsgericht I verfügt worden. Bei S. Mittler u. Sohn wurde das Heft 5 des Jahrgangs 6 der „Kriegstechnischen Zeitschrift" mit Beschlag belegt. Das betreffende Heft der im Verlage der Hofbuchhandlung erscheinenden Zeitschrift sollte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in einem Artikel einen Verstoß gegen § 7 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1893 (Verrat militärischer Geheimnisse) enthalten. Das zuständige Amtsgericht ist jetzt dieser Ansicht beigetreten. Die Sache wird, nach einem hiesigen Blatt, noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Ein Tiergarten-Gründer. Auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft wurde der Architekt Kossub in Chemnitz verhaftet und nach Berlin übergeführt. Die Ursache seiner Verhaftung hängt vielleicht mit der von ihm beabsichtigten Gründung eines Zoologischen Gartens in Chemnitz zusammen. Auch in Bromberg beabsichtigte Kossub früher einmal einen Zoologischen Garten zu errichten, doch gelangte der Plan nicht zur Ausführung.

Arbeiter-Risiko. Von gewerkschaftlicher Seite schreibt man uns: Auf dem Schulneubau in der Puttbuser Straße ist gestern mittag 1 Uhr ein Arbeiter beim Abladen von Granitsteinen schwer zu Schaden gekommen. Er geriet so unglücklich unter einen der Steine, daß ihm beide Beine gebrochen wurden. Nachdem er eine Stunde auf der Unglücksstelle gelegen hatte, wurde er in ein Krankenhaus gebracht. Auch bei diesem Unfall trat wieder ein Uebelstand zu Tage, nämlich das Fehlen von jeglichem Verbandszeug. Daß an dem Neubau noch nicht mehr Unglücksfälle geschehen sind, ist ein Wunder; es wird dort mit solcher unverständigen Hast gearbeitet, daß die Verbandsleitung der Maurer sich ins Mittel legen und den von der Firma Max Richter ausgeführten Bau sperren mußte. Wenn ein Arbeiter es bisher wagte, auf die vorhandenen Mißstände aufmerksam zu machen, so wurde er vom Polier Schulz ohne weiteres entlassen. Vielleicht richtet die städtische Bauverwaltung endlich ihr Augenmerk auf die an diesem Bau herrschenden Zustände.

Straßensperrung. Die Kronenstraße von der Jerusalemer- bis zur Markgrafenstraße wird wegen Asphaltierung von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso der Lausitzer-Platz zwischen der Skalitzer- und der Eisenbahnstraße vor Nr. 8—12.

Wegen der Ermordung der Frau Walter fand gestern vormittag auf der Gemarkung Dallgow eine Ortsbesichtigung statt, die schon vor 9 Uhr begann. Es nahmen daran teil der Untersuchungsrichter Landrichter Dr. Hornemann vom Landgericht II, Gerichtsassessor Schindler als Vertreter der Staatsanwaltschaft, Professor Dr. Straßmann als medizinischer Sachverständiger und Regierungsassessor Dr. Lindenau. Kriminalinspektor Braun und Kriminalkommissar Nasse vom hiesigen Polizeipräsidium. Kriminalkommissar Cellarius vom Erkennungsdienst machte verschiedene photographische Aufnahmen von der Oertlichkeit. Der Untersuchungsrichter vernahm an Ort und Stelle noch einige Zeugen darüber, wo und wie sie Frau Walter mit ihrem Begleiter gesehen haben. Hierdurch wurde festgestellt, daß die beiden Personen, von Seegefeld kommend, versuchten, in das Barackenlager zu gelangen, dann aber, als sie hier zurückgewiesen wurden, an einem Graben mit steiler Böschung entlang gingen. Auf dieser steht auch der Haselnußstrauch, unter dem Frau Walter tot aufgefunden wurde. Nach dem Befund an Ort und Stelle ist nicht anzunehmen, daß die Frau sich selbst aufgehängt hätte, vielmehr muß sie von einem andren entweder betäubt oder schon tot in die Schlinge gebracht worden sein. Die Leiche der Ermordeten wurde heute vormittag wieder ausgegraben und wird heute nachmittag auf dem Friedhof in Dallgow von dem Kreisarzt Geheimen Medizinalrat Dr. Jänicke aus Spandau und Professor Dr. Straßmann geöffnet.

Die Obduktion der Leiche der Frau Walter, die nach der Ausgrabung von ihrem Vater, einem pensionierten Feldwebel, und ihrer Schwester, der Ehefrau Thomas, an gewissen Merkmalen bestimmt erkannt wurde, hatte kein bestimmtes Ergebnis. Die Untersuchung war durch die vorgeschrittene Verwesung sehr erschwert. Eine Strangulationsmarke war zwar noch nachzuweisen, aber es konnte nicht festgestellt werden, welche Bedeutung sie hatte. Auch Gift konnte nicht ohne weiteres in dem Körper nachgewiesen werden. Es war also nicht möglich, die Todesursache durch die Obduktion allein festzustellen. Die Aerzte entnahmen daher der Leiche mehrere Teile, um sie durch einen Chemiker noch genauer untersuchen zu lassen. Auch die Art der Verletzungen, die die Frau an beiden Handoberflächen hatte, soll noch näher geprüft werden.

Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen wurde gestern abend gegen 10 Uhr der in der Kastanien-Allee 28 wohnende Tischler Hermann Graß, welcher einen Straßenbahnzug der Linie 51 (Schönhauser Allee—Victoria-Luiseplatz) benutzte, sehr schwer verletzt. G. befand sich auf der Vorderplattform des Anhängewagens und wollte diesen an der Ecke der Kastanien-Allee und Schwedterstraße verlassen und sprang der Fahrtrichtung entgegengesetzt ab. Der Tischler stürzte und blieb besinnungslos liegen. Er hatte eine Gehirnerschütterung und Lähmung des rechten Beines erlitten und wurde nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht.

Schwer verunglückt ist am Mittwochabend der 59 Jahre alte Tischler Hermann Graab aus der Kastanien-Allee 28. Der bejahrte Mann brachte seine Schwägerin, die ihn besucht hatte, nach der Straßenbahn an der Ecke der Fehrbellinerstraße und der Schönhauser Allee und stieg mit ihr auf, um das Fahrgeld für sie zu bezahlen. Beim Verlassen des Wagens fiel er hin, schlug mit dem Hinterkopf auf das Straßenpflaster auf und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu. Der Zustand des Verunglückten war so bedenklich, daß man ihn mit einem Lückschen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhause bringen mußte.

Feuerbericht. Durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht entstand in der Lindenstraße 67 ein Brand, wobei Petroleum und Papier 2c. in Flammen aufgingen. In der Prinzenstraße 38 gerieten Scheuertücher u. a. in einer Bäckerei in Brand und am Alexander-Ufer ein Bauzaun. Werk, Abfälle 2c. brannten Gartenstraße 54 und Kartons, Verbandsmaterial, Tische u. a. in einer Packkammer. Einem Alarm nach dem Offizierkasino in der Prinz August von Württembergstraße lag ein Brand im Heizungskeller zu Grunde. Teer u. a. brannte in der Waldemarstraße 25. Durch die Explosion einer Benzinlötlampe entstand in der Swinemünderstraße 69 ein Brand, wobei Gardinen 2c. in Brand gerieten. Außerdem hatte die Wehr noch am Engel-Ufer und andren Orten zu thun.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche dem Streitfall beiwohnten, der sich zwischen einem Schutzmann und einer Civilperson in der Nacht zum Dienstag gegen 12 Uhr am Weddingplatz abgespielt hat, werden dringend gebeten, sich bei Mitthahn, Puttlitzstraße 12, Hof parterre (Hauffe), zu melden.

Berliner Winterfreuden heißt das Manegeschaustück, das der Cirkus Busch für diese Saison seinem Publikum bringt. Aus dem Titel schon ist zu entnehmen, daß erschreckende Abenteuer und Verwickelungen dem Helden dieses Dramas erspart bleiben. Brückeneinstürze und Elefantenjagden, die in der vorigen Saison den Inhalt der Pantomime bildeten, giebt es diesmal nicht, und die Ereignisse spielen sich so angenehm ab, wie es unter der Kontrolle der Berliner Polizei nur möglich ist. Der Schauplatz des Stückes ist die Rousseau-Insel im Tiergarten, die wir uns, da im Cirkus eine famose Rutschbahn zu ihr führt, etwa in Verbindung mit dem Kreuzgebirge zu denken haben. Hier walten Wärter Piepenbrink und Gemahlin ihres Amtes und warten gespannt der Ueberraschungen, die der rauhe Wintertag ihnen und dem Publikum bringt. Und interessant ist so ein Wintertag auf der Eisbahn. Alles, was irgendwie Namen und Bedeutung hat im Leben der Reichshauptstadt, giebt sich hier ein Stelldichein; Wurstmax und Roland vom Kemperplatz, Siegellack und Berolina, und ferner noch ihrer Bedeutung nach in sinnig verkleinertem Maßstabe Richard Wagner, Begas, Bürgermeister Kirschner und Maler Menzel. Dann kommen Schlittschuhläufer beiderlei Geschlechts, Schlitten- und Automobilfahrten mit lustigen Abwechslungen und vor allem ein Ballet, so prächtig, wie der Cirkus es überhaupt nur bieten kann. Daß über eine solche Fülle von Genüssen schließlich die Winterszeit zu Rande geht und der Frühling das Eis bricht, ist kein Wunder, und so löst sich das Winterfest am Schluß mit Wohlgefallen in eine Wasserpantomime auf. Ein Polospiel im Wasser unterhält die Zuschauer; noch hübscher aber ist am Schluß die Baggermaschine, die hier als sinnreich konstruierter Rettungsapparat gedacht ist und die Schwimmenden mit Eleganz an die Oberfläche befördert. So finden die Berliner Winterfreuden einen Abschluß von wahrhaft bestrickender Annehmlichkeit.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß am 5. Oktober in der Filiale Brunnenstr. 154, und am 12. Oktober in der Centrale Dresdenerstr. 45 je ein neuer Kursus beginnt. In einer großen Stadt wie Berlin kommen in Fabriken und auf Bauten Unfälle in großer Zahl vor und es dauert oft längere Zeit, bis ein Arzt zur Stelle ist. Hier kann ein im Samariterwesen Ausgebildeter dem Verunglückten sehr viel nützen; oft sogar ist sofortige Hilfe entscheidend für das Leben des Verletzten. Ein alter Arzt sagt, das Schicksal einer Wunde hängt von demjenigen ab, der den ersten Verband anlegt. Sehr mit Recht, denn wenn unzweckmäßige und falsche Mittel angewandt werden, so sind die Folgen einer falschen Hilfeleistung oft in Wochen und Monaten nicht wieder gut zu machen. Der Zweck der Arbeiter-Samariter-Kolonne ist nun nicht, das Heer der Kurpfuscher zu vermehren, sondern wirklich brauchbare Samariter auszubilden. Die Kolonne unterhält zu diesem Zweck Lehrabende, in welchen unter Leitung bekannter praktischer Aerzte die Teilnehmer durch theoretische und praktische Uebungen im Samariterdienst ausgebildet werden. Außerdem steht zum Selbststudium eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Mitglied kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin werden, welche das achtzehnte Lebensjahr erreicht hat. Auf Wunsch werden Lehrpläne vom Vorsitzenden E. Stein-Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, zugesandt. Alles Nähere siehe Inserat in der Sonntagsnummer.

Theater. Im Schiller-Theater befindet sich gegenwärtig das Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft" in Vorbereitung. Die erste Aufführung wird anfangs Oktober am Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) stattfinden. — In Octave Mirbeaus Komödie „Geschäft ist Geschäft", die am Freitag, den 2. Oktober, im „Deutschen Theater" zum ersten Male in Scene geht, wird die tragende Rolle des Isidore Lechat von Albert Bassermann gespielt. — In der am Sonnabend, den 26. d. M., im Central-Theater stattfindenden Premiere von „Bruder Straubinger" von Edmund Eysler sind in den ersten Partien die Damen Günther-Hahn, Marie Hastert, Josefine Vettori, Mia Werber, und die Herren Emil Albes, Rudolf Ander, Oskar Braun und Karl Schulz beschäftigt.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung besprach am Mittwoch eine Interpellation der Stadtvv. Gredy u. Gen. betreffend den Bau der Gemeindeschule in der Nürnbergerstraße. Im Verlauf der Debatte teilte Stadtschulrat Dr. Neufert mit, daß über den Termin des Baues dieser Schule noch keine Beschlüsse gefaßt seien. Die im Bau befindliche Gemeindeschule in der Suarezstraße werde bis Michaelis 1904 fertiggestellt sein, eine weitere Gemeindeschule im Nordosten der Stadt auf der sogenannten Halbinsel bis Michaelis 1905. Die Gemeindeschulen in der Bleibtreustraße und Joachimsthalerstraße seien viel weniger stark in Anspruch genommen als die Schulen in andren Stadtgegenden; man könne daher sehr wohl mit der Erbauung einer neuen Schule auf dem Grundstück Nürnbergerstraße noch etwas warten. Dagegen seien die Verhältnisse der in einem Mietshause in der Wielandstraße untergebrachten Schule sehr schlechte. Einige Klassenräume hätten so ungünstiges Licht, daß der Rektor der Schule sich dahin ausgesprochen habe, er würde „fliegenden Klassen" den Vorzug vor diesen Räumen erteilen.

Weiter beschloß die Versammlung, vom 1. Oktober ab ihre Verhandlungen stenographieren zu lassen.

Beim Spielen ertrunken ist der neun Jahre alte Sohn Emil des Bretterträgers Fürst aus der Löwestr. 25. Der Knabe brachte am vergangenen Sonnabendnachmittag seinem Vater Kaffee nach dem Holzplatz am Kottbuser Ufer 58, auf dem er beschäftigt war, und bestieg dann das Beiboot eines Lastkahnes, der im Kanal ankerte, um zu spielen. Nachdem man ihm eine Weile noch gesehen hatte, war er auf einmal verschwunden und kam nicht mehr zum Vorschein. Man vermutete gleich, daß er beim Spielen über Bord gefallen und unbemerkt gleich untergegangen sei. Diese Annahme hat sich bestätigt. Nach langem Suchen fand Fürst seinen Sohn gestern als Leiche im Wasser wieder.

Rixdorf. Zwei städtische Gasanstaltsarbeiter waren Donnerstagvormittag in der Kaiser Friedrichstraße damit beschäftigt, einen Neubau an das Gasleitungsnetz anzuschließen. Zu diesem Zwecke arbeiteten beide in einer ziemlich tiefen Grube vor dem Neubau. Plötzlich fiel einer der Arbeiter besinnungslos um, und auch der zweite fühlte, daß ihm die Sinne schwanden, hatte aber noch die Geistesgegenwart, seinen Kollegen mit aus der Grube herauszuziehen. Dann brach auch er bewußtlos zusammen. Beide Arbeiter hatten beträchtliche Mengen Gas eingeatmet, welches der undichten Leitung entströmt war. Man rief sofort die Feuerwehr mit ihrem Sauerstoffapparat und den Arzt der Unfallstation herbei, welche binnen wenigen Minuten eintrafen und sofort mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsversuche machten, die erfreulicherweise besten Erfolg hatten. Alsdann wurden beide Verunglückte nach ihren Wohnungen geschafft. — In der Schraubenfabrik von Gebr. Beermann in der Lahnstraße geriet am Mittwochabend beim Aufstellen eines Dampfkessels der unverheiratete Arbeiter Emil Zindler durch Rutschen des Kessels unter denselben und erlitt dabei starke Rippenquetschungen und innere Verletzungen. Die zur Hilfe gerufene freiwillige Feuerwehr brachte den Verunglückten zunächst nach der Unfallstation XII, von wo aus er sodann nach einem Krankenhause gebracht wurde.

Ueberfallen und schwer verletzt wurden in der letzten Nacht in Lichtenberg der Kaufmann Paul Horn und der Arbeiter Otto Winkler. Beide begaben sich gegen 2 Uhr nachts von einem Restaurant aus auf den Heimweg, als sie in der Nähe des neuen Lichtenberger Bahnhofes plötzlich von Strolchen angefallen und derart mit Messern bearbeitet wurden, daß sie zu Boden sanken. Die Strolche ergriffen die Flucht. Ein Arzt aus Friedrichsfelde, wohin sich die beiden Schwerverletzten mit Aufbietung aller Kräfte schleppten, ordnete ihre sofortige Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain an. Der Arbeiter Winkler ist besonders schwer verletzt. Er hat unter anderm einen Stich in die Lunge erhalten, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Von den Strolchen fehlt jede Spur. Die Sicherheitszustände im östlichen Teile von Lichtenberg sollen im allgemeinen viel zu wünschen übrig lassen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin Süden. Freitagabend 9 Uhr: Sitzung bei Wannemacher, Dresdenerstr. 45. Vortrag des Kollegen Urban über: „Ist § 63 des Handelsgesetzbuchs zwingendes Recht?" Gäste sind willkommen.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Heute, Freitagabend 9 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, außerordentliche Generalversammlung. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist dringend notwendig.

Vermischtes.

Vier englische Bergsteiger verunglückt. Einer der schwersten Unglücksfälle, welche die Annalen des englischen Bergsportes verzeichnen, hat sich, wie wir bereits kurz meldeten, in Cumberland ereignet. Vier junge Männer sind bei dem Versuch abgestürzt, die nur 3210 Fuß hohe, aber schwierige Scafellspitze im Mittelpunkt des berühmten sogenannten Lake-Distrikt im Nordwesten von England zu ersteigen. Alle vier Touristen waren zusammen angeseilt. Drei blieben auf der Stelle tot, der vierte wurde von einer Hilfskolonne noch lebend angetroffen, erlag jedoch, während man ihn auf einer Bahre nach Wastdale hinabtrug, seinen schweren Verletzungen. An derselben Stelle hatte vor wenigen Jahren schon Professor Marshall das Leben eingebüßt.

Der vom Schwurgericht in Pilsen wegen Ermordung des Maurers Laskott zum Tode verurteilte 21jährige Spalek hat sich eine halbe Stunde vor der Hinrichtung in seiner Zelle erhängt.

Oschersleben, 24. September. Vor einigen Tagen verstarb hier die neunjährige Tochter des Arbeiters Meyer, nach ärztlicher Feststellung an Gehirnentzündung. Da das Kind, nach Ansicht der Mutter, in der Schule vom Lehrer Schläge über den Kopf erhalten haben soll, wurde die Exhumierung der Leiche angeordnet, über den Obduktionsbefund wird Stillschweigen beobachtet.

Köln, 24. September. Wie aus Bensheim berichtet wird, platzte dort heute morgen in der Papierfabrik von Euler ein Cylinder, wobei ein Werkführer getötet und vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

Köln, 24. September. In dem benachbarten Poll spielten Kinder mit Feuer, wodurch ein großer Brand entstand, der drei Häuser mit Anbauten einäscherte.

Innsbruck, 24. September. Im Fort Rauders fand eine Explosion statt, wobei ein Artillerist so schwere Verletzungen davontrug, daß er verstarb; drei Mann wurden lebensgefährlich, einige andre leichter verletzt.

Marktpreise von Berlin am 23. September 1903
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	15,70	15,68	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,00	4,00
„ mittel	„	15,66	15,64	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,62	15,60	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	12,85	12,83	Schweinefleisch	„	1,80	1,20
„ mittel	„	12,81	12,79	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	12,77	12,75	Hammelfleisch	„	1,80	1,20
†Gerste, gut	„	14,50	13,50	Butter	„	2,60	2,00
„ mittel	„	13,40	12,40	Eier	60 Stück	4,50	2,60
„ gering	„	12,30	11,30	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	„	16,00	14,90	Aale	„	2,60	1,50
„ mittel	„	14,80	13,80	Zander	„	3,00	1,20
„ gering	„	13,70	12,70	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	4,32	3,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,00	4,80	Schleie	„	3,00	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	20,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. September 1903.
Früh etwas nebelig, sonst meist heiter, trocken und sehr mild bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.